

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: Vierteljahr 2,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erklingt täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

trägt für die sechsgelassene Zeilenlänge oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 28. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Vor der Katastrophe?

Die furchtbare revolutionäre Spannung in Russland hat sich noch erhöht. Der Generalstreik hat bereits eine kolossale Ausdehnung angenommen. Der Eisenbahnverkehr liegt im ganzen weiten Jarenreiche darnieder. Zu dem allgemeinen Ausstand der Eisenbahnarbeiter ist der Generalstreik der übrigen Arbeiter in zahlreichen Städten getreten: in Petersburg, Moskau, Warschau, Lódz, Kiew, Charkow, Samara usw. Mehr als eine Million Arbeiter soll sich bereits im Ausstand befinden. Durch die völlige Stockung des Verkehrs und den Streik sind die Lebensmittel knapp geworden und die Preise in die Höhe geschwenkt. Die Gärung nimmt deshalb ständig zu und man erwartet stündlich den Ausbruch des blutigen Bürgerkrieges. Trotzdem glaubt die Regierung noch immer auf die Bajonette vertrauen zu können. Der Polizeiminister Trepow soll versichert haben, daß er nunmehr in der Lage sei, jeden Gewaltstreik in Petersburg zu paralysieren und den Widerstand in den Provinzstädten zu brechen. An der rapiden Ausbreitung des Ausstandes sei nur die schlechte Organisation der Provinzpolizei schuld, die ihn, Trepow, bis zur letzten Stunde ungenügend informiert und seine Befehle nicht immer korrekt ausgeführt habe. Dieser ebenso bornierten wie brutalen Auffassung des Oberpolizeischergen entspricht denn auch die

#### freche Drohung Trepows

an die Petersburger Bevölkerung. Sie lautet:

Die Residenzbevölkerung ist durch Gerüchte von bevorstehenden Massenunruhen aufgeregt. Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind ergriffen; ich bitte daher, den Gerüchten nicht zu glauben. Etwas Versuche zu Unruhestiftungen werden unverzüglich aufs energischste unterdrückt werden und keine Ausbreitung gewinnen. Falls bei Unterdrückung derselben Volkskassen Widerstand leisten, werden die Truppen und die Polizei gemäß meinem Befehl nicht anfänglich blind, sondern sofort scharf schießen und keine Patronen schonen. Ich gebe dies bekannt, damit jeder, der sich an Aufsammlungen zu Unruhestiftungen beteiligt, weiß, was er zu erwarten hat, die besonnene Bevölkerung aber den Unruhen fernbleibt.

Ob dieser so siegesicher sich blühende Polizeiterrror nicht doch im Ernstfalle schmählich zusammenbrechen würde, ist die Frage. Bei der intensiven Bewegung, die das ganze Volk der Hauptstädte erfasst hat, ist es durchaus nicht sicher, daß Polizei und Truppen nicht am Ende doch mit dem Volke fraternisieren würden.

#### Eine russische Korrespondenz meldet:

„Von der Stimmung unter den Truppen läßt sich allgemeingültiges nicht sagen. Als Symptom aber ist bemerkenswert, daß am Mittwoch in einer Eisenbahnarbeiterversammlung ein Offizier eine Rede hielt, in der er erklärte, die Offiziere wollten nicht mehr dem Absolutismus dienen, sondern dem Volk. Sie verlangten die Trennung der verhassten Gardemarie und Polizei vom Heer, ferner teilte er die Truppen in drei Klassen, diejenigen, die auf Befehl auf das Volk schießen würden, diejenigen, die sich weigern und endlich die, die auf die Schießenden schießen würden. Nach dem Offizier sprach ein Soldat, der erklärte, da der Absolutismus das Vaterland verraten hätte, sei es Soldaten Pflicht, für das Vaterland gegen den Absolutismus zu kämpfen.“

Auch unter der Petersburger Polizei gärt es nach einem Bericht des Scherl-Blattes: „Die niederen Polizeichargen kommen scharfweise um ihren Abschied ein, sie halten ebenfalls Meetings ab, ihre Lage soll schleunigst verbessert werden.“

Es wäre gewiß voreilig, sich in Prophezeiungen über ein allgemeines Meutern der Armee ergehen zu wollen, aber es verdient doch erwähnt zu werden, daß noch in allen Revolutionen, die alle Volkskreise ergriffen hatte, die Armee sich als unzuverlässig erwiesen hat. Zudem erlebt der Zarismus ein warnendes Renetel in dem erneuten

#### Aufruhr der Schwarzmeer-Flotte.

Aus Odessa wird gemeldet:

Beunruhigende Nachrichten sind hier aus Sebastopol eingetroffen. Danach wurde das Schlachtschiff „Anzäs Potemkin“ von der Schwarzmeer-Flotte am Mittwoch von Brandstiftern in Brand gesetzt, und von den Flammen völlig vernichtet. Gleichzeitig brach unter der Befehlung des Schlachtschiffes „Kaiserin Katharina II.“ eine Meuterei gegen die Offiziere aus. Gleiches ereignete sich bei einer Kompagnie der Festungs-Artillerie. Beide Meutereien konnten nur unter großen Schwierigkeiten unterdrückt werden. 400 Mann wurden verhaftet.

#### Das Manifest des Zaren

ist heute erschienen. Es soll eine Einlösung des Versprechens darstellen, daß dem Volke die Versammlungsfreiheit gewährt werden solle, es dürfte aber angehts der durch 12 Sonderpunkte festgelegten Beschränkungen nur geringen Eindruck machen; insbesondere werden der die Aussicht führenden Persönlichkeit, welche die Regierung zu jeder drei Tage vorher angemeldeten Versammlung entsendet, weise Vollmachten zu ihrer Schließung in die Hand gegeben. Solche „Freiheiten“ können in der Tat nur als eine Verhöhnung des Volkes aufgefaßt werden. Die

Stimmung in Petersburg wird denn auch im „Tag“ in einem Telegramm von heute in düstersten Farben geschildert: „Wir sehen am Vorabend der Revolution, die jeden Augenblick mit allen ihren Schrecken über uns hereinbrechen kann. Unbeschreibliche Angst hat die ganze Bevölkerung ergriffen, sie wird auch nicht verschont durch den heutigen Erlaß des Generalgouverneurs Trepow, der versichert, alle Maßnahmen zur sofortigen Niederkämpfung jeden Widerstandes getroffen zu haben.“

#### Feuersbrunst in Warschau.

Das „Vollische Bureau“ meldet: Amtliche Meldung. Telegramme nach Russland erleiden seit gestern erhebliche Verzögerungen. Die Leitungen nach Warschau, Odessa und Kiew sind gestört. (Feuersbrunst in Warschau.) Nach einer anderen Meldung soll ein ganzer Stadtteil in Flammen stehen.

#### Moskau ohne Wasser und Gas.

Moskau, 27. Oktober. Seit heute gibt es in der Stadt kein Wasser und kein Gas. Die Straßenbahn fährt nur mit einigen Wagen auf vereinzelt Linien. Die Bäckereien sind fast sämtlich geschlossen, die noch offenen verkaufen ihr letztes Brot und Schließen dann ebenfalls. Sensitiv und Stadtverwaltung funktionieren nicht; viele private Institute, Bureaus und Kontore haben ihre Tätigkeit eingestellt. Der Gouverneur konstatiert in einem Aufruf an die Bevölkerung, daß die Arbeiter durch die Agitation böswilliger Personen verhetzt seien, und gibt beruhigende Erklärungen ab. Ueberall ist Militär aufgestellt, das Befehl hat, bei dem geringsten Versuch zu gewalttätigen Handlungen auf jegliche, auch die geringste Volksanhäufung zu feuern.

#### Straßenkämpfe in Charkow.

Charkow, 26. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der telegraphische Dienst ist wieder aufgenommen worden; dadurch ist es möglich, eine Schilderung der Vorgänge seit dem 24. Oktober zu geben. Am 24. Oktober wurden in der Universität mehrere Arbeiterversammlungen abgehalten. Bei einer dieser Versammlungen traf die Nachricht von dem Tode eines Studenten namens Constantinbi ein, der durch eine Patronenverwundung worden war, ferner von Gewalttaten, welche Rotwies gegen Studenten verübt hatten. Als man hörte, daß Truppen ankämen, wurde beschlossen, die Universität zu verbarrikadieren, um sie mit Waffengewalt zu verteidigen. Es wurden acht Barrikaden aus Telegraphenpfählen, Pflastersteinen, Draht usw. errichtet. Der durch die Barrikaden abgesperrte Bezirk schloß die Rathedrale, die Universität und die Gerichtsgebäude ein. Die Gerichtsarchive wurden zerstört, der Boden war mit Papieren bedeckt. Die Universität war in eine Festung verwandelt, Türen und Fenster waren mit Massen von Steinen, Kohle und Balken verbarrikadiert. Die dort versammelte Schar zählte ungefähr 3000 Mann. Auf den Dächern wehten viele rote Fahnen mit revolutionären Inschriften. An drei Punkten der Stadt waren Ambulanzen eingerichtet. Mittags kam ein starker Transport von Feuerwaffen und blanken Waffen an, welche unter die Aufständischen verteilt wurden. Gleichzeitig fanden in der Stadt Zusammenrottungen vor Plünderung von Waffenläden statt, von denen einer vollkommen ausgeraubt wurde. Die Menge wurde von Dragonern aus gedeckter Stellung beschossen. Zehn Personen wurden getötet, zahlreiche verwundet. Später veranstalteten 300 Personen mit dem Wibe des Kaisers und russischen Landesfahnen eine patriotische Kundgebung. Die Manifestanten zertrümmerten einen ihnen begegnenden Sanitätswagen und prägten die Kerze und Krankenträger sowie vereinzelte Studenten, dann stießen sie auf Arbeiter, die nach der Universität zogen und wurden von diesen durch Revolver-schüsse auseinandergejagt. Die Arbeiter zertrümmerten hierauf die Fenstergehäusen der Redaktion der reaktionären Zeitung „Juznij Kraj“ und des Amtsblattes. Bagabunden machten sich in den von der Polizei entblößten entfernten Stadtteilen die allgemeine Verwirrung zunutze, versuchten Läden zu plündern und prägten Passanten. Ueber den Bezirk um die Universität wurde der Belagerungszustand verhängt. Der Gouverneur übertrug die Amtsgewalt dem Generalleutnant Mau. Ein Ausschuss für die öffentliche Wohlfahrt, welcher neu gebildet wurde und sich aus den angesehensten Bürgern der Stadt zusammensetzte, führte Verhandlungen mit dem Gouverneur. Inzwischen kamen Truppen aus den naheliegenden Ortschaften an. Der Wohlfahrtsausschuss formierte mit Zustimmung des Gouverneurs zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt eine Miliz aus bewaffneten Arbeitern und Studenten. Die Bürgerchaft begrüßte die Miliz mit Beifallrufen. An einzelnen Punkten der Stadt schossen die Truppen auf die Miliz und verwundeten mehrere Personen. Der Wohlfahrtsausschuss verhandelte mit dem Generalleutnant Mau, um sich über die Bedingungen für die Uebergabe der Universität zu einigen. Die von Mau vorgeschlagenen Bedingungen waren die folgenden: Die in der Universität eingeschlossenen müssen die Barrikaden ohne Waffen räumen und dürfen dabei weder singen noch Rufe ausstoßen. Sie können sich ungehindert ihren zu einem großen Meeting auf dem Stobelewplatze versammelten Kameraden anschließen. Es werden keine Verhaftungen vorgenommen und keine Untersuchungen

angestellt werden. Die Waffen müssen an die Universitätsverwaltung abgeliefert werden. Die in der Universität eingeschlossenen nehmen die Bedingungen an und verließen in Ruhe ihre Stellungen. Der Paulsplatz wurde von Truppen besetzt. Die Menge, die sich hinter den Truppen staute, begrüßte die Herauskommenden, die von einer Eskadron Dragoner eskortiert wurden, mit lauten Rufsen. Die Studenten und Arbeiter begaben sich in langem Zuge nach dem Stobelew-Platz. Die dort abgehaltene Versammlung dauerte bis 6 Uhr. Darauf ging alles in Ruhe auseinander. Es fand kein weiterer Zusammenstoß mit Truppen statt, jedoch wurden abends wieder vereinzelte Schüsse gehört.

Diese Vorgänge trugen sich also am 24. Oktober zu. Eine andere spätere Meldung besagt, daß in Charkow die Republik proklamiert worden sei. Da weitere Truppen herbeigeführt worden seien, werde es wahrscheinlich zu blutigen Zusammenstößen kommen.

Petersburg, 26. Oktober. In der neuen Admiralität sind die Arbeiter bei den im Bau begriffenen Kriegsschiffen „Daján“, „Gisál“, „Ballada“ und „Gwinney“, sowie die Arbeiter in den Marinewerkstätten in den Ausstand getreten. Ferner sind die Beamten der Generaldirektion der Staatsbahnen im Eisenbahnministerium in den Ausstand getreten, ebenso die Beamten der Sensitivverwaltung des Petersburger Gouvernements.

Die Leitung der sozialrevolutionären Partei hat den Verkauf von Feuerwaffen an die Aufständischen organisiert; zu jedem Gewehr werden 25 Patronen abgegeben.

Petersburg, 26. Oktober. In den heutigen Abendstunden war die Universität der Schauplatz einer großen Volksversammlung. Etwa 20 000 Menschen waren in dem Hauptsaal und in den Nebensälen sowie in dem großen Hofe versammelt, darunter Angehörige aller Stände, Berufe und Erwerbsklassen. Die Versammlungen verliefen durchaus ruhig. Die Ausführungen der Redner wurden überall mit lauten Beifallsrufen aufgenommen. Im Hofe sprachen Führer der Aktionspartei und forderten die Anwesenden auf, die Lage durch Anwendung von Waffengewalt zu ändern. Die bisherigen teilweisen Ausstände hätten sich zu einem gewaltigen vereinten Ausstand des russischen Volkes entwickelt. Dieser Generalausstand aller sei die Revolution. Man habe von seiten der Regierung die Waffen gegen das Volk angewandt. Nichts könne mehr helfen, die Lage zu ändern, als die Anwendung von Waffengewalt auch seitens des Volkes. Während der Neben wurden vom sozialdemokratischen Arbeiterkomitee unterzeichnete Aufrufe verteilt. Die Versammlungen dauerten bis in die Nacht fort.

Warschau, 26. Oktober. Bewaffnete Handen überfielen die Zeitungsdruckereien, vernichteten die Matten und suchten den Druck zu verhindern. Der Kurier Warszawski erschien trotzdem, wenn auch sehr verspätet. Andere größere Blätter erschienen gar nicht. Die Lebensmittelpreise steigen hier und in Lódz rapid, es droht Hungermangel, die Lage ist gespannt. Morgen beginnt der Generalausstand in allen Fabriken.

In Pabianice sind ernste Unruhen ausgebrochen. Das Militär gab Salven ab, wobei mehrere Personen getroffen wurden. Einzelheiten fehlen bisher.

Petersburg, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Nacht eingelaufene Telegramme bringen beunruhigende Nachrichten aus Wladi, Kiew und Saratow. In Kiew haben sich die Zeitungen mit Ausnahme des Blattes „Nieschjanin“ dem Ausstand angeschlossen. In Saratow sind alle Apotheken geschlossen. Die Stadt ist ohne Beleuchtung. Statt Zeitungen erscheinen nur Telegramme. Die Saratower Duma hat einen Ausschuss zum Schutz der Bürger organisiert.

Petersburg, 27. Oktober. In der gestern abgehaltenen Sitzung der professionellen Verbände beschlossen die Apotheker, Ärzte, Advokaten und andere Berufs-klassen, sich am 28. Oktober dem Ausstande anzuschließen. Die Gelehrten der Universität, nur in revolutionärem Geiste redigierte Zeitungen zu lesen. Auf amtliche Anordnung sind alle Schulen bis zum 31. Oktober geschlossen worden.

Stetow, 26. Oktober. Der gestern hier ausgebrochene Eisenbahnstreik ist heute allgemein. Der Verkehr mußte eingestellt werden.

Krasnojarsk, 26. Oktober. Auf der sibirischen Eisenbahn ist ein Streik ausgebrochen, der bis Dienstag dauern soll.

Samara, 27. Oktober. Beim Zusammenstoß mit einer nach vielen Tausenden zählenden Volksmenge feuerten die Truppen auf eine Versammlung friedlicher Bürger. Die Einberufung einer konstituierenden Versammlung wird als einziges Mittel zur Beruhigung des Landes bezeichnet.

Lódz, 27. Oktober. Die Straßenbahn steht still. Infolge der Einstellung des Eisenbahnverkehrs ist Lódz von der Außenwelt abgeschnitten, seit zwei Tagen ist keine Post eingetroffen. Nahrungsmittel, Petroleum und Kohlen steigen im Preis; die Stadt ist ruhig.

Jelaterinostaw, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf Ansuchen von Bürgern sind die Truppen von den Straßen entfernt worden. Der Zustand des verstärkten Schutzes ist aufgehoben worden. Versammlungen wurden von den Behörden wieder gestattet. Der Handel lebt wieder auf. Die Beerdigung der Opfer der Unruhen erfolgt ohne Zwischenfall.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Oktober.

#### Aus der Fälschermappe des Reichsverbandes.

Mit unverhüllter Wollust drückt die „Post“, wie nur zu natürlich, aus den Mitteilungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie eine der schamlosesten und verruchtesten Verleumdungen nach, die nur je gegen unsere Partei erfunden wurden, daß nämlich die deutsche Sozialdemokratie zur Agitation gegen die Septematsvorlage und für die Reichstagswahlen von 1887 „bon Frankreich“, im Besonderen von den Nordpatrioten à la

Von langer Gold erhalten habe. Dieses wahnsinnige Märchen ist ja natürlich auch nicht neu, die Väter von uns erinnern sich, welche Rolle es schon bei den Wahlen von 1887 selbst spielte, und wie dann der biedere Herr Göy, der wechselfreudige Zumbereiner und Eintagspolitiker, unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität es im Reichstage breitete. Aus dieser „Wissenschaft“ des Herrn Göy hat es nur auch der betreffende Schmierfink des Reichsverbandes; er tut so, als ob er die Falschungen von Göy für Wahrheiten nehmen müßte, und denkt sich deshalb so mit aller Absicht darum, die Quellen von Göy nachzuprüfen, die ihm, wenn er sie anders wie Göy, d. h. ehrlich hätte benutzen sollen, die neue Aufklärung einer alten Fälschung freilich sofort unmöglich gemacht hätten.

Die Quelle, die angeblich diesen „bezahlten sozialdemokratischen Laubesterrat“ dokumentarisch beweisen soll, ist der „Sozialdemokrat“ vom Januar und Februar 1887. Hätte der Wiedermann des Reichsverbandes seine schmutzigen Finger in dieses Blatt gesteckt und mit seinen eigenen Augen ehrlich darin zu lesen versucht, so hätte er freilich sofort entdeckt, daß jeder Sou, den 1887 französische Arbeiter für den deutschen Wahlkampf schickten, mit genauer Angabe des Ortes und der Organisation quittiert wurde, Entlohnungen, deren kleine Summen Herr Göy eben in „Gelder aus Frankreich“, das heißt in Meisennummen und von Reuten a la Voulauger umfälschte. In Wahrheit hat dann ja auch nicht ein einziger Pfennig unklarer Herkunft für deutsche Wahlkämpfe jemals Verwendung gefunden, geschweige ein einziger Sou von französischen Nordpatrioten und dergleichen Skaliber. Der „Sozialdemokrat“ hat bereits 1887, gerade auch in den Nummern, auf die sich Herr Göy und seine neuesten Nachfalscher berufen, die Wahrheit festgesetzt. Ja mit besonderer Genauigkeit kommentierte unser damaliges Organ auch gerade den Austritt alibewährter französischer Parteigenossen wie Deville, Guédo, Duc-Lucy, Gourmière und anderer aus einem Blatte, das nur angeordnet hatte, daß nichts dabei wäre, auch bei den französischen Ministern und Boulauger Geld für die deutschen Wahlen zu holen. Als unsere genannten französischen Freunde diesen ihren Bruch mit dem Blatte und diese Begründung bekannt gaben, schrieb der „Sozialdemokrat“ (Nr. 7 vom 4. Februar 1887) wörtlich:

„Unsere Freunde haben recht getan, daß sie diesen Vorschlag scharf abgelehnt. Wir würden eine Unterstützung von dieser Seite in der Tat als entschieden rüdweg zurückgewiesen haben. (Auch im „Soz.“ so gedruckt. Red. des „Vorw.“) Von den französischen Arbeitern nehmen wir den kleinsten Betrag, jeden Sou, als ein Zeichen ihrer brüderlichen Gesinnung, gern entgegen, und es freut uns konstatieren zu können, daß uns jeder Tag neue Beweise in dieser Hinsicht bringt. Aber für eine Unterstützung, die nur einen Sinn hat, wenn man uns als Verbündete des französischen Chauvinismus betrachtet, bedanken wir uns auf das allerentschiedenste. (Auch im „Soz.“ so gedruckt. Red.) Wir wollen mit ihm ebenso wenig zu tun haben wie mit dem deutschen Nordpatriotismus, er ist unser Feind, wie er der Feind der französischen Arbeiter ist.“

Also damals der „Sozialdemokrat“; und es ist überflüssig zu sagen, daß die Partei niemals einen anderen Standpunkt vertreten hat und vertreten konnte. Sie hat es im Gegenteil immer den Gesinnungsverwandten des Reichsverbandes und der „Post“ überlassen, ihre Taschen aus den Kassen der Feinde Deutschlands zu füllen. Selbst die dümmsten Postfesseln dürften, um nur ein Beispiel zu erwähnen, eine dumme Abnung von den allemähigen Nachweisen haben, die nach dem deutsch-französischen Kriege das Quellenwerk „L'Allemagne aux Tuilleries“ brachte, ein Quellenwerk, aus dem Bernhard Weder dann einiges wenige in seinen „Briefen deutscher Völkpatrioten“ (Braunschweig 1873) wiedergab. Wenn die Fälscher des Reichsverbandes und der „Post“ auf dem Boden dieser Akten und Tatsachen einen Tanz wünschen, wir sind bereit, wir spielen ihnen auf!

#### Zentrum und Reichsfinanzreform.

Das Zentrum verhält sich vorläufig nach altem Rezept durch- aus ablehnend gegen den Stengelschen Vorschlag einer höheren Belastung des Tabaks und Vieces. In einer Zentrumsversammlung in Krefeld äußerte sich der Abgeordnete Dr. Vahnen, der Vorkämpfer der „Köln. Volkszeitung“, folgendermaßen über die sogenannte Reichsfinanzreform:

„Dauernde Ausgaben dürfen nur aus dauernden, festen Einnahmen gedeckt werden! Diesen Grundsatze gilt es jetzt auch in der Reichsfinanzreform anzuwenden. Mit der Schuldenwirtschaft kann es nicht weitergehen. Mit den jetzigen Steuern können wir nicht auskommen. Es wird jetzt offiziell angekündigt, daß rund 180 Millionen Mark neue Steuern notwendig seien. Eine einzige neue Steuer in solcher Höhe zu schaffen, ist unmöglich; wir werden also verschiedene Steuerquellen erschließen müssen. Die alten Steuern, d. h. die, welche wir bereits haben, müssen wir sorgfältig erhalten und pfleglich behandeln. Dabei bleibt allerdings eine Grenze: keine weitere Belastung der notwendigen Konsums der breiten Volksmassen. Was das Volk zum Leben notwendig hat, soll nicht weiter mit Steuern, in diesem Falle mit indirekten Steuern belastet werden. Diese Grenze ist in der alten Flottenvorlage ausdrücklich vorgesehen, der Reichstag hat sie verlangt und die Reichsregierung hat ihre Zustimmung gegeben. Der Reichstag muß und wird daran festhalten!“

Die Frage ist nun: Was versteht das Zentrum unter „notwendigen Konsum“? Es hat bei den Zolltarifverhandlungen nicht nur den beträchtlichen Zollerhöhungen auf Getreide, Obst, Fleisch usw. zugestimmt, sondern wehrt sich auch jetzt mit der gleichen Energie wie die Agrarkonservativen gegen eine Ermäßigung der hochgetriebenen Fleischpreise durch Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande. Oder rechnet vielleicht das Zentrum Fleisch nicht zu den „notwendigen“ Konsummitteln? Dann besteht nur geringe Hoffnung, daß es nicht später auch — vorausgesetzt, daß ihm gewisse Entscheidungen auf fruchtlichem Gebiete geboten werden — zu der Entdeckung gelangt, Tabak und Bier gehörten nicht zu den notwendigen Verbrauchsgegenständen, sondern zu den höheren Genussmitteln.

#### Waffengeld und Friedensreden.

Nach der Enthüllung des Nolke-Denkmal fand am Donnerstagabend ein Brinnmahl statt, an dem zahlreiche Prinzen, Fürsten und Generale teilnahmen. Der Kaiser brachte folgenden Trinkspruch aus:

„Dem heutigen Tage seien zwei Gläser bestimmt. Das eine der Vergangenheit und der Erinnerung! In aufrichtigem Dank gegen die Vorsehung, die in großer Zeit dem Großen Kaiser seine Paladine beschert hat, wollen wir vor allen Dingen das erste Glas einfüllen lassen, welches dem Andenken gewidmet ist des Kaisers Wilhelm's Majestät größten Generals! Das zweite Glas gilt der Zukunft und der Gegenwart! Wie es in der Welt steht mit uns, haben die Herren gesehen. Darum das Kalver roden, das Schwert geschliffen, das Ziel erkannt, die Rüste gespannt und die Schwarzscher verbannt. Mein Glas gilt unserem Volk in Waffen! Das deutsche Heer und sein Generalsstab hurra, hurra, hurra!“

In Frankreich wird die bereits dorthin telegraphisch übermittelte Rede des Kaisers von den Blättern unter Ueberschriften wie „Eine kriegerische Rede“ oder auch „Kaiserliche Drohungen“ mitgeteilt.

In England wurde derweilen eifrig in Friedensbeteuerungen gearbeitet. In der Rede, die Staatssekretär Brodrick am Donnerstag in Guildford hielt und in der er auf die Worte Kosebergs antwortete, daß die Völkern gegen Deutschland nicht die wahren Gefühle ausdrückten, die beide Völker für einander hegen, wenn sie vielleicht auch die Ansichten einiger Mitglieder ihrer Regierungen zum Ausdruck brächten, führte der Staatssekretär weiter aus, es dürfe keine Zeit verloren werden, um das auszusprechen, was er mit allem ihm zu Gebote stehenden Nachdruck betonen möchte, daß zwischen beiden Regierungen keinerlei persönliche Stimmungen herrschen können. Er sagte noch weiter, daß keinerlei unerledigte Frage irgendwelcher Art zwischen den beiden Regierungen bestehe und daß nichts vorliege, was eine Annäherung zwischen ihnen herbeizuführen könnte. Gutes Einvernehmen mit den Nachbarn, welche Sprache sie auch sprechen, sei notwendig und wünschenswert. Alle Gerüchte von Mißverständnissen müßten beseitigt werden, ebenso wie die zirkulierenden Märchen von dem Plan eines Einalles von 100.000 Soldaten in Schleswig-Holstein und von völlig grundlosen Angriffen, die wohl dazu dienen könnten, die Feder gewisser Männer von der Presse zu reizen, die aber von jedem verantwortlichen Staatsmanne kurzerhand zurückgewiesen würden.

Das Mitglied des Unterhauses Bryce erklärte in einer Rede in Newport (Insel Wight), daß kein denkbarer Mann in England, sicherlich aber kein verantwortlicher Politiker, einen Streit mit Deutschland wünsche. In keinem Punkte ständen die englischen und deutschen Interessen ernstlich in Gegenlag zu einander. Sei kommerzieller Wettbewerb, ähnlich dem zwischen Franzosen und Amerikanern, ein Grund für politische Feindschaft mit einem großen verwandten Volke? England müßte versuchen, gute Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten, welche mit einer dauernden Fortsetzung der Beziehungen zu Frankreich nicht unvereinbar seien.

Vom Selbstverwaltungsrecht hatte man leihin bei der Leipziger Rathhauswahl großes Aufsehen gemacht. Wie es in Wahrheit mit diesem Rechte bestellt ist, das zeigt die Verordnung der Leipziger Kreisbahnhauptmannschaft in Sachen der von den beiden Leipziger Straßenbahnen verlangten Erhöhung der Fahrpreise und der damit verbundenen Abschaffung des Einheitstarifs von 10 Pf. In dieser Verordnung wird darauf hingewiesen, daß die erste Entscheidung des Rates infolge eines Urteils des Ober-Verwaltungsgerichts hinsichtlich geworden sei; da die beiden Straßenbahngesellschaften an einer Erhöhung des Tarifs festhalten, so habe der Rat eine neue einstimmige Entscheidung zu treffen. Eines Gehörs der Stadtverordneten bedürfte es dabei nicht. Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Junk, der damals bei den großen Festlichkeiten so schöne Worte vom Recht der Selbstverwaltung und vom Bürgerwohl gesprochen hatte, war nun, nach wenigen Tagen schon, so bescheligen geworden, daß er nur den Wunsch aussprach, der Rat möge trotzdem den Stadtverordneten Bescheidenheit geben, sich äußern zu können; dann aber schien in ihm die Erinnerung an seine Rathhausrede doch noch zu erwachen, und wie in Parantese fügte er hinzu, daß ja „eventuell“ die „Besprechung“ der Angelegenheit im Stadtverordnetenrat auch durch einen Initiativantrag herbeigeführt werden könnte. — Es ist doch etwas Schönes um die Bescheidenheit!

Die Anti-Duell-Liga hielt gestern in Köln ihre Generalversammlung ab. Ein Häuflein draber Leute und schlechter Musikanten müßte sich vergebens, über den schreienden Widerspruch hinwegzukommen, der zwischen dem sittlichen und christlichen Staat der päpstlich-reaktionären Kirche und seiner höchst unethischen und unchristlichen realen Verkörperung besteht. Da bedauerte ein Justizrat die Lässigkeit, mit der viele Mitglieder der gebildeten und besitzenden Klasse oftmals Kulturbestrebungen gegenüberstünden, da sagte ein Amtsdirektor darüber, daß die meisten Quelle unter Offizieren und Beamten ausgeföhren würden, obwohl Offiziere und Beamte auch auf die Verfassung verbeid seien. Da hielt der Landtagsabgeordnete Pastor v. Wodewitz eine feiner Kapuzinaden, von denen man nie recht weiß, ob ihr hiehermännisches Pathos unergründlicher Einfeld oder abgefeimter Demagogie entspringt. Der konservative Landtagsabgeordnete wetteerte gegen die Einbildung, daß es bevorzugte Stände gebe. Der Kaufmanns, der Bauern, der Handwerker, der Arbeiterstand seien ebenso ehrenvoll wie der Offiziersstand. Es müßte auch gefordert werden, daß die Ehre des gemeinen Soldaten gewahrt, daß er nicht beschimpft oder geföhren werde. Ein anderer Pastor empfahl zum Austrag von „Ehrenhändeln“ statt der Pistole oder des Säbels die Reispitze. Der Oberbürgermeister von Fulda verlangte, daß der Ehebruch zu einer Inzanie gestempelt und der Ehebrecher mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werde. Dann aber forderte das sittenstrenge Stadtoberhaupt auch eine rigorose Verschärfung der Strafen für Verleumdungen und Verleumdungen.

So endete denn dieser Sittlichkeitskongress in Sedez in der fürdichsten Anpreisung gemeingefährlich reaktionärer Maßregeln.

Badische Landtagswahl. Das Zentrum kämpft verzweifelt um die Mehrheit im Landtage und da es allein diese Mehrheit infolge des sozialdemokratisch-liberalen Wahlbündnisses nicht mehr zu erlangen vermag, gibt sich die Zentrumsleitung die größte Mühe, wenigstens eine liberal-konservative Mehrheit zu bilden. Ganz tolle Wahlmänner werden deshalb in Szene gesetzt. Da sind z. B. zwei ländliche Kreise mit folgenden Stimmenzahlen:

	Soz.	Wod.	Zentr.	Kons.
46. Kreis . . .	1139	914	1598	788
50. Kreis . . .	1674	719	1375	1128

In beiden Kreisen müßte, da laut Wahlbündnissen der Wod für den Sozialdemokraten eintritt, dieser siegen, denn die orthodox-protestantischen Konservativen sind nur in ganz vereinzelten Exemplaren für das Zentrum zu haben. Und wie löst nun das Zentrum das schwierige Problem um den Sieg zu erreichen? Es zieht, trotz der hohen Stimmengiffern, seinen Kandidaten zurück und gibt Befehl an die selbstverständlich gut katholischen — Zentrums-wähler aus, für die extrem protestantischen konservativen Kandidaten zu stimmen. Es sei bemerkt, daß nach dem neuen badischen Wahlrecht am zweiten Wahlgang nicht nur die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, sondern alle die Kandidaten teilnehmen können, welche mehr als 15 Proz. der abgegebenen Stimmen erhielten. Im zweiten Wahlgang entscheidet dann die relative Mehrheit.

Von den Zentrumswählern erhofft die Parteileitung, daß sie sich eher als gedankenloses Stimmvieh benutzen lassen, das man beliebig verhandeln kann. Ein Wahlbild, das ebenso bezeichnend ist für Vertuschung der Wähler beim Zentrum, wie für die konfessionelle Scheuerei der Zentrums-Katholiken.

Stuttgart, 26. Oktober. Bei der heutigen Stichwahl zum Landtag im Bezirk Tullingen wurde Storz (Wolfspartei) mit 9088 Stimmen gewählt. Mattutat (Soz.) erhielt 2060 Stimmen.

#### Die kolonialisatorische Mission des Schnapses.

Ein Artikel der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien“ beschäftigt sich eingehend mit den traurigen Wirkungen der Schnapspest auf die Eingeborenen, die durch die „Pioniere“ unserer Kolonisation, die Vertreter des süßen Handels, namentlich auch in den deutschen Kolonien verbreitet wird. Es gebe allerdings an der Westküste Afrikas einige Firmen, die den Brantwein prinzipiell von ihrem Geschäft ausgeschlossen hätten. Aber das seien nur Ausnahmen unter der großen Masse. Es sei deshalb dringend nötig, daß durch die Mächte die Spirituosenzufuhr für ganz Afrika reduziert werde.

Ob Deutschland sich mit besonderer Begeisterung an der Verhinderung des Schnapssteuereinfusses beteiligen wird, ist recht fraglich. spielen die Spirituosen doch unter den länglichen deutschen Exportgütern unseres Kolonialhandels eine hervorragende Rolle. Bereits

1898 wurden 761 294 Liter Spirituosen in Togo eingeführt, 1903 gar 1 041 106 Liter. In Kamerun wurden 1897 1 224 894 Liter Spirituosen importiert, 1903 1 407 573 Liter. Unsere Handelskreise werden sich also sehr gegen die Einschränkung dieses gewinnbringenden Handelszweiges sperren! Und das umsonst, als ja der Schnaps als Tauschmittel auch im kolonialen Binnenhandel eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. So erzählte Hauptmann Gulen 1898 in der „Deutschen Kolonial-Zeitung“ folgende Episode:

„Geradezu schenkelig zu nennen ist die Verwendung des Schnapses als Handelsartikel, zum Trade! Fufel der gemeinsten Sorte bildet in Vassons und Kisten einen großen Teil der Schiffsladung eines westafrikanischen Handelsdampfers.“

„Dieses entmenschte Gift sicker von der Küste, deren Bevölkerung es im ganzen Westen Afrikas bereits leider durchtränkt hat, tief hinein bis zu den Binnenstämmen!“

„Gegen diesen Fluch der Kultur, womit wir die Schwarzen vertieren, sollte gepredigt werden, weit mehr als gegen den Sklavenhandel. Weniger verhängnisvoll für das Geseid der schwarzen Rasse ist letzterer als die Laster, die wir ihm bringen unter dem prunkenden Titel: „Segnungen der Zivilisation.“

„Ich erinnere mich eines abstoßenden Bildes, das sich mir auf einer Faktorei bot, als ich dort im Busch einsaß am Fieber krank lag: Ein Neger brachte dem Faktorensen zwei schöne Elefantenzähne. Der geforderte Preis schien dem Kaufmann zu hoch. Nach langem Handeln und Feilschen griff derselbe zum Schnaps und schließlich lag der schwarze arme Teufel mit zwei geklärten Fläschen Gin sinnlos betrunken vor dem Ganse. Der „Clerk“ aber barg vergnügt schmunzelnd die beiden Zähne in seinem Laden. Der Preis waren die beiden Fläschen Schnaps.“

Daß bei derartigen Tauschgeschäften, auch bei Landkäufen und dem Viehhandel der Schnaps nur zu oft eine solche verbrecherische Rolle gespielt hat und noch spielt, ist nur allzu bekannt. Der Hänge-Peters erzählte seinerzeit noch mit schmerzhaftem Besagen, wie rasch er seinerzeit die „Schuh“-Verträge mit ostafrikanischer Hauptlingen abgeschlossen habe, nachdem er die schwarzen Kontrahenten erst durch nicht zu knappe Dosen Alkohol in eine vergnügte Stimmung verlegt hatte.

Die Ankläger der kolonialen Fufelvergiftung werden wohl Prediger in der Wüste bleiben. Der Schnaps gehört nun einmal zur kapitalistischen Kolonialpolitik, wie die Syphilis und der Tropen-Koller!

In den Wind geschlagene Warnung. In den Unruhen in Deutsch-Ostafrika erhält die „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift, in welcher erklärt wird, daß die Missionare am Kilimandscharo bereits vor vielen Monaten eine vertrauliche Eingabe an das auswärtige Amt gerichtet haben, worin sie auf die Gefahr eines blutigen Aufstandes infolge verschiedener Maßnahmen hingewiesen haben. Dieser Bericht sei aber nicht beachtet worden. Das Blatt erklärt, das auswärtige Amt könne nicht umhin, über die Gründe seines Verhaltens sich bald zu äußern.

Dies Verfahren der Regierung ist ja nicht neu. In Südwestafrika hat man es genau so gemacht. Auch dort hat man die Warnungen der Missionare gleichgültig zu den Akten gelegt. Ersttaulich ist es nur, daß man durch die furchtbaren Erfahrungen in Südwestafrika auch nicht am ein Haar vorsichtiger geworden ist. Es sieht ja beinahe so aus, als lämen der Regierung die kolonialen Handel förmlich erwünscht! Aber auch die Missionare trifft die Mißgunst. Sobald sie einfallen, daß man ihre Vorstellungen im Kolonialamt in den Wind schlug, hätten sie die Deffentlichkeit gegen die Maßnahmen aufrufen müssen, die nach ihrer Ansicht die Gefahr eines blutigen Aufstandes heraufbeschwören. Sie sind mitverantwortlich für die in Ostafrika vergossenen Ströme von Blut!

#### Ausland.

##### Ueber die Volksmeinung in Norwegen.

Dem Storting liegt jetzt eine gedruckte Uebersicht über die ihm übersandten Aeußerungen zur Staatsformfrage vor. Es haben sich danach in Kristiania 13 Vereine von Geschäftsleuten für sofortige Königswahl und gegen die Erörterung der Verfassungsfrage erklärt, und diesen Wünschen haben sich 89 „Handels-, Handwerker- und Seemannsvereine“ angeschlossen. Außerdem wünschen 107 Banken, 7 Gemeindeverwaltungen und 3 Volksversammlungen, daß man sobald wie möglich einen König wähle. Der Aeußerung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei für Republik und Volksabstimmung haben sich 23 Arbeiterorganisationen angeschlossen. Volksabstimmung oder Volksentscheidung in anderer Form verlangen 61 Fach- und Arbeitervereine in Kristiania, 48 solcher Vereine anderer Orte sowie 5 Gemeindeverwaltungen. Ferner ist diese Forderung in vielen von Tausenden besuchten Volksversammlungen aufgestellt worden.

Es läßt sich selbstverständlich aus dieser Uebersicht nicht entscheiden, auf welcher Seite die Volksmehrheit steht; das einzige schnell wirkende Mittel, dem Volkswillen Rechnung zu tragen, ist eben die Urabstimmung.

Björnson äußert sich in „Aftenposten“ zur Staatsformfrage und über seine Bedenken gegen die Einführung der Republik. Sein Artikel beginnt:

„Man erinnert sich daran, daß ich einem ausländischen Interviewer gesagt habe, daß der größte Teil der Norweger republikanisch gesinnt ist und daß ich wisse, es werde die Demokratie aller Länder freuen, wenn Norwegen jetzt Republik würde. — Ja — habe ich jemals etwas anderes gesagt?“

Björnson bestätigt also, was auch im „Vorwärts“ Mitte August dieses Jahres berichtet wurde, daß eben der größte Teil des norwegischen Volkes republikanisch gesinnt ist. Im Anschluß daran richtet „Social-Demokraten“ von Kristiania folgende Mahnung an den Thronkandidaten:

„Eure königliche Hoheit, Prinz Karl von Dänemark, hier sagt selbst einer der Monarchisten die volle Wahrheit über die Situation in Norwegen. Man will Sie zum König über ein republikanisches Volk machen. Man bietet eine Dornenkrone statt einer Krone — gegen den Willen der Mehrheit.“

„Social-Demokraten“ bemerkt zu dem Regierungsvorschlag u. a.: „Die die Frage, die nun dem Volke vorgelegt wird, lautet soll kann noch nicht bestimmt gesagt werden. Letzter wird man wohl kaum danach fragen, ob das Volk mit der Erhaltung der monarchischen Staatsform einverstanden ist, sondern vielmehr danach, ob es den lebigen Thron mit den Prinzen Karl besetzen will. Die Form wird aber keine entscheidende Bedeutung haben. Alle Republikaner werden selbstverständlich gegen eine solche Ordnung der Verhältnisse stimmen, und es gilt für uns, ein so starkes Reim hervorzurufen, daß der Dänenprinz es nicht wagt, seinen Fuß auf unser Land zu setzen.“ — Im übrigen bezeichnet unser Bruderorgan den Vorschlag zur Volksabstimmung als einen Sieg der Politik der Sozialdemokratie und weist auch auf die sonderbare Tatsache hin, daß wenn norwegische Staatsbürger eine Volksabstimmung verlangen, man dem mit aller Macht entgegenarbeitet, aber dafür ist, sobald Schweden oder Dänemark es wünschen.

Wie der Korrespondent, der im Auftrage von Kopenhagen „Social-Demokraten“ zur Berichterstattung über die Ereignisse in Schweden weilt, seinem Blatte mitteilt, haben die Konventionen dem Staatsminister Michelsen wegen der vorgeschlagenen Volksabstimmung vorgeworfen, er breche seine Versprechungen, und in den sonntäglichen Blättern wurde der Vorschlag selbst noch am Mittwochmorgen als Verfassungsbruch bezeichnet. Dreißig republikanische Stichtingmänner haben in ihrer Fraktionsitzung beschlossen, für Michelsens Vorschlag nur dann zu stimmen, wenn die Frage für oder gegen die Republik lautet.

### Frankreich.

#### Die Föderationskongresse.

Paris, 24. Oktober. (Fig. Ver.) Am Sonntag haben zahlreiche Föderationen der sozialistischen Partei ihre Kongresse abgehalten, um die Delegierten für die Parteitagung von Chalons zu wählen und Beschlüsse über die Taktik bei den Kammerwahlen zu fassen. Der wichtigste von diesen regionalen Parteitagen war der der Seine-Föderation, die die stärkste Departementsorganisation der Partei ist und mit ihren 47 Mandaten auf dem nationalen Parteitag eine entscheidende Rolle spielt. Der Föderationskongress fand in der Mairie von St.-Germain, einer von den Sozialisten verwalteten kleinen Gemeinde der Pariser Umgebung statt. Zuerst wurde die Frage der Kandidaturen diskutiert. Es wurde der schon anlässlich der letzten Nationalratswahl erwähnte Antrag Baillants, der es den Föderationen überläßt, Kandidaturen aufzustellen, wo sie einen Wahlkampf für angeeignet halten, mit dem gleichfalls schon angeführten Antrag Revelins angenommen. Das Stimmverhältnis war 174 gegen 108. Die Taktik für den zweiten Wahlgang wurde durch einen Antrag Revelins bestimmt, der einstimmig Annahme fand. Er besagt, daß bei Stichwahlen die Kandidaten der Partei, wenn sie nicht die relative Mehrheit erlangt haben, zurücktreten sollen, um der Politik der Reaktion, der kolonialen Eroberung, des Krieges und des Staatsrechtes eine Niederlage zu bereiten. Unter den gleichen Bedingungen sollen die Kandidaten der Partei zurücktreten, wenn sich der republikanische Kandidat schon im ersten Wahlgange ausdrücklich verpflichtet hat, für die geheime Wahl, für das Listenkontinuum mit der Proportionalvertretung und für die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit zu stimmen. Die Föderationen sind beauftragt, gemeinsam mit dem Nationalrat diese Beschlüsse auszuführen und dafür von den Republikanern ein gleiches Verhalten bei den Stichwahlen zu erlangen. Die Resolution Revelins betraf zum Schluß nachdrücklich, daß die sozialistische Partei trotz der gelegentlichen Unterstützung bürgerlicher Parteien die unverfälschte Gegnerin der bürgerlichen Klasse in ihrer Gesamtheit und des Bourgeoisstaates bleibe.

Der Kongress nahm die Wahl der Parteitagungsdelegierten auf Grund des Proportionalstimmens vor, wobei er die Bestimmungen über die Wahlakt zur Grundlage machte. Der Minorität wurden 18 Mandate zugewiesen.

Der Kongress beschloß ferner die Achtstundebewegung der Arbeitervorkämpfer zu unterstützen. Er protestierte auch gegen die unter hiesiger Vorherrschaft unternommene Verfolgung der Arbeiter. Endlich befaßte er sich mit der Frage, ob Sozialisten Funktionen im Bureau von Repräsentativkörpern annehmen dürfen, wo die Partei nicht die Mehrheit hat. Die Frage wurde mit 193 gegen 59 Stimmen und 12 Enthaltungen verneint. Man darf erwarten, daß auf diese Art die endlose „Affäre Prouste“ doch einmal abgetan werden wird. Herr Prouste hat neuerdings wieder bei seiner Londoner Jagd seinen Sozialismus in die Tasche gesteckt und den abgeklärten „Staatsmann“ hervorgekehrt. Er ließ sich auch vom König bewirten. Von den sozialistischen Gemeinderäten, die an der Jagd teilgenommen hatten, schlossen sich bei dieser Gelegenheit fünf aus. Am Freitag wird die sozialistische Gruppe des Gemeinderates zusammenzutreten, um über ihr Verhalten zum neuesten Parteitagbeschlusse zu entscheiden. Bekanntlich ist Prouste von einer radikal-sozialistischen Mehrheit gewählt. Da er auf seine Stellung schwerlich verzichten wird, ist das Ausscheiden Proustes und seiner engeren Parteifreunde, wie Turot und Deppenheimer, aus der Partei vorauszusetzen.

Auch auf den anderen Regionalkongressen wurde die Waillantsche Resolution angenommen und für die Stichwahlen der Rädertag zugunsten der im ersten Wahlgang begünstigten bürgerlichen Republikaner gutgeheißen.

Die nicht an die Partei angeschlossene Loire-Föderation, die unter dem Einfluß Briands steht, hat gleichfalls Sonntag ihren Kongress abgehalten. Sie erklärte sich für das Prinzip der Einigkeit und sprach ihr Vertrauen zum Kongress in Chalons aus, in der Erwartung, daß er durch Anerkennung des Grundgesetzes der republikanischen Vereinigung bei den Stichwahlen ihr den Eintritt in die geeinigste Partei ermöglichen werde. Die Versammlung beschloß, zwei Delegierte nach Chalons zu senden, die dem Kongress die Haltung der Föderation erklären sollen.

### Italien.

#### Die Parteifraktion über die Abgabenreform.

Rom, 25. Oktober. (Fig. Ver.)

In ihrer letzten Zusammenkunft, die am 23. d. M. in Villa Loggia stattgefunden, hat die sozialistische Parlamentsfraktion zur Frage der Abgabenreform Stellung genommen.

Enrico Ferri hat zunächst die Grundsätze dargelegt, auf die er, wie wir dieser Tage berichtet haben, die Abgabenreform und die Maßnahmen zur Hebung der nationalen Produktion aufbauen sehen möchte, nämlich: Herabsetzung der Staatsabgaben oder des Zolls auf Weizen, Zucker und Petroleum auf die Hälfte und Reduktion des Salzpreises auf die Hälfte. Erhöhung der Steuer auf Einkommen aus Staatsrenten, bis zur Reduktion der Zinsen von 4 auf 3 Proz.; Ausnahme einer vierprozentigen Staatsanleihe von einer Milliarde, die vor allem der Landwirtschaft der südlichen Provinzen zu dem Zinsfuß von 2 Proz. darzuleihen zur Verfügung gestellt wird.

In der Diskussion trat Turati den Darlegungen Ferris entgegen und vertat einen Entwurf von Comis, der sich eng an das ministerielle Projekt Walckemburg und das des Radikalen Alessio anlehnt. Es gälte, die Form zu finden, die auf den geringsten Widerstand im Parlament treffen muß. Demgemäß möchte Turati von jeder Entlastung des Konsums vorläufig absehen — soweit es sich um Staatsabgaben handelt — um alle kommunalen Verzehrungssteuern abzuschaffen, abgesehen der auf Fleisch, Wein und Brennmaterial. Der — natürlich nach vielen Willkuren ändernde — Ausfall für die Kommunalfinanzen soll durch eine gerechtere Verteilung von Ausgaben und Einnahmen zwischen Staat und Gemeinde ausgeglichen werden. Ferner soll die kommunale Haus- und Viehsteuer abgeschafft und durch progressive staatliche Einkommensteuer ersetzt werden. Außerdem fordert Turati Konzentrierung der Rente und Verwendung der so gewonnenen Ersparnis zugunsten der Hebung der Produktion und Gewährung billigen Kredits an die Arbeitgenossenschaften.

In der Diskussion zeigte sich die Auffassung — der Turati und Bissolati entgegen — daß die Frage noch nicht beschlußreif sei, sondern eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs ernannt werden solle. Turati wendete sich darauf eifrig gegen den Gedanken, beide Projekte — Ferris und Turati — zu verschmelzen. Man müsse zwischen beiden wählen.

Schließlich wurde die folgende Tagesordnung Veronini einstimmig angenommen:

Die sozialistische Parlamentsfraktion beschließt, in der Absicht, der Kammer eine praktische und durchführbare Lösung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und Abgabenfragen vorzulegen, die den Endzwecken des Sozialismus koordiniert ist, eine Kommission zu ernennen, die die verschiedenen Vorschläge prüft und die den soeben dargelegten Absichten entsprechenden formuliert, um sie der endgültigen Beschlußfassung der Fraktion vorzulegen.

Die Kommission besteht aus den Abgeordneten Bertini, Mercanti, Bissolati, Agnini, Ferri und Turati, sowie aus dem nicht zur Fraktion gehörigen Genossen Comis.

### Niederlande.

Eine trügerische Wahlrechtsreform ist es offenbar, was die niederländische Regierung plant. Die Kommission zur Revision der Verfassung, die jetzt ernannt worden ist, bietet in ihrer Zusammenkunft keinerlei Gewähr dafür, daß das Volk zu seinem Rechte kommen wird. Die am stärksten an der Sache interessierte Partei, die Sozialdemokratie, hat man von vornherein von der Vertretung überhaupt ausgeschlossen. Zum Vorsitzenden ist der konservativ-liberale Abgeordnete W. J. de Beaufort ernannt worden, und im übrigen gehören der Kommission drei „Liberales“, zwei „Klerikale“ und schließlich als Siebenter ein freisinniger Demokrat an, E. H. Koller, ein Mann, der wohl ein gewisses Vertrauen verdient, aber natürlich als einziger machtlos ist.

Die Kommission wird Mittel suchen, um das allgemeine Wahlrecht unschädlich zu machen, schreibt „Het Volk“. Ein heftiger Kampf wartet unserer in den nächstfolgenden Jahren. Wir müssen uns so schnell wie möglich bereit halten, denn was ziemlich fest schien für die nächsten Jahre, beginnt jetzt wieder zu wanken. Nach dem Verlauf der Wahlen und dem Triumph des „Blanco“ in diesem Ministerium ist die Zusammenkunft dieser Kommission ein politischer Betrug.

### Amerika.

Ein Kolonialamt. In Washington will man die Notwendigkeit erkannt haben, ein Kolonialamt einzurichten. Es bestehen acht Departements in der Staatsverwaltung: Ackerbau, Finanzen, Krieg, Marine, Post, Inneres, Justiz, Landwirtschaft. Die Angelegenheiten der Kolonien sind bisher von verschiedenen Departements in Mitverwaltung genommen worden. So hat das Kriegsdepartement die Sorge für die Philippinen übernommen, Hawaii und Alaska sind dem Amt für innere Angelegenheiten übergeben; in Guam herrscht das Marineamt. Mehrere Konten erlegten die Fragen in Porto Rico, aber die Hauptberichte mußten dem Departement für Ackerbau zugesandt werden. Die Kolonialfragen mehren sich bei den Amerikanern und man braucht ein modernes Kolonialamt.

### Soziales.

#### Kaufmannsgericht.

Sitzung vom 27. Oktober.

Eine traffe Maßregelung bildete die Unterlage einer Klage, die der Korrespondent Herr Melde gegen die Firma Bernhard u. Co., Luzugapapierhandlung, angebracht hat. Der Kläger war seit fünf Jahren bei der Firma als Korrespondent für fremde Sprachen beschäftigt, wurde dann aber entlassen, weil er sich als Kandidat des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes zu den Wahlen des Kaufmannsgerichts hatte aufstellen lassen. Die Firmeninhaber erklärten ihm nämlich, und bestätigten das auch vor Gericht, sie seien selbst Juden und würden daher unter keinen Umständen ein Mitglied des antisemitischen Gehilfenverbandes in ihrem Geschäft dulden. Mit der Entlassung verabschiedeten die Herren dem Gemahregelten dann ein Zeugnis, in welchem seine Leistungen als nur recht minderwertig hingestellt wurden. Obendrein aber erteilten sie auch noch wahrheitswidrige Auskünfte über den Entlassenen an andere Firmen, bei denen sich dieser um Stellung beworben hatte, so daß er deswegen seit vier Monaten kein Engagement zu finden vermochte. In derartigen Auskünften heißt es z. B., Herr Melde beherrsche die fremden Sprachen nur mangelhaft und verführe über einen so edigen und ungelanten Stil, daß er als selbständiger Korrespondent nicht betrachtet werden könne. Ein weiterer Passus aber sagt, die Firma habe in letzter Zeit „noch etwas“ über den Entlassenen erfahren, worüber sie jedoch nur mündliche Auskünfte geben könne. Dieser Passus mußte unter Kaufleuten selbstverständlich den Eindruck erwecken, als habe sich der Mann, der fünf Jahre in ein und demselben Geschäft tätig war, irgend eine schwere geschäftliche Verfehlung, vielleicht gar eine Veruntreuung von Geldern u. dgl., zuzuschulden kommen lassen, aber welche die Firma jedoch aus Humanität nur die beste Auskunst erteilen wollte. In Wirklichkeit handelte es sich hierbei lediglich um die angeblich antisemitische Gemüthsart des Verdrängten, um die sich, wenn sie offen gekennzeichnet worden wäre, jedenfalls andere Firmen kaum gekümmert hätten. So aber war dem Kläger die Existenz einfach abgeschnitten. Er beantragte in seiner Klage deshalb ein wahrheitsgetreues Zeugnis und eine Entschädigung von bisher 1000 M., weil er auf Grund des angeführten Zeugnisses sowie der wahrheitswidrigen Auskünfte trotz aller Bemühungen keine Stellung erlangen konnte. In der Verhandlung legte der bereits bejahte Kläger mehrere geradezu brillante Zeugnisse über seine frühere Tätigkeit als fremdsprachiger Korrespondent bei in- und ausländischen Häusern vor. Gefragt, ob denn diese Zeugnisse nicht schon allein genügt hätten, ihm zu einem neuen Engagement zu verhelfen, verwarf der Kläger mit Recht auf die Ulfance im kaufmännischen Leben, daß nur das Zeugnis aus der letzten Stellung als ausschlaggebend angesehen, weil ein Chef sonst nie wissen könne, was sich der Stellungsuchende dort etwa habe zuzuschulden kommen lassen. Das Gericht beschloß, die Sache zunächst zu vertagen und drei Sachverständige darüber zu vernehmen, ob die Behauptungen der beklagten Firma betreffend die minderwertigen Sprachkenntnisse des Klägers, worin jetzt die angebliche Hauptursache der Entlassung bestanden habe, zutreffend seien oder nicht.

Eine mündliche Anerkennung der Art, daß ein Entlassener auf die ausdrückliche Frage eines Chefs oder dessen Stellvertreters erklärt, er habe keinerlei Forderungen an die Firma mehr, gilt als Einverständnis mit der Entlassung. Aus diesem Grunde wurde gestern ein Kommit mit seiner Entschuldigungsfrage gegen die Handelsgesellschaft deutscher Apotheker abgewiesen. Der Kläger bestritt zwar, eine Erklärung in obigem Sinne abgegeben zu haben, jedoch behauptete ein Zeuge das Gegenteil, weshalb ein Schadenerspruch wegen Nichterhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist nicht anerkannt werden konnte.

Achtstundenschicht für Gasarbeiter. Der Magistrat in Bützberg hat auf Antrag der Arbeiter beschlossen, im Retortenhaus der städtischen Gasanstalt die Achtstundenschicht einzuführen. In diesem Beschlusse steht noch die Genehmigung des Gemeindevollkollégiums aus.

Som Wählradenschluß. In Leipzig haben 4502 Inhaber offener Verkaufsstellen an die Kreisbauernschaft den Antrag auf Vornahme einer Abstimmung wegen Einführung des allgemeinen Wählradenschlusses für sämtliche Geschäftszweige gestellt.

Die Sonntagsruhe der Barbier- und Friseurbetriebe. Die Interessenten wichtige Entscheidung des Kammergerichts vom 28. Oktober. Ist bei den genannten Gewerbetreibenden bei Eintritt der gemäß § 41b der Gewerbeordnung festgesetzten sonntäglichen Ruhezeit sofort der Betrieb ganz einzustellen, oder können die bereits anwesenden Kunden noch bedient werden? Diese Frage stand zur Entscheidung. Bezüglich der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher ist in fast allen Gemeinden der § 41b der Gewerbeordnung zur Anwendung gekommen, welcher bestimmt: „Auf Antrag von mindestens Zweidritteln der beteiligten Gewerbetreibenden kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden durch die höhere Verwaltungsbehörde vorgeschrieben werden, daß an Sonn- und Festtagen in bestimmten Gewerben, deren vollständige oder teilweise Ausübung zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervorretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, ein Betrieb nur in soweit stattfinden darf, als Ausnahmen von dem in § 105b Absatz I getroffenen Bestimmungen zugelassen sind.“ Für Köln ist auf Grund dieser Bestimmung durch Anordnung des Regierungspräsidenten für das Barbier-, Friseur- und Perücken-

machergerichte vorgeschrieben, daß der Betrieb an Sonn- und Feiertagen nur bis 2 Uhr nachmittags stattfinden darf. Dagegen sollte sich der Inhaber eines Friseurgeschäfts in Köln, Herr Döhmen, vergangen haben. Es wurden in seinem Geschäft an einem Sonntag nach 2 Uhr verschiedene Personen rasiert, die um 2 Uhr schon anwesend waren und auf andere warten mußten. — Das Landgericht Köln sprach jedoch den Angeklagten frei. Es meinte, die bis 2 Uhr erlassenen Stunden hätten auch noch nach 2 Uhr rasiert werden können. Das Kammergericht hob indessen das Urteil am 28. Oktober wieder auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt, daß die Auffassung des Landgerichts eine rechtsirrig sei. Der Senat nahm an, daß nach § 41b der Gewerbeordnung der Betrieb bei Eintritt der auf Grund dieses Paragraphen festgesetzten Zeit auf jeden Fall beendet sein müsse. Von einem Rechte, die schon vor dem Eintritt dieser Zeit anwesenden Kunden noch zu bedienen, könne demnach nicht die Rede sein. Die Bestimmungen im § 139 o der Gewerbeordnung, betreffend den Keun- oder Wählradenschluß, die eine spätere Bedienung der bereits Anwesenden zulassen, läme hier nicht in Betracht.

Verbreiterung des Sterbens. Die Leipziger Stadtverordneten, die erst kürzlich für die hiesige Feier der Mathausweibe ohne Wimperzuden 50 000 M. bewilligen konnten, haben beschlossen, einem Malsantrage gemäß auf zwei Friedhöfen im Osten die Grabsteilengräber zu erhöhen, da das Friedhofswesen zu große Zuschüsse erfordere. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten natürlich allein gegen den Antrag.

Ein „Volksbureau“ als Konkurrenz des Arbeitersekretariats ist in Leipzig eröffnet worden. Es kennzeichnet sich als Rechtsanwaltsstelle für gewerbliche Streitigkeiten, ferner in Fragen der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung, des Arbeiterrechtes, des Miets-, Armen- und Heimatrechts usw. Das Bureau, das im Gegensatz zum Arbeitersekretariat jedem Mann unentgeltlich bzw. bei schwierigen Sachen oder im Falle schriftlicher Arbeiten für eine ganz gering zu bemessende Gebühr offen stehen soll, wird verwaltet von einem Kuratorium, das aus den Vertretern des evangelischen Arbeitervereins, des Kartells der christlichen Gewerkschaften, des Kellnerbundes „Union“, Gannmed, des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Buchhandlungsgehilfenvereins und der freien kirchlich-sozialen Konferenz besteht. Im Sekretariat wurde ein Herr Christian Schulz aus Frankfurt a. M. bestimmt. Die Hoffnung, durch solche freien Gewerkschaften abgedeckte Einrichtungen diesen erfolgreich Konkurrenz machen zu können, hat anderwärts schon oft genug getrogen und wird es auch in Leipzig tun.

Das neue dänische Kinderschutzgesetz, das am 1. Oktober in Kraft trat, ist ein sehr wichtiger Fortschritt sozialer und humaner Gesetzgebung und jedenfalls viel besser als das berüchtigte Preußengesetz, die Gesellschaft vor entarteten und verkommenen Menschen zu bewahren, indem durch dieses Gesetz nach Möglichkeit dafür gesorgt werden soll, daß Kinder nicht zu Verdrehern herangezogen werden. Die wichtigsten Organe dieser Fürsorge bilden die Vormundschaftsräte, die nun im ganzen Lande ihre ersten Beratungen pflegen. Kopenhagen hat fünf solcher Vormundschaftsräte, von denen jeder aus sechs vom Magistrat und dem Gemeinderat gewählten Mitgliedern und einem von der Regierung ernannten Vorsitzenden besteht.

Diese Vormundschaftsräte nehmen Anzeigen über Verwahrlosungen und Mißhandlungen von Kindern entgegen und haben die Aufgabe und auch die Macht, die Kinder davor zu schützen. Der Vormundschaftsrat kann Eltern oder Erziehern eine Warnung erteilen, kann dem verwahrlosten oder mißhandelten Kinde einen Beschützer ernennen, der bei Kindern unter sieben Jahren in der Regel eine Frau sein soll. Der Vormundschaftsrat muß, wenn schlechte wirtschaftliche Verhältnisse in dem Heim des Kindes als die eigentliche Ursache der Verwahrlosung erscheinen, der freien Armenkasse oder der Gemeindeverwaltung Mitteilung davon machen, damit dem abgeholfen wird. Ferner kann der Vormundschaftsrat das Kind einer zuverlässigen Familie überweisen, oder einem Kinderhort oder einer Erziehungsanstalt. Er kann von jeder öffentlichen, ihm gerichtet erscheinenden Behörde Auskunft verlangen, kann die Eltern vorladen, Zeugen verhören und vereidigen und auch die Mitwirkung der Polizei verlangen. Alle Staats- und Gemeindebeamten sind, wenn ihnen Fälle von Kinderverwahrlosung oder Mißhandlung bekannt werden, verpflichtet, es dem Vormundschaftsrat zu melden; im übrigen steht es jedem frei, daselbe zu tun. Personen, die sich der Verleumdung oder groben Verwahrlosung ihrer eigenen oder ihrer Obhut anvertrauten Kinder schuldig machen, werden, wenn es der Vormundschaftsrat verlangt, mit Gefängnis oder Zwangsarbeit bestraft, vorausgesetzt, daß sie nicht härtere Strafen treffen.

Das sind außerordentliche Vollmachten. So sehr man wünschen muß, daß zum Schutze der Kinder alles mögliche getan wird, muß man auf der anderen Seite auch verlangen, daß eine mit solchen Vollmachten ausgestattete Behörde wie dieser Vormundschaftsrat auch an Regeln gebunden ist, die einen Mißbrauch dieser Vollmachten wirksam verhindern. Wie weit das im vorliegenden Falle geschieht, ist aus den uns zugegangenen Mitteilungen nicht ersichtlich.

Unerhörte Zumutungen stellt die italienische Telephongesellschaft — eine staatlich konzeffionierte Aktiengesellschaft, die den gesamten Telephonverkehr der Halbinsel in Händen hat — an ihr Personal. Sie läßt die jungen Damen, die sich als Telephonistinnen melden, einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, die auch eine frauenärztliche Untersuchung einschließt. Angeblich geschieht dies, um etwaige ansteckende Geschlechtskrankheiten festzustellen; da nun die erwählte Gesellschaft Leumundzeugnis, höhere Schulbildung und alle möglichen anderen Requisiten von den Damen fordert, ist es natürlich unerhört, ihnen eine Untersuchung aufzuzwingen, die die neuere italienische Gesetzgebung nicht einmal den öffentlichen Dirnen zumutet.

### Gewerkchaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Die Entscheidung der streikenden Wäschearbeiterinnen. Am Freitagnachmittag fand im Saale der „Neuen Welt“ die Versammlung der Streikenden statt, welche über Annahme oder Ablehnung des vom Einigungsamt gefällten Schiedsspruches zu entscheiden hatte. Auch diese Versammlung war wieder ungewöhnlich stark besucht. Der Saal der „Neuen Welt“, der größte Berlins, reichte bei weitem nicht aus, um alle aufzunehmen, die an der entscheidenden Abstimmung teilnehmen wollten. — Unter lautloser Stille der mehrtausendköpfigen Versammlung referierte der Verbandsvorsitzende Keller über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Wenn man den Schiedsspruch betrachtete, so müsse man sagen, daß bei Annahme und Durchführung desselben für die Arbeitnehmer wohl etwas herabkomme. Die Lohnkommission habe den Schiedsspruch reiflich erwogen und eingehend beraten. Die Meinungen waren geteilt, schließlich wurde die Kommission dahin einig, daß sie den Streikenden rät, den Schiedsspruch anzunehmen. Es sei der Kommission nicht leicht geworden, diesen Rat zu erteilen, denn das, was der Schiedsspruch biete, bleibe ja erheblich zurück hinter dem, was die Arbeitnehmer forderten. Aber, wenn die Arbeitnehmer ihre Kommission unterstützen, dann könne bei den Tarifberatungen, die nach Annahme des Schiedsspruches stattfinden müssen, vielleicht noch etwas mehr herausgeholt werden. Besonders komme es auch darauf an, daß durch den Schiedsspruch die Organisation der Arbeitnehmer anerkannt wird. Das sei ein erheblicher Fortschritt, denn bisher wollten ja die Unternehmer von der Organisation nichts wissen. — Manchem der Streikenden möge wohl der Schiedsspruch nicht genügen. Vielleicht wäre es auch

möglich, durch eine Fortsetzung des Streiks noch mehr zu erreichen... über auf der anderen Seite sei zu bedenken, daß die Fabrikanten in den letzten Tagen eifrig bemüht waren, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen mit dem Hinweis, daß ja eine Lohnherabsetzung von 6 Proz. bewilligt sei. Da die Organisation sehr viele Mitglieder habe, die ihr erst kurze Zeit angehören und deshalb noch nicht ganz sichere Kämpfer seien, so sei zu befürchten, daß bei längerer Fortsetzung des Streiks ein erheblicher Teil der Streikenden abfallen würde. — Im allgemeinen könne man sagen, daß der Streik ein erfolgreicher gewesen sei. Aus allen diesen Gründen empfehle die Kommission nach reiflicher Ueberlegung die Annahme des Schiedsspruches.

In diesem Schweigen verbarste die Versammlung, nachdem der Referent der Kommission geschlossen hatte. Kein Zeichen weder des Beifalls noch des Widerpruchs wurde laut. — Dann setzte eine lebhaft bewegte Diskussion ein. — Auch der erste Redner, der für die Annahme des Schiedsspruches eintrat, fand keinen Beifall. Der folgende Redner, Zischneider M i c h a e l s, ersuchte die Streikenden, unter den geringfügigen Angelegenheiten, welche der Schiedsspruch bietet, nicht in die Fabriken hineinzugehen. — Stürmischer Beifall, an dem die Mehrheit der Versammelten teilnahm, folgte diesen Worten. — Dann traten andere Redner und Rednerinnen auf, welche zwar risikofreudig anerkannten, daß man mit dem Schiedsspruch nicht zufrieden sein könne, die aber doch die Annahme desselben empfahlen, weil angeblich nicht mehr zu erreichen und ein großer Teil der Mitglieder noch nicht so weit gekampt sei, um einen längeren Kampf führen zu können. — Anfangs stießen derartige Ausführungen auf lebhaften Widerspruch. Der Rat, die Arbeit am Montag aufzunehmen, wurde mit Jutruken: „Machen wir nicht!“, „Nichts zu machen!“ begleitet. Nach und nach fanden die Gründe, welche die Befürworter des Schiedsspruches geltend machten, Anklang bei den Versammelten. Zunächst mißfielen sich die Verfallsbedingungen mit energischem Protest. Schließlich überwiegt jedoch der Beifall, den die sachlichen Erwägungen der für den Schiedsspruch einsetzenden Redner fanden. Zuletzt empfahl Keller im Namen der Kommission nochmals die Annahme des Schiedsspruches. Die Kommission sei keineswegs mit dem Spruch zufrieden, aber aus tatsächlichen Gründen könne sie die Fortsetzung des Streiks nicht befehlen.

Hierauf erfolgte Abstimmung durch Zettel. Die Auszählung ergab, daß der Schiedsspruch mit 2709 gegen 303 Stimmen angenommen ist. Der Versammlungsvorstand erklärte, daß demnach am Montag die Arbeit wieder aufgenommen ist, natürlich unter der Voraussetzung, daß auch die Fabrikanten den Schiedsspruch annehmen. Sollte das nicht geschehen, dann findet am Sonntag eine Versammlung statt, welche weitere Beschlüsse fassen wird. Verbandsvorsitzender Keller drückte Befriedigung darüber aus, daß die Streikenden dem Rats der Kommission mit so großer Mehrheit gefolgt sind. Er erwartete, daß alle, die der Verbandsleitung dadurch ihr Vertrauen ausgesprochen haben, auch in der Zukunft der Organisation treu bleiben, um mit deren Hilfe für weitere Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zu sorgen.

Hierauf erfolgte die Wahl der Tarifkommission, welche auf Grund des Schiedsspruches einzusetzen ist. Gewählt wurden die Verbandsvertreter Keller und Vitz, Zischneider Pasewalk, Plätterichmann Brauer und Steudert, Röhrenhagen Gerde und Rudolf.

Aus Anlaß der Lohnbewegung in Berlin haben die Arbeitnehmer der Filiale, welche die Berliner Firma Eichberg in Kottbus unterhält, die Arbeit zunächst aus Solidarität niedergelegt und dann für Zischneider sowie für Arbeiterinnen eine Lohnherabsetzung um 25 Proz. und Regelung der Arbeitszeit gefordert. Mit diesem Streik beschäftigte sich am Freitagabend das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts. Die Verhandlungen nahmen mehrere Stunden in Anspruch und gestalteten sich dadurch besonders schwierig, daß die Befreiung des Berliner Streiks von der Bewilligung der Kottbuser Forderungen abhängig gemacht wurde. — Das Einigungsamt machte folgenden Vergleichsvorschlag:

1. Die Bevollmächtigten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erklären, daß ihre Generalversammlungen den Schiedsspruch des Einigungsamtes vom 24. Oktober angenommen haben.

2. Die Firma Eichberg erklärt, für ihre Niederlassung in Kottbus und für sämtliche dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Schiedsspruch vom 24. Oktober, für die Berliner Wäschebranche gefällig, in allen seinen Punkten zur Geltung zu bringen. Sie bemerkt ferner, daß bei der demnächstigen Aufstellung des Tarifvertrages ein Ausgleich der Abstände im Verhältnis zu den Lohnsätzen in ihrer Berliner Fabrik durch die Schlichtungskommission vorgenommen werden soll.

Die Vertreter beider Parteien erklärten sich mit diesem Vergleich einverstanden. Damit ist der Streik beigelegt.

**Achtung, Maschinisten, Tischler und Polierer!** In der Hofplanofabrik von Karl Mand in Koblenz am Rhein sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Der Unternehmer, der persönlich in Berlin wohnt, sucht hier Arbeitskräfte. Wir bitten darauf zu achten, daß kein Berliner Kollege nach Koblenz reist und dort Arbeitswilligendienste verrichtet.

### Die Branchenleitung des Holzarbeiterverbandes.

**Achtung, Arbeiter!**

Die Firma Hugo Meier, Charlottenburg, Krummestr. 80, ist wegen Nichtinhaltens des Tarifes gesperrt. In Frage kommen vorläufig folgende Bauten Guerickestr. 28/30 und Zogler Weg 103/104. Die Schlichter-Kommission für das Tapezierergewerbe.

**Zum Streik der Weber.** Die Lohnkommission machte in der gestrigen Versammlung den Vorschlag, den Streik aufzuheben und fernerhin ohne Tarif zu arbeiten, weil sich die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht zerschlagen haben. Die Versammlung jedoch lehnte diesen Vorschlag ab und beschloß mit zwei Drittel Majorität weiter zu streiken.

### Deutsches Reich.

**Der Streik der Klempner in Kiel** dauert fort. Zugang ist fortzuhalten.

**Der Kampf in der mitteldeutschen Textilindustrie.**

Ein Privattelegramm meldet uns aus Gera: Heute wurden 1000 Weber und Weberinnen ausgesperrt. Die Fabrikanten lehnten den Vorschlag der Fabrikinspektoren auf Verhandlung ab.

Die Buchhandlungsmarkthelfer von Leipzig haben, um ihre bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wenigstens ein wenig zu heben, vor einiger Zeit ihren Arbeitgebern einen Lohnantrag unterbreitet, der durch die Vermittlung des Handels- und Transportarbeiterverbandes die Grundlage von Vereinbarungen bildete, die vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zustande kamen. Nachdem bereits vor einigen Tagen die Markthelfer ihrerseits den Vorschlägen des Einigungsamtes die Genehmigung erteilt hatten, ist der Tarif nunmehr auch vom Verein der Buchhändler Leipzig, wenn auch mit geringer Majorität, sanktioniert worden. So haben die Markthelfer durch ihre Organisation eine kollektive Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse durchgesetzt, die Gehältern aber stehen immer noch aus der schamlosesten Ausbeutung, wie sie jetzt um die Weihnachtszeit wieder mit vollen Kräften einsetzt, wehrlos gegenüber, weil ihr Standesbedürfnis es ihnen verweigert, sich einer auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung stehenden Berufsorganisation anzuschließen.

**Der Ausbruch der Leipziger Hartgummiarbeiter,** der nun schon gegen ein Wochen währt, befindet sich in einem für die Arbeiterschaft durchaus günstigen Stande. Nachdem sich 14 Arbeitswillige gefunden haben, sind die Arbeitgeber nicht in der Lage, ihre Ansprüche zu erledigen, sie müssen befürchten, daß die unwürdige Kon-

kurrenz der Gummiindustrie am Orte unheilbare Wunden schlägt. Da wo ledige Auswändige Leipzig verlassen haben, ist deren Zahl auf 68 zurückgegangen. Wenn sonst keine Streikbrecher sich finden, ist der Erfolg der Arbeitern sicher, trotzdem die Polizei den Fabrikanten tatkräftige Hilfe leistet und auf ein Schließen der Streikleitung, durch das diese um ein weniger rigoroses Vorgehen gegen die Streikenden ersucht, absehend geantwortet hat.

Der Holzarbeiterstreik in G r e t z h. V. ist nach neunwöchiger Dauer am Donnerstag dieser Woche beendet worden. Anfangs dieser Woche hatte Bürgermeister Kuper nochmals Einigungsverhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeiter und Unternehmer angebahnt, die unter seinem Vorsitz stattfanden und bei denen eine Einigung dahin zustande kam, daß die 55 ständige Arbeitszeit sofort, die 54 ständige am 1. April nächsten Jahres eingeführt werden soll. In den nächsten drei Jahren soll dann an der Arbeitszeit nichts mehr geändert werden. Die Minimallohne der Maschinenarbeiter sollen am 1. April dieselbe Höhe erreicht haben, wie sie durch den früheren Schiedsspruch des Einigungsamtes festgesetzt wurden, nämlich 33 Pf. für gelernte Maschinenarbeiter 42 Pf. für Prosser und Abrieter 45 Pf. Sämtliche Streikenden werden wieder eingestellt. Nachdem die Unternehmer in einer Versammlung diese Bedingungen angenommen hatten, erklärten auch die Arbeiter ihre Zustimmung. Dieser auf beiden Seiten mit großer Ausdauer geführte Kampf hat also, wenn auch nicht alle Ansprüche der Arbeiter erfüllt wurden, doch beachtenswerte Erfolge gebracht und vor allen Dingen den Unternehmern gezeigt, daß sie eine festgeschlossene Arbeiterkraft vor sich haben. Der Zusammenhalt war wunderbar, nur vereinzelt Abtrünnige waren in diesen langen neun Wochen zu verzeichnen. Auch der Verrat der Hirsch-Dunderschen und ähnlichen Führer, die vor wenigen Wochen den Streik plötzlich beendet erklärten und ihre Mitglieder aufforderten, zur Arbeit zurückzukehren, war auf den ferneren Verlauf des Kampfes ohne jeden Einfluß. Bei den Gewerbetreibenden hatte er nur den Erfolg, daß die Mehrzahl derselben im Streik verharrte und aus Erbitterung über diesen hinterlistigen Streich zum Deutschen Holzarbeiterverband überging.

### Ausland.

#### Gegen die „direkte Aktion“

hat der „Schweizerische Typographenbund“ durch folgende Resolution Stellung genommen: „Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Typographenbundes ist mit den Vorkämpfern Frankreichs der Ueberzeugung, daß nicht durch die „direkte Aktion“, sondern nur durch eine beständige, praktische Organisationsarbeit eine Verklärung der Arbeitszeit erreicht werden kann. Der Schweizerische Typographenbund hält daher an seiner alten, bewährten Taktik fest, im Bewußtsein, daß dies allein der richtige Weg ist, welcher zunächst zum Achtstundentag und schließlich zur wirklichen Volksfreiheit führt. Heute die „direkte Aktion“ ernsthaft zu propagieren, hieße nichts anderes, als was durch jahrzehntelange, mühselige und opferwillige Arbeit aufgebaut wurde, in einem einzigen Augenblick mutwillig auf Spiel setzen. Unsere Arbeiterorganisation darf es sich nicht gestatten, ihre Zeit mit der Verfolgung ausschließlicher Probleme zu verlieren, sondern sie muß ihre ganze Tätigkeit darauf richten, die Arbeiter durch eine planmäßige und unermüdete Agitation zu sammeln und zu einigen. Unter den bestehenden Verhältnissen würde durch die „direkte Aktion“ zweifelsohne nicht der Arbeiterorganisation, wohl aber deren Gegnern ein Dienst erwiesen. Wer es mit der Arbeitersache gut meint, kann dies aber nicht wollen, und deshalb lehnen die Vorkämpfer jedes Eintrites für die „direkte Aktion“ ab.“

296 Lohnkämpfe fanden in der Schweiz in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres statt und zwar 94 Streiks, 157 Lohnbewegungen, 88 Sperrungen und 7 Ausperrungen. Da fast alle diese Kämpfe für die Arbeiter ganz oder teilweise erfolgreich waren, begriff man die nervöse Aufregung der Ausbeuter, Profitmacher, Dividenden- und Zantimenschlucker, die sich nun für die ihnen von den Arbeitern abgerungenen Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiete zu rächen suchen durch den Wahrgrechtsraub an den Arbeitern auf politischem Gebiete. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Gewerkschaft und Partei wird hier augenscheinlich und überzeugend offenbar.

Die dänischen Eisenbahnangehörigen streben seit Jahren nach einer gründlichen Regelung und Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und als im Jahre 1901 der damals viel geprüfene „Systemwechsel“ in der dänischen Regierung eintrat, hatten sich auch manche Staatsbahn-Proletarier große Hoffnungen gemacht, von denen man jetzt weiß, daß sie eitel waren. Nun fand Anfang dieser Woche zu Odense der stehende Kongress des dänischen Eisenbahnerverbandes statt, an dem 77 Delegierte teilnahmen. Mit allen gegen nur drei Stimmen wurde hier eine Resolution angenommen, durch die der Kongress sein tiefstes Bedauern darüber ausdrückt, daß die Erwartungen, die man mit Recht an jenen Systemwechsel knüpfen mußte, in so hohem Maße zu einer Enttäuschung der Eisenbahner geführt haben. Dem Verbandsvorstand erteilte der Kongress den Auftrag, mit aller Kraft für eine einheitliche Lohnskala aller Staatsfunktionäre zu wirken. Da nach Meinung des Kongresses die Staatsbahnangestellten durch das Lohngebot von 1903 stark überfordert worden sind, wurde dem Hauptvorstand ferner aufgetragen, bis eine Revision des Geleges durchgeführt wird, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Angestellten auf Stationen mit teureren Lebensbedingungen Lohnzulagen erhalten. Ferner wurden folgende in nächster Zeit durchzuführende Forderungen aufgestellt: 1. Wöchentlich einen vollen freien Tag, sowie konsequent durchgeführte Sommerferien. 2. Durchgreifende Verklärung der Arbeitszeit. 3. Verbesserung der Pensionsverhältnisse. 4. Eine mehr zurücksetzende Ordnung der Altersverhältnisse, die Schutz gegen Uebergriffe Vorgesetzter gewährt. 5. Verpflichtung der Verwaltung der Staatsbahnen, über jede Eingabe, die von der Organisation der Angestellten ausgeht, zu verhandeln. — Schließlich wurde dem Vorstande noch der Auftrag erteilt, die Vorbedingungen zur Aufnahme des Verbandes in den Gesamtverband der Gewerkschaften zu unteruchen und das Ergebnis dem nächsten Kongress vorzulegen.

Die Arbeiter der sächsischen Gaswerke zu Walsmü streiken infolge von Lohnfreizügigkeiten. Das Gaswerk kann vorläufig nur für die öffentlichen Anstalten und für Straßenbeleuchtung Gas liefern.

Die Arbeiter der Walsmüder Milchsterilisierungs-Aktiengesellschaft streiken wegen Verabschiedung eines Aufsichters; die übrigen größeren Milchgesellschaften sperren daraufhin ihre Arbeiter aus, infolgedessen wurde heute keine Milch ausgefahren.

### Versammlungen.

Der Verband der Schneider (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Dienstag in den „Arminienhallen“ seine gut besuchte Generalversammlung ab. Einleitend entschlüsselte Ritter die Einberufung der Versammlung an einem Dienstag. Es sei dies nur ein Ausnahmefall, der durch besondere Umstände herbeigeführt wurde, wodurch die Ansetzung an einem anderen Tage nicht möglich gewesen sei. Kotsch gab sodann den Kasfenbericht vom 3. Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse bilanzieren in der Summe von 12401,70 M. In der Volkstafel betrug die Einnahme mit Einschluß des früheren Bestandes 15192,09 M., der eine Ausgabe von 6515,27 M. gegenübersteht. Es verbleibt somit ein Kasfenbestand von 8676,81 M. An Mitgliedern verzeichnet die Zahlstelle jetzt 4400 männliche und 500 weibliche. Ritter wies sodann darauf hin, daß der Bericht über das mit dem dritten Quartal abgelaufene Geschäftsjahr 1904-05 demnächst in Broschürenform zur Ausgabe gelangen werde. Hierauf wurde die Wahl der Ordensverwaltung vorgenommen. Die Versammlung hieß es gut, daß Ritter, der

wegen seiner erfolgten Anstellung im Berliner Arbeitersekretariat in den nächsten Tagen aus der Reihe der besoldeten Verbandsbeamten ausscheidet, die Funktionen des ersten Bevollmächtigten noch bis auf weiteres ausübt, damit sich der neuanzustellende Beamte erst genügend einarbeiten könne. Als solcher wurde sodann das Mitglied K u n z e gewählt. Die übrigen Wahlen ergaben folgenden Resultat: Zweiter Bevollmächtigter K o t s c h, Beisitzer G e h a u e r und A n o o p. Nevisoren K a u t, K o l l o s s und M a n. Gleichzeitig erfolgten die Kommissionswahlen für die einzelnen Branchen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Landtags-Stichwahlen in Baden.**  
Freiburg i. Breisgau, 27. Oktober. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl wurde der Genosse K r ä u t e r mit 1010 Stimmen gegen das Zentrum gewählt. Im 20. Wahlkreis wurde der Nationalliberale Neumann gegen den Zentrumskandidaten gewählt.

#### Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 27. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Streik breitet sich unanhaltsam aus. Heute Abend sind die meisten Verbände in der Universität verammelt, wo auch eine große Massenversammlung stattfindet. Auch in der Kunstakademie sind die Arbeiter verammelt. Trotz Trepows Warnung fallen zahlreiche Menschen die Straßen. Die Stadt liegt zum größten Teil in Dunkel, da die Arbeiter der Elektrizitätswerke streiken. Die Patrouillen sind verfürst. Innerhalb der Regierung ist keine Veränderung eingetreten, Witte ist noch nicht zum Premier ernannt und das Kabinett noch nicht gebildet worden. Die Nachrichten aus Charkow haben hier besondere Freude hervorgerufen.

Petersburg, 27. Oktober. (S. L. W.) Der Ausschuss der Studenten der hiesigen Universität hat als Kundgebung gegen die Befestigung des Generalgouverneurs einen Aufruf an die Studierenden erlassen, in dem sie aufgefordert werden, ihre Kraft Tag und Nacht der Revolution zu weihen, sich vollständig in den Dienst der Revolution zu stellen und die Tore der Universität für alle politischen Versammlungen zu öffnen. Gleichzeitig wird in dem Aufruf zu einer großen Volksversammlung in der Universität für heute Abend eingeladen.

General Trepow will noch heute die Universität militärisch besetzen lassen. Während des Vormittags waren die Straßen menschenleer, während sie am Nachmittag von großen Menschenmassen angefüllt waren. Ueberall ritten starke Kavallerie-Abteilungen und ebenso marschierten bis zu zwei Kompagnien starke Infanterie-Abteilungen durch die Straßen. Aus Jaroslawe Eselo sind die Leibkürassiere mit den zugehörigen Maschinengewehr-Abteilungen eingetroffen.

Seit 5 Uhr abends funktioniert die elektrische Beleuchtung in den Straßen und Wohnungen nicht mehr; die Stadt liegt in voller Dunkelheit.

Heute früh erschienen Vertreter der Terroristen in allen hiesigen Banken und verlangten unter Drohungen sofortige Einstellung der Tätigkeit. Die Moskowske Bank und die Sibirische Bank leisteten der Aufforderung Folge, in der Russischen Bank für ausländischen Handel wurden die erschienenen 20 Delegierten verhaftet. Unglücklich geordnete Beamte der Bank boten die Direktion um Schlichtung und stellten, nachdem die Direktion den Antrag abgelehnt hatte, die Arbeit ein. In der Diskonto- und in der Internationalen Bank wurde weiter gearbeitet. Die Banken wollen auch morgen, soweit möglich, weiter arbeiten, vermutlich werden aber die Kasfen geschlossen gehalten werden.

Warschau, 27. Oktober. (S. L. W.) In der letzten Nacht brach infolge Kurzschlusses in der hiesigen Telegraphen-Station Feuer aus. Es gelang dem Feuer Herr zu werden, doch war der Depeschenverkehr zehn Stunden lang unterbrochen. Alle Fabriken stehen still; für die Schließung aller Geschäftslöcher ist eine lebhafte Agitation im Gange. Der Straßenverkehr ist noch wie gewöhnlich.

In Lodz ist bereits ein allgemeiner Stillstand eingetreten.

Charkow, 27. Oktober. (S. L. W.) Hier ist der Kriegszustand erklärt worden.

Reval, 27. Oktober. (S. L. W.) Unabhängige haben unter Hurraufen die Waffensläden gestürmt und sich in den Besitz von Revolvern und Gewehren gesetzt.

Wladiwostok, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Eine heute hier von mehreren tausend Russen besuchte Versammlung wurde durch Kosaken auseinandergetrieben, wobei viele Personen verwundet wurden. Die Zeitungen haben ihre Erscheinen eingestellt.

Nowosibirsk, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Eine hier abgehaltene Volksversammlung wurde durch die Polizei aufgelöst, wobei viele Personen verwundet wurden.

Petersburg, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Beschäftigten der französisch-russischen Valtio-Gesellschaft sind auf Ersuchen der Arbeiter für zwei Tage geschlossen worden; ebenso ist der Bau von Schiffen auf der Galanzy-Ansel für diese Zeit eingestellt worden. Die Arbeiter erhalten ihre Löhne für die beiden Tage angezahlt.

Warschau, 27. Oktober. Hier ist der Generalkontrakt erklärt worden; morgen wird alles geschlossen. Für die Stadt ist der dritte grad des Kriegszustandes eingeführt worden; nach 8 Uhr abends soll sich niemand mehr auf der Straße zeigen.

Reval, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nach der Erstürmung der Waffensläden zogen die Arbeiter nach den Werken, um diese zur Arbeitseinstellung zu veranlassen. Es sind Truppen herangezogen worden; die Läden sind geschlossen.

Saratow, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Läden im Innern der Stadt sind geschlossen; der Verkehr von Straßenbahnwagen ist unterbrochen. Die Truppen schützen die Banken und das Telegraphenamt. Die Menge erzwingt die Einstellung der Arbeit der industriellen Betriebe. Der Gouverneur ließ öffentlich bekanntgeben, daß alle Zusammenkünfte und Volksversammlungen mit Waffengewalt unterdrückt werden.

### Afrikanische Oyer.

Berlin, 27. Oktober. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Reiter Georg Berger, geboren am 8. 5. 85 zu Saasenburg, am 20. Oktober in der Frankensammelsele Kanas an Typhus gestorben. Reiter Franz Rowad, geboren am 20. 12. 82 zu Kunzendorf, am 20. Oktober beim Ueberfall der Farm Voigland verwundet; leicht, Schuß linke Hand.

Thorn, 27. Oktober. Die „Ostdeutsche Zeitung“ meldet: Nach einer hier aus Warschau eingetroffenen zuverlässigen Meldung herrscht dort seit letzter Nacht eine gewaltige Feuersbrunst, die durch Aufrührer hervorgerufen worden ist. Ein ganzer Stadtteil steht in Flammen.

Demission des spanischen Kabinetts.  
Madrid, 27. Oktober. (S. L. W.) Nach Schluß des heute stattgehabten Ministerrates wurde der Presse eine Note mitgeteilt, welche besagt, daß sämtliche Minister ihr Vortragswort dem Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellt haben, der beschloß, die Anwesenheit dem Könige zu unterbreiten.

An unsere Leser.

Um den Wünschen aus unseren Leserkreisen entgegenzukommen, haben wir uns entschlossen, von jetzt ab das bisher am Sonntag beizugebende

Unterhaltungsblatt

am Sonnabend beizulegen, so daß das Unterhaltungsblatt von jetzt ab täglich mit Ausnahme des Sonntags beiliegt. Am Sonntag wird unsere illustrierte Beilage „Die Neue Welt“ das Unterhaltungsbedürfnis unserer Leser befriedigen.

Redaktion und Verlag des „Vorwärts“.

Waffenstillstand.

An meinen Artikel „Waffenstillstand“ mußte die Redaktion des „Vorwärts“ zunächst einige selbständige Bemerkungen und zitiert dann einige Gewerkschaftsblätter, um nachzuweisen, daß der Zeitartikel vom 15. Oktober das Richtige getroffen und zeitgemäß war. Darauf möchte ich bemerken, daß die zitierten Ausführungen der Gewerkschaftsblätter doch mehr für die Taktik der Streikleitung sprechen als für die Ansicht der „Vorwärts“-Redaktion.

Aus eigenem hat die Redaktion drei Absätze meines Artikels angehängt, die sämtlich nicht im geringsten meine Ausführungen widerlegen.

Gleich zu Anfang meines Artikels sage ich, es handele sich jetzt nicht darum, die Lehren aus dem verflochtenen Kampf zu ziehen. Deshalb ist der Satz der Redaktion durchaus unangebracht, in dem sie sagt, sie würde es bedauern, wenn die Metallarbeiter aus diesem Kampfe keine andere Lehre ziehen, als den sogenannten Kleinkrieg, der zu dieser Ausperrung geführt hat, fortzusetzen.

Daß es gar nichts anderes gibt bezüglich unserer Anteilnahme an der guten Konjunktur, ist ja nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung anderer Leute. So z. B. ist die „Neue Zeit“ in ihrem Leitartikel der letzten Nummer derselben Meinung. Nicht darin besteht die Lehre dieses Kampfes, daß wir unsere Taktik gegen die Unternehmer ändern. Was geändert werden muß, was geradezu nach Abänderung schreit, liegt auf ganz anderem Gebiet. Ich weiß nicht, ob es der Redaktion bekannt ist, daß im Nabelwerk Oberpreußen insgesamt 22 Organisationen vertreten sind, darunter etwa 10 mit durchaus nennenswerten Mitgliederzahlen.

Schon im Mai auf dem Kongress in Aöln wiesen die Delegierten der Metallarbeiter auf das Unhaltbare dieses Zustandes hin. Genosse John war ja in Aöln und wird sich dessen erinnern. Hier muß Veränderung eintreten. Das kann so, wie es bisher war, unmöglich weitergehen. Nur diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß verschiedene Dinge möglich waren, die einzeln anzuführen im Augenblick aus taktischen Gründen nicht möglich ist.

Man glaubte ja in Aöln, dem Metallarbeiter-Verband unläutere Motive unterzulegen zu können, und jetzt zeigt sich mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, wie richtig die Delegierten der Metallarbeiter das Gefährliche eines solchen zerrissenen Organisationsgebildes gefühlvoll haben.

Am aber nicht mißverstanden zu werden, möchte ich zu dieser Angelegenheit gleich sagen: Ich verlange nicht, daß die übrigen Organisationen ihre in diesen Werken befindlichen Mitglieder dem Metallarbeiter-Verbande überweisen; aber es muß eine Verknüpfung herbeigeführt werden, um dem bisherigen planlosen Zustande ein Ende zu bereiten. Ueber das Wie? könnte man sich in einer Besprechung der Vertreter der verschiedenen Organisationen einigen. Dergleichen Dinge eignen sich ja nicht für eine öffentliche Besprechung.

Was die Behauptung der Redaktion anlangt, es hätte und jemand schon zu Anfang der Bewegung alle Operationen der kapitalistischen Gegner vorausgesehen, so bemerke ich demgegenüber, daß dies nicht zutrifft und auch nicht zutreffen kann. Denn wenn auch die Grundtendenzen der Ausperrungstaktik der Unternehmer die gleiche ist, so gibt es doch so viel Nuancierungen, daß niemand in der Lage ist, zu Anfang schon genau die Prognose festzustellen. Dies ist ja der Nachteil, in dem sich die Arbeiter den Arbeitgebern gegenüber immer befinden, daß die Arbeiter das, was sie wollen, auf offenem Markte beraten, während die Arbeitgeber ihre Absichten verschleiern können und man aus den Maßnahmen erst raten muß, was sie beabsichtigen. Für gewöhnlich wollen die Arbeitgeber das, was sie vor dem Streik bewilligt haben, den Arbeitern durch die Ausperrung aufzwingen.

In diesem Fall aber gingen sie ganz erheblich hinter den bereits gemachten Jugeständnissen zurück. Bei den Schraubendrehern wurde ja sogar alles zurückgenommen.

Aus all dem geht hervor, daß die Arbeitgeber diesmal etwas anderes als das gewöhnliche wollten, was aber erst klar zutage trat, als wir die erste Fühlung mit den Arbeitgebern genommen hatten. Da war aber auch schon die erste Ausperrung da.

Abichtlich bin ich die Stellen in dem bekannten Leitartikel übergegangen, die von dem Kühnen Frontangriff reden. Da möchte ich die Bedenken erörtern, die dem entgegenstehen und das geht wieder nicht öffentlich.

Schließlich möchte ich auf den Artikel, den der Genosse Imbreit in der „Neuen Gesellschaft“ veröffentlicht, hinweisen. Durch diesen Artikel wird die Taktik der Streikleitung durchaus gerechtfertigt. Und von Imbreit wird ja wohl niemand sagen wollen, er verstände nichts von gewerkschaftlichen Dingen.

Wolff Cohen.

Genosse Cohen wird es nicht äbel deuten, wenn wir sagen, daß dieser sein Artikel vorteilhaft von seiner ersten Veröffentlichung absieht, in der er das persönliche Moment nicht ganz zu unterdrücken wußte. Das ist begreiflich nach all den Aufregungen des vergangenen Kampfes und im Hinblick darauf, daß er sich die Zeit für das Schreiben seines Artikels bei den Reibungen, die die Wiedereinstellung der Ausgesperrten mit sich brachte, gewissermaßen abziehen mußte. Aber durch die Art seines ersten Artikels erzog er eine Abwehr.

Daß, nachdem die persönlichen Differenzen beseitigt sind, sachlich zwischen Cohen's Auffassung und der unseren immer noch eine Kluft vorhanden ist, wird jeder begreifen.

Zunächst sind wir der Meinung, daß gerade jetzt, in feister Erinnerung der Tatsachen, die Lehren aus dem Kampfe gezogen werden müssen, ehe der Einbruch verläßt, den er auf die Beteiligten machte. Uebrigens benutzt ja Cohen selbst diese Situation, um die Missethät der Organisationen mit als Heilmittel für die Schlagfertigkeit der Arbeiter zu nennen. Er hat damit gar nichts recht. So oder so muß zulänglich dem Rechnung getragen werden, wenn auch nicht unbedingt in der Weise, daß etwa der Metallarbeiter-Verband alle die anderwärts organisierten Arbeiter „schluckt“. Schließlich findet doch bei dem immerwährenden Wechsel des Personals der oder jener Arbeiter auch Stellung in Betrieben, wo der Metallarbeiter-Verband nicht dominiert oder gar nicht vorhanden ist. — Da Wandel zu schaffen, wäre eine der Lehren des Kampfes.

Was die Voraussetzungen der Unternehmer-Operationen seitens eines unserer Redaktionsmitglieder anbelangt, so wird sich Genosse Cohen vielleicht an ein Gespräch im Gewerkschaftshause erinnern, wo der betreffende Genosse ausführte:

Vorausgesetzt, daß sich kein Zwischenfall ereignet, werden die Unternehmer der Ausperrung der ersten 10 000 nach acht Tagen die Ausperrung der 20 000 folgen lassen. Sie werden dann etwa acht Tage später die 30 000 überlassen folgen lassen. Darauf werden

sie die Fabriken 14 Tage geschlossen halten und dann durch große Inserate in der „Vollzeitung“ und ähnlichen Blättern erklären, daß sie ihre Fabriken wieder öffnen und diejenigen ihrer Arbeiter, die zu den gleichen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen wollen, sich melden mögen. — „Dann erst“, fügte der betreffende Genosse hinzu, beginnt für die Metallarbeiter der wirkliche Kampf.“

Die Prognose war infolgedessen nicht richtig, als die Ausperrung der Kühnemänner erst acht Tage später eintrat. Vor derselben kam dann der „Zwischenfall“ — die Ausnahme der Arbeit.

Schließlich sagt Cohen:

„Abichtlich bin ich die Stellen in dem bekannten Leitartikel übergegangen, die von dem Kühnen Frontangriff reden. Da möchte ich die Bedenken erörtern, die dem entgegenstehen und das geht wieder nicht öffentlich.“

Die fragliche Stelle lautet:

„Es ist unnütz, im gegenwärtigen Augenblicke darüber Betrachtungen anzustellen, ob nicht etwa eine andere Taktik sie trotz aller überraschenden und lähnen Frontangriff doch den Kühnemännern eine empfindliche Schlappe hätte beibringen können. Die Streikleitung hat diese Taktik nicht gewählt, sie hat sich auf die des Abwartens und Verhandeln gelegt und nur dann immer zu einem Gegenstöße sich entschlossen, wenn das Unternehmertum seinerseits einen Schlag geführt hatte. Diese Taktik wurde natürlich nicht ohne Grund gewählt.“

Jetzt, nachdem die erste Aufregung sich gelegt hat, wird auch Cohen zugestehen, daß trotz auch hier vorhandener Meinungsverschiedenheit die Streikleitung von dem Kritischschreiber durchaus loyal behandelt worden ist.

Aus der Partei.

Genosse Wilhelm Blas sendet uns folgende Erwiderung.

Wegen eines von mir in der „Neuen Welt“ veröffentlichten Artikels über den Parteitag von St. Gallen hat Frau Alice Geiser eine Erklärung an den „Vorwärts“ gerichtet, die in dessen Nr. 220 vom 20. September 1905 erschienen, mir aber erst heute zu Gesicht gekommen ist, da ich inzwischen verreist war. Frau Geiser macht mir zum Vorwurf, daß ich den vom St. Galler Parteitag gegen ihren Mann gefassten Beschluß mitgeteilt, aber nicht hinzugesagt habe, daß dieser Beschluß 1902 auf dem Berliner Parteitage wieder aufgehoben worden sei. Ich gebe zu, daß es besser gewesen wäre, wenn ich die Aufhebung des Beschlusses auch erwähnt hätte. Im übrigen beschränke ich mich, obgleich zu der Einsetzung von Frau Geiser noch manches zu sagen wäre, meinerseits auf die Erklärung, daß mir jede Geschäftigkeit ferngelegen hat und daß ich nur historische Tatsachen angeführt habe.

St. Gallen, 25. Oktober 1905.

Wilhelm Blas.

Die Organisation in der Provinz Schleswig-Holstein und die Hamburger Genossen. Wie vor vierzehn Tagen mitgeteilt, hat die lombinierte Mitgliederversammlung der drei Hamburger Parteivereine es abgelehnt, Hamburg der neuen Provinzorganisation anzugliedern und weiter, wie früher, 20 Proz. der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen an die Agitationsklasse für die Provinz abzuführen. Der Beschluß wurde allerdings nur mit wenigen Stimmen Mehrheit gefaßt, und so war vorauszusetzen, daß die Angelegenheit nochmals die Hamburger Genossen beschäftigen würde, zumal auf der zwei Tage nach der oben erwähnten Versammlung stattgehabten Provinzialkonferenz in Genshorn die Meinung der Hamburger Delegation über die Zweckmäßigkeit der Trennung Hamburgs von der Provinz geteilt war. Auf dieser Tagung wurde mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, Hamburg zu eruchen, das alte harmonische Verhältnis mit der Provinz wieder herzustellen. Bei der Berichterstattung von der Provinzialkonferenz gelangte in der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Hamburger Wahlkreis folgender Antrag des Genossen von Elm zur Annahme: „Die heutige Versammlung des zweiten Hamburger Wahlkreises erklärt nach Kenntnisnahme des Berichts vom Provinzialparteitag, daß sie dem Wunsch desselben zustimmt, daß Hamburg nach wie vor der Provinz finanzielle Beiträge leistet, und beauftragt den Vorstand des Vereins, dafür einzutreten, daß die finanziellen Leistungen Hamburgs an die Provinz für mehrere Jahre bestimmt festgelegt werden.“ Die Angelegenheit wird zunächst noch die beiden anderen Wahlkreise — die Stimmung im dritten Kreise ist für die Aufrechterhaltung des früheren Zustandes — und dann voraussichtlich eine weitere lombinierte Versammlung beschäftigen. — Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Hamburgs beträgt beinahe 50 000, die der vollständig organisierten Genossen 19 000. Diese Zahl genügt dem Genossen Weinheber nicht, der deshalb die Reorganisation der Hamburger Partei anregt. Die Versammlung stimmte dieser Resolution zu: „Die pp. Versammlung beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit dem Vorstand der beiden anderen Wahlkreise eine Reorganisation der Partei in die Wege zu leiten.“ Unter Hinweis auf Berlin wurde der festere Zusammenschluß der Wahlkreise empfohlen.

Die Abrechnung vom Jenaer Parteitag, die Genosse Hörchelmann am 25. Oktober in der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Jena erstattete, verzeichnet eine Einnahme von 5618,80 M., der eine Ausgabe von 4511,81 M. gegenübersteht, so daß ein Ueberschuß von 1106,99 M. verbleibt. Es wurde der Beschluß gefaßt, von dem Ueberschuß 200 M. an den Ortsauschuß zur Errichtung eines Denkmals für den Begründer der Karl Reichstiftung und des Volkshauses Professor Dr. Ernst Abbe und 110 M. an den Streikfonds des Gewerkschaftsartikels als Rückergütung abzuführen. Der Rest des Ueberschusses verbleibt der Wahlvereinskasse, eventuell soll der laufende Beitrag an den Parteivorstand erhöht werden.

Die Renscheider Parteigenossen beschäftigten sich am Montag in einer stark besuchten Versammlung des Volksvereins mit den Geschäften des Niederrheinischen Parteitages in Essen. Fast sämtliche Genossen, die sich an der Diskussion beteiligten, gaben der Ansicht Ausdruck, daß auf Grund der Essener Beschlüsse der Frieden unter den Renscheider Genossen wieder hergestellt werden könne. Folgender Antrag gelangte zur einstimmigen Annahme: „In Rücksicht auf die Beschlüsse des Niederrheinischen Parteitages in Essen beschließt die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Volksvereins vom 28. Oktober 1905, die vier Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen, daß jedoch von dem Tage an alles frühere aus den Debatten auszuschalten ist und der Vorstehende streng die Geschäftsordnung zu handhaben hat und keine persönlichen Debatten ausgenommen zu lassen.“

Auch wir hoffen, daß der Frieden unter den Renscheider Genossen damit eingeleitet ist und auch von Dauer sein möge.

Eine sozialistische Tageszeitung in Venedig. Rom, 23. Oktober. (Fig. Ver.) Die Parteileitung von Venedig hat sechsen die Tageszeitung „Il Giornalotto“, eine bisher radikalere Zeitung, die vor allem im Volk gelesen wurde und zu 3 Centesimi verkauft wird, erworben. Da die Verhandlungen geheim geführt werden mußten, kann erst am 20. d. M. der Landtags-Parteitag für Venedig zusammengetreten, um über die Zusammenfügung der Redaktion und anderer Fragen des neuen Landtagsorgans zu beschließen. Am 1. November erscheint das Blatt bereits als Parteiblatt. In die Redaktion treten voraussichtlich ein: Francesco Cicotti, bisher am „Lavoratore“ in Triest, und Frau Dr. Dda Ronstanari und Dr. Siva vom Parteiblatt in Pola.

Aus Industrie und Handel.

Die Berliner Börse, die gestern die Nachricht über den Fortschritt der russischen Revolution noch mit ziemlichem Gleichmut aufgenommen hatte, stand heute gleich bei Beginn unter dem Einfluß eines starken Druckes. Die pessimistische Haltung der Börsen von Paris und London gegenüber den Vorgängen im zaristischen Reich, dazu die einlaufenden Meldungen über ein weiteres Umsichgreifen der revolutionären Streikbewegung verstimmt die Spekulation. Die Folge war ein starker Rückgang der Kurse, speziell der russischen Werte, der Bergwerks- und Bankaktien. Die Aktien der Russenbank verloren 9 Proz., russische Eisenbahnprioritäten 2-3 Proz., neue russische Anleihe über 1 1/2 Proz. Von den wichtigeren Bergwerks- und Hüttenaktien fielen Laurahütte um 7 1/2 Proz., Gelsenkirchener um 6 Proz., Harpener um 5 Proz., Bochumer um 5 Proz., Dortmunder Union um 3 1/2 Proz. Auch die Bankaktien büßten mehrere Prozente ein: Deutsche Bank um 4 Proz., Diskonto-Gesellschaft um 3 Proz., Dresdener Bank um 3 1/2 Proz., Darmstädter Bank und Schaaffhausenscher Bankverein um 2 1/2 Proz.

Den Kapitalisten wird angeichts des Umsichgreifens der revolutionären Bewegung im heiligen Russland schwall zu Rate. Man hatte in Unterschätzung der Hochhaltigkeit dieser Bewegung angenommen, nach Beendigung des Krieges werde die russische Regierung in aller Gemächlichkeit den Weg langsamer, gemäßigter Reformen beschreiten. Nun ist man über das erneute Auffammern der Revolution erschreckt.

Zur Lage des internationalen Arbeitsmarktes. Wie in Deutschland hat sich auch in den meisten anderen europäischen Industriestaaten die wirtschaftliche Situation während der letzten Monate recht günstig gestaltet. In England hat sich das Derbyschiff mit einer kräftigen Abnahme der Arbeitslosigkeit ein. Im September 1904 waren 6,8 Proz. arbeitslos gewesen; im September des laufenden Jahres betrug die Zahl der Arbeitslosen nur 5,3 Proz. also 1 1/2 Proz. weniger. Besonders lebhaft war infolge des Aufschwunges am internationalen Eisenmarkt der Beschäftigungsgrad im Eisenwerke. Die Intensität der Produktionssteigerung wird dadurch gekennzeichnet, daß 25 Hochofen mehr in Betrieb waren als im Vergleichsmonat 1904. Dementsprechend wurden auch zahlreiche Neueinstellungen vorgenommen. In 189 Eisen- und Stahlwerken war die Beschäftigungszahl um rund 7000 Köpfe oder zirka 9 Proz. größer als im Vorjahre. Auch in der weiterverarbeitenden Industrie nahm die Zahl der Reuanlagen stark zu. Im Maschinenbau ging die Arbeitslosigkeit um 2,8 Proz. oder von 7,4 auf 4,6 im laufenden Jahre zurück. In allen Industriebezirken ist der Auftragsbestand der Werke außerordentlich umfangreich. Ein Zeichen hierfür ist die Preissteigerung für Fertigwaren. Trotz dieses guten Geschäftsganges haben die Arbeitgeber mit dem Hinweis auf die Preissteigerung für die Beschäftigung eine Herabsetzung der Löhne in Aussicht gestellt, was mehrere Arbeitsstörungen zur Folge hatte. Dagegen äußerte sich die befriedigende Beschäftigungsgelegenheit im Textilgewerbe durch Lohnsteigerungen gegenüber dem Vormonat und Vorjahr.

In Frankreich erreichte die Arbeitslosigkeit einen so niedrigen Stand, wie er weder in einem Monat des laufenden Jahres noch im ganzen Jahr 1904 beobachtet wurde. Von 8,6 Proz. im August ging die Zahl der Arbeitslosen auf 7,7 im September zurück. 1904 war im Vergleichsmonat eine Steigerung auf 10,5 Proz. eingetreten. Außer der Metallindustrie beeinflusste auch die Textilindustrie den Gesamtarbeitsmarkt recht günstig. Vor allem die Betriebe des Seidengewerbes hatten im Laufe des Monats steigenden Eingang von Aufträgen zu verzeichnen; in Lyon sind die Webereien, die Futterstoffe herstellen, in voller Tätigkeit; auch in Sammet und Sammetband haben die Fabriken große Lieferungen auszuführen. Gleich reichlich ist die Arbeitsgelegenheit in den Viller Jute- und Garnspinnereien.

Die Belebung in der belgischen Eisenindustrie hat so starke Fortschritte gemacht, daß bereits von einer Hochkonjunktur gesprochen wird. Der gesteigerten Produktionsfähigkeit, die sich in einer Zunahme der Hochofen äußert, steht eine ebenso stotie Beschäftigung der weiterverarbeitenden Industrie gegenüber. In Charleroi ist der Auftragsbestand so umfangreich, daß die Werke Bestellungen mit kurzen Lieferfristen gar nicht mehr annehmen. Der starke Bedarf an Waggon- und Lokomotiven beschäftigte die Konstruktionswerkstätten fast bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die Rückwirkung auf den Kohlenbergbau war recht nachhaltig. Sowohl in Industrie als auch in Hausbrandkohlen war die Nachfrage so günstig, daß die Arbeitsgelegenheit sich weiter vermehrte. Die Glasindustrie war im September wieder fast beschäftigt; die Werke hatten vor allem für das Ausland, für China, Japan und Indien reichlich zu tun, so daß auch für die nächste Zeit noch ein lebhafter Betrieb erwartet wird.

Zuckerproduktion. Beim Abschluß der Brüsseler Zuckerkonvention wurde vielfach die Befürchtung ausgesprochen, daß die Zuckersubstitution in den wichtigeren europäischen Zuckerproduktionsländern während der nächsten Jahre einen Rückschlag erleiden werde. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten. Die Verbilligung der Preise hat zu einer bedeutenden Steigerung des Zuckerverbrauchs und diese wieder zu einer starken Ausspannung der Produktion geführt.

Nach einer in der Zeit vom 11. bis 21. Oktober d. J. gehaltenen Umfrage der internationalen Vereinigung für Zuckersubstitution stellt sich die voraussichtliche Zuckersubstitution der Kampagne 1905/06 in den hauptsächlichsten Ländern Europas wie folgt:

	1905/06	1904/05	Zunahme
Deutschland . . .	2 114 900	1 615 180	+ 50 04
Oesterreich-Ungarn . . .	1 325 000	881 500	+ 50 91
Frankreich . . .	970 200	614 500	+ 57 81
Belgien . . .	316 800	170 811	+ 85 47
Niederlande . . .	189 100	136 600	+ 88 43
Rußland . . .	1 007 100	930 620	+ 8 22
Schweden . . .	117 700	84 080	+ 89 99
Dänemark . . .	63 750	44 570	+ 42 08

Deutsche Bank für Zentralamerika. Der Ankaufvertrag ihrer Kapitalerhöhung auf 20 Millionen Mark läßt die Deutsche Bank die Mittelung der Gründung einer Tochterbank folgen. Sie, das Bankhaus Bazard Speyer-Wissen (Frankfurt a. M.) und die Schweizerische Kreditanstalt errichten eine Bank für Zentralamerika mit dem Hauptsitz in Berlin und einem Aktienkapital von 10 000 000 M. Die neue Bank wird alsbald eine Filiale in Guatemala errichten.

Die Seymaschinen erobern sich ein immer größeres Tätigkeitsfeld, besonders in den Vereinigten Staaten, wo jede größere Zeitung mehrere Seymaschinen in Betrieb hält. Wie profitabel die Herstellung der Maschine ist, zeigt der letzte Jahresbericht der größten Fabrik der „Mergenthaler Linotype Co.“ in Brooklyn. Im letzten Jahre, endigend mit dem 30. September 1905, erzielte diese Gesellschaft einen Profit von 2 204 520 Dollar. Im vorbergehenden Jahre war der Gewinn noch etwas größer, nämlich 2 889 296 Dollar, weil die Regierung einige Bestellungen machte und weil das große Feuer in Baltimore viele Maschinen zerstört hatte. Das regelmäßige Geschäft war nach dem Bericht im letzten Jahre am besten. 868 große Seymaschinen mit voller Auslieferung wurden verkauft und 447 Maschinen ausgefertigt.

Verfammlungen.

Was lehrt uns die Ausperrung in der Elektro-Industrie? Ueber diese Frage diskutierten am Donnerstag eine Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiter-Verbandes.

Der Referent G. L. e. sagte unter anderem: Die organisierten Arbeiter verfolgten den Kampf in der Elektro-Industrie mit Spannung. Es ist doch, als hätte in diesem Kampfe die Nachstellung der Rührmänner gebrochen werden. Jedes wird der Ausgang des Kampfes viele enttäuscht haben. Im Hinblick auf die weit über den Kreis der unmittelbaren Beteiligten hinausgehende Bedeutung dieses Kampfes, sowie im Hinblick auf die verschiedenartige Kritik, welche derselbe erfahren hat, es ist angebracht, daß die Angelegenheit hier besprochen wird zu dem Zweck, Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Der Redner besprach nun den bekannten Hergang des Kampfes und führte dann weiter aus: Schon die Drohung der Unternehmer mit der Aussperrung anlässlich der geringfügigen Lohnforderungen mußte der Leitung der beteiligten Gewerkschaft klar machen, daß hier ein wichtiger Schlag gegen die Organisation der Arbeiter geführt werden sollte. Der Leitung des Metallarbeiterverbandes scheint das aber nicht bewusst gewesen zu sein. Als der Kampf einsetzte, mußten die Nachbeteiligten aus der Haltung der Leitung des Metallarbeiterverbandes schließen, daß die Metallarbeiter für den großen Kampf mit den Rührmännern gerüstet seien und ihn unter klarer Erkenntnis der Lage durchführen wollten. Diesen Eindruck mußte man haben, als die Leitung der Organisation die Zugeständnisse, welche die Direktoren den Streikenden machen wollten, als unannehmbar bezeichneten. Man mußte es übersehen, daß die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung dieser Zugeständnisse, also die Entscheidung darüber, ob man den großen Kampf annehmen wolle, den Streikenden selbst überließ. Das war ein Zeichen von Schwäche. Wenn die Leitung der Organisation überzeugt war, daß die Arbeiter den Kampf nicht durchführen könnten, dann hätten sie den Streikenden die Annahme der Zugeständnisse empfehlen müssen, anstatt ihnen selbst die Entscheidung zu überlassen. Die Streikenden lehnten bekanntlich die Zugeständnisse ab und die erste Aussperrung erfolgte. Nach der zweiten Aussperrung sahen dann die Maschinenisten und Heizer der Kraftwerke den Beschluß, die Arbeit einzustellen. Das war ein erfreuliches Zeichen der Solidarität. Dieser Gegenstand wäre auch ein wirksames Abwehrmittel gewesen, aber so, wie die Arbeiter diesen Beschluß erwartet haben, so haben ihn auch die Unternehmer vorausgesehen und Zeit gehabt, sich darauf vorzubereiten. In der entscheidenden Versammlung der Maschinenisten und Heizer war nur ein Teil derjenigen aufgewand, auf deren Arbeitsniederlegung es ankam. Die ganze Nachsicht fehlte. Man konnte also nicht wissen, ob man der Solidarität der Abwesenden sicher sei. Es ist denn auch der dritte Teil der Maschinenisten und Heizer in den Betrieben geblieben, und mit Hilfe von Streikbrechern konnte die Arbeit ohne erhebliche Störung fortgesetzt werden. Unter diesen Umständen war die Arbeitsniederlegung der Maschinenisten und Heizer ein Schlag ins Wasser. — In dieser Weise darf ein so bedeutungsvoller Kampf nicht geführt werden. Man muß vorher alle Einzelheiten überlegen, und wenn sich zeigt, daß man noch nicht genügend vorbereitet ist, soll man den Kampf nicht aufnehmen.

Schließlich wurde ja die Arbeit wieder aufgenommen und zwar auf Grund der Bedingungen, die im großen ganzen genau dieselben waren, welche die Direktion schon vor der Aussperrung gestellt hatte. Nur die Auslegung dieser Bedingungen ist ein wenig modifiziert worden. Daß die Einigung zustande kam, das war noch Lage der Verhältnisse das Beste, was geschehen konnte, denn auf der Seite der Arbeiter waren keine Vorbereitungen für den Kampf getroffen. Das muß gesagt werden, damit in Zukunft nicht wieder ein Kampf angenommen wird, für dessen erfolgreiche Durchführung die notwendigen Voraussetzungen fehlen. Das sind die Lehren, welche die Gewerkschaften aus diesem Kampfe ziehen müssen, der weit über die Reihen der beteiligten Organisationen hinaus interessiert.

Es muß auch noch gesagt werden, daß die Heimlichkeit der Streikleitung, die Geheimhaltung ihrer Beschlüsse usw. unnötig war. Die Unternehmer sind über die Kampfmittel, welche den Arbeitern zur Verfügung stehen, über ihre Kassenverhältnisse und dergleichen sehr gut unterrichtet. Demgegenüber hat die Geheimhaltung und die diplomatische Pöhlerei gar keinen Zweck. — Wenn auch die Unternehmer in ihrem Geschäftsinteresse schließlich ein wenig nachgegeben haben, so sind sie doch im Kampfe selbst festgeblieben. Sie haben ihren Androhungen die Tat folgen lassen, alles klappte bei ihnen gut. Von der anderen Seite kann man das leider nicht sagen. — In einer gemeinsamen Sitzung der Gewerkschaftsvorstände, in der kürzlich diese Angelegenheit besprochen wurde, sagte der Vorsitzende der Metallarbeiter, es sei ihm erst während des Kampfes nach und nach aufgeblüht, was die eigentliche Absicht der Unternehmer sei. Die Zuhörer waren stark vor Staunen über diese Bemerkung, die ja auch in dem von Cohen verfaßten Artikel im „Vorwärts“ durchklang. In diesem Artikel wird auch gesagt, die Metallarbeiter hätten den Kampf nicht verloren, sondern sie seien ihm ausgewichen. — Das ist doch kein Ausweichen, wenn man von vornherein sagt: Schlagt Ihr, so schlagen wir wieder und wenn man als Gegenschlag die Maschinenisten und Heizer die Arbeit niederlegen läßt. Das heißt doch, den Kampf aufnehmen. Tritt man aber in den Kampf ein, dem man nach Lage der Sache ausweichen möchte, so ist das ein Spiel mit der Fiktion von 30 bis 40 000 Familien. Das dürfte nicht sein. Entweder man ist gerüstet und nimmt den Kampf auf, oder man ist nicht vorbereitet; dann hat man den Kampf zu vermeiden.

Bürgerliche Blätter haben den Kampf als eine sozialdemokratische Mode bezeichnet und gewisse Genossen unter den Metallarbeitern scheinen sich davor gescheut zu haben, daß ihre Bewegung als eine sozialdemokratische bezeichnet wurde. Was die bürgerliche Presse sagt, das muß uns ganz gleichgültig sein. Die Gewerkschaften haben ihre Kämpfe zu führen in dem Bewußtsein, daß sie sich in erster Linie auf sich selbst zu verlassen haben. — Jede Gewerkschaft hat natürlich für sich über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, wenn sie aber bei größeren Kämpfen die Hilfe anderer Gewerkschaften in Anspruch nimmt, dann müssen diese auch mitreden. Es kann deshalb mit Recht verlangt werden, daß in Aussicht stehende größere und bedeutungsvolle Kämpfe von den gewerkschaftlichen Vorständen gemeinsam beraten werden. Wenn das geschieht, dann wird es möglich sein, die Taktik des Kampfes so zu regeln, daß die Unternehmer besiegt werden. (Beifall.)

Dem Referat folgte eine rege Aussprache. Hendrich hält es für richtig, daß die Streikenden selbst über die Annahme der ihnen gestellten Bedingungen zu entscheiden haben. Die Aussperrung sei so plötzlich gekommen, daß die Leitung nicht gleich die rechte Taktik finden konnte. Daß die Absicht der Unternehmer dem Genossen Cohen erst nach und nach aufgeblüht sein soll, sei wohl nur Scherz, denn selbst der Dummste habe doch wissen müssen, was die Unternehmer wollen. — Raab stimmte dem Referenten zu, ebenso Leopold, der besonders betonte, daß sich alle Gewerkschaftsleitungen bei so großen Kämpfen verständigen müssen. Große Kämpfe dürften nur um große Forderungen geführt werden. — Solzlechner zieht aus dem Kampfe die Lehre, daß es ein großer Fehler sei, wenn eine Gewerkschaft neutral sein wolle, um mit den Unternehmern in Frieden zu leben. Die Unternehmer wollen keinen Frieden. — Höfling führte aus, materielle Leistungsfähigkeit und Idealismus der Arbeiter seien die Vorbedingungen für erfolgreiche Kämpfe.

Als es meinte, nach dem Ende des Kampfes sei es leichter zu tabeln als es besser zu machen. G. L. e. sagte in seinem Schlußwort u. a.: Ein großer Kampf könne auch wegen eines den Arbeitern wertvoll erscheinenden Prinzips geführt werden; es brauche sich nicht gerade um bedeutende materielle Forderungen handeln. — Diese Debatte habe nicht den Zweck gehabt, die Metallarbeiter wegen ihres Verhaltens zu tabeln, sondern es handle sich nur darum, daß die organisierten Arbeiter Lehren aus dem verflochtenen Kampfe ziehen.

Als zweiter Punkt fand die Berichterstattung über Streiks und Differenzen auf der Tagesordnung. Hierzu führte Raab aus: Seit der letzten Vertrauensmännerversammlung am 21. September waren in 71 Betrieben mit 1484 Arbeitern Streiks und Differenzen zu verzeichnen. Davon entfielen 18 Betrieben mit 300 Arbeitern auf Vertrauensmeister, wo die Differenzen durch die Schlichtungskommission geregelt wurden. In 24 nicht dem Vertrage unterliegenden Betrieben mit 300 Arbeitern sind Forderungen ohne Streik

bewilligt worden. Zehn erfolgreiche Angriffstreiks fanden statt, an denen 183 Arbeiter beteiligt waren. An sieben erfolgreichen Abwehrstreiks waren 72 Arbeiter beteiligt. 3 Streiks mit 49 Beteiligten sind noch nicht beendet. In 9 Betrieben wurden 470 Arbeiter ausgesperrt. Die Anzahl der Betrieben, in denen Streiks und Differenzen vorliefen, verteilen sich so auf die einzelnen Branchen: Bauarbeiter 12, Möbelschneider 22, verschiedene Branchen 4, Klavierarbeiter 9, Polierer 5, Drechsler 1, Rüstmacher 1, Einseher 1, Stodarbeiter 1, Stellmacher 1, Rahmenmacher 3, Kammmacher 3.

### Die Lehren der Elektro-Aussperrung

wurden am Donnerstag in einer Branchenversammlung der Elektromonteur erörtert. Was sich als Referent hielt es für einen schweren Fehler, daß die Maschinenisten und Heizer zwecks Lohnlegung der Kraftzentralen zur Mitbeteiligung am Streik herangezogen, schon vorzeitig gewissermaßen auf öffentlichem Markte ausposaunt worden sei. Dadurch seien die Unternehmer eben in die Lage gekommen, sich rechtzeitig Arbeitswilige zu reservieren und damit den Maschinenistenstreik wirkungslos zu machen. Hieraus müßten die Arbeiter die Lehre ziehen, daß es nicht immer gut ist, jede taktische Maßnahme der Öffentlichkeit zu unterbreiten, weil sonst der Gegner in aller Bequemlichkeit rechtzeitig die entsprechenden Gegenmaßnahmen zu treffen vermag. Aus diesen Gründen heraus sei es auch verfehlt, schon jetzt darüber zu sprechen, wie man sich in Zukunft dem Unternehmertum gegenüber in ähnlichen Fällen verhalten werde. Die Hauptfrage sei der Ausbau der Organisation, dann regelte sich alles übrige auch mit der nötigen Präzision. In der Diskussion demängelten Jelder und Präfer die Haltung der Streikleitung. Diese habe sich viel zu sehr um Verhandlungen bemüht und dadurch den ganzen Kampf verflacht. Auf die erste Aussperrung hin hätte sofort als Antwort ein energischer Gegenangriff erfolgen müssen. Muggenthaler ist ebenfalls der Meinung, daß die Streikleitung zu viel diplomatisiert habe, hält jedoch direkte Vorwürfe für unangebracht, weil sich die Leitung tatsächlich in einer sehr schwierigen Situation befunden habe und es noch sehr fraglich sei, ob es andere besser gemacht haben würden. Was sich d. wies in seinem Schlußwort ebenfalls die Vorwürfe gegen das Zentral-Streikkomitee zurück. Die Gewerkschaften seien eben noch nicht stark genug, um so nachdrücklich die Aussperrungsgelüste der Unternehmer zu ärgern, wie es an sich wohl zu wünschen wäre. Die unerlässliche Vorbedingung dazu sei und bleibe die Stärkung der Organisation, und dazu müsse jetzt jeder für sein Teil das nötige beitragen, dann jöge er die besten Lehren aus dem Streik.

**Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5<sup>1/2</sup>—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 29. Oktober, vorm. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Bürgerpalast des Rathauses, Eingang Königl. 15—18: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags in der Schul-Kula, kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Fr. J. A. Wilmann: „Todesstrafe und religiöses Gefühl“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

## Gerichts-Zeitung.

**Verurteilung Sittenrettung.** Ein eigenläufiges Schicksal hatte die Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften, die den Redakteur Karl Schmeid und die Schriftstellerin Frau Hermine Schildberger zum zweiten Male vor die siebente Strafkammer des Landgerichts I führte. Es handelt sich um zwei in der „Zeit am Montag“ veröffentlichte Skizzen: „Die Sonne“ und „Schnus“, deren letztere die Angeklagte Frau Sch. zur Verfasserin hatte. Beide Skizzen waren von der Staatsanwaltschaft als unzüchtige angesehen worden. Die Verhandlung vor der Strafkammer endete feinerzeit mit der Freisprechung der beiden Angeklagten wegen der Skizze „Schnus“, deren unzüchtiger Charakter das Gericht nicht anerkannte. Dagegen wurde der Angeklagte wegen Veröffentlichung der Skizze „Die Sonne“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. In dem Urteil war der Standpunkt eingenommen, daß, da beide Skizzen in einer und derselben Zeitungsnr. veröffentlicht waren, bezüglich des Angeklagten Schmeid ein fortgesetztes Delikt vorliege. Wegen des Urteils der Strafkammer, so weit es auf Freisprechung lautete, legte der Staatsanwalt Revision ein und das Reichsgericht erachtete auch, daß die Freisprechung auf einem Rechtsirrtum beruhe und verband mit dieser Ansicht eine Reihe ästhetischer Ausführungen. Da die erste Instanz nun ein fortgesetztes Delikt angenommen hatte, war die notwendige Folge, daß das Urteil nicht nur bezüglich des freisprechenden, sondern auch des verurteilenden Teiles aufgehoben werden und sich die Strafkammer aufs neue mit der ganzen Anklage beschäftigen mußte. In der Verhandlung betriffen beide Angeklagte, daß von einem unzüchtigen Charakter der Skizzen auch nur entfernt die Rede sein könne und speziell der Angeklagte Schmeid sprach seine Verwunderung darüber aus, daß solche künstlerischen Skizzen fortgesetzt verfolgt werden, während die bekannten kleinen illustrierten Blätter, die vorwiegend auf die Lustbarkeit spekulieren, unbehelligt bleiben. Nach Anhörung des Sachverständigen Schriftstellers Dr. Max Roeller plädierte Rechtsanwalt Dr. Halpert in längerer juristischer und ästhetischer Ausführungen für völlige Freisprechung. Er bekämpfte die Stellungnahme des Reichsgerichts gegen die moderne Literatur, er suchte das Gericht, sich von diesen etwas rückständigen ästhetischen Anschauungen zu emanzipieren und doch nicht gar zu prude zu sein. — Der Gerichtshof war der Meinung, daß man aus beiden Skizzen nicht notwendigerweise etwas herauslesen müsse, was als unzüchtig zu gelten habe. Der Gerichtshof erkannte deshalb diesmal auf völlige Freisprechung der beiden Angeklagten.

**Ein Todessturz,** der zum Teil auf die Unvorsichtigkeit des Verunglückten zurückzuführen ist, hat eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung zur Folge gehabt, die gestern den Volker Helmuth Küster vor die Strafkammer des Landgerichts II führte. Am 29. April er. war der Maurerlehrling Ronge aus einem vom Angeklagten als Polier geleiteten Neubau in Tegel damit beschäftigt, das in dem dritten Stockwerk etwa in Manneshöhe über der Balkenlage befindliche Zwischengerüst abzurufen. Durch eigene Unvorsichtigkeit des Ronge kippte das Brett, auf dem er stand, um, er rutschte von dem Brett ab und stürzte durch die an dieser Stelle nicht abgedeckte Balkenlage des dritten und zweiten Stockwerkes herunter. Die Balkenlage des ersten Stockwerkes war nur mit schwachen Stab Brettern abgedeckt, der unglückliche junge Mann durchschlug mit seinem Körpergewicht diese Schalung und fiel bis in den Keller auf den dort liegenden Baukaut. Er erlitt dabei einen Schädelbruch und mußte in das Paul Verhardsitz geschafft werden, wo er noch an demselben Tage verstarb. Obgleich der Staatsanwalt anerkannte, daß Ronge zwar ansehend infolge seiner eigenen Unvorsichtigkeit abgestürzt sei, vertrat er doch die Ansicht, daß der Sturz durch drei Stockwerke bis in den Keller nur dadurch möglich gewesen sei, daß die Balkenlage des dritten und zweiten Stockwerkes überhaupt nicht und die des ersten nur mit schwachen Stabfahnen abgedeckt war. Hierin liege ein großes Versehen des Angeklagten, der nach den Unfallverhütungsvorschriften für die Nordöstliche Bauwerks-Versicherungsgesellschaft jede Balkenlage nach ihrer Verlegung sofort hätte aufstaken und abdecken lassen müssen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der einen sehr guten Eindruck macht, drei Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Berthauer empfahl den Angeklagten der Milde des Gerichts, da hier doch mehr ein unglücklicher Zufall als die Nachlässigkeit des Angeklagten den schweren Unfall verschuldet habe. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis.

**Ein Klattenkönig von Beleidigungsprozessen** zwischen den Inhabern der Firma Vorig in Tegel und dem Brauereibesitzer August W. i. e. l. aus Sagan fand gestern vor dem Schöffengericht I seinen endgültigen Abschluß. — Im Jahre 1898 erwarb W. i. e. l. von der Firma Vorig eine Brauerei-Kühlmaschine. Diese soll, nach Angabe des Käufers, bei weitem nicht den Anforderungen entsprechen haben, die ihm von einem Vertreter der Firma bei Abschluß des Kaufes garantiert worden waren. Zwischen W. i. e. l. und der Firma Vorig entwickelte sich ein lebhafter Briefwechsel, in welchem beiderseitig gerade nicht die im kaufmännischen Leben sonst geübten Höflichkeitsformen gewahrt wurden. Mehrere dieser Briefe waren schon einmal Gegenstand einer Klage und Widerklage. Aus der ganzen Streitfrage, die lediglich im Wege eines Zivilprozesses zu erledigen war, entwickelte sich schließlich auch noch eine Preßfehde. W. i. e. l. erließ in verschiedenen Hochzeitungen Erklärungen, so in der „Deutschen Brauer-Zeitung“, durch welche sich die Firma Vorig beleidigt fühlte und Strafantrag stellte. W. i. e. l. erhob wiederum durch Rechtsanwalt Dr. Berthauer Widerklage gegen die Inhaber der Vorigwerke und den Direktor Schlesinger. In der Verhandlung vor Gericht machte der Vorsitzende Herr W. i. e. l. Vergleichen vorzuschlagen, durch welche sämtliche zurzeit noch schwebenden Beleidigungsprozesse aus der Welt geschafft würden. Von der durch Justizrat Kleinholz vertretenen Firma Vorig als auch dem Beklagten wurde nach mehrstündigen Verhandlungen in einem Vergleich eingewilligt. Die beiderseitigen Kosten wurden zur Hälfte aufgeteilt.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Am 27. Okt. Ia 63—68 pr. 100 Pfund, Ha 56—62, IIIa 50—55, IVa 40—48, Rüböl Ia 85—90, IIa 78—82, IIIa 56—70, Dammelöl Ia 63—73, IIa 48—58, Schweinefleisch 68—74, Rotwulst Pfund 48—51 Pf. Falsch Eßig 3,50—4,20, Wein 1,75—3,00, Raminchen Stück 0,30—1,00, Krammetzöl 20—28 Pf. Rüböl, junge Ia 1,00 bis 1,30, junge IIa 0,60—0,90, junge kleine 0,60—0,90, alte Ia 0,65—0,85, alte IIa 0,60—0,90, Döhner, alte 0,70—1,15, junge 0,45—0,85 das Stück, Tauben, junge 0,45—0,88, alte 0,60—0,90, Enten, junge 1,30—1,50, Gänse Ia, 0,60—0,90, IIa 0,60—0,90 per Stück, Ia 0,60—0,90, IIa 0,60—0,90 per Pfund, Döste 88—95 Pf., Schlei, unrot. 105 Pf., Kälber, groß 0,90—1,00, mittel 0,80—0,90, Rindern 30—43 Pf., Rindern 00—0,90 Pf., Rindern 100 Pf., Schafsch. 31—34 Pf., Fäbner 19 Pf., pro 100 Pfund, Schottische Vollerlinge (gelat.) 40—44 Pf. Krebse, kleine, Schaf 0,90 Pf., unrotiert 0,60 Pf., Eier, Schaf 3,70, Butter pro 100 Pfund Ia 120—124, IIa 114—120, IIIa 110—114, abfallende 100—110, Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 1,90—2,10, Rollen 0,60—0,60 blaue 0,60—0,60, runde weiße 1,80—2,00, Wirsingkohl pr. Schaf 4,00—7,00, Weißkohl 6,00—8,00, Rotkohl 4,00—6,00, Kohl 8,00—11,00, M. Saure Gurken, neue, Schaf 2,—.

### Briefkasten der Redaktion.

**Redaktionelle Auskunft.** 1. Briefkastenanfragen ohne beigefügte Caution bleiben unerledigt. Der üblichen Redaktionsadresse besagte man immer hinzuzufügen: Briefkasten. Handelt es sich um eine Rechtsfrage, so vermerke man: „Juristischer Briefkasten“. 2. Für briefliche Auskunft in besonderen Ausnahmefällen Caution, frankiertes und adressiertes Konvort beizulegen. 3. Je nach dem Inhalt von Briefen vermerke man auf der üblichen Adresse in ausfallender Schrift: **Versammlung, Gewerkschaftlich, Privatnachsicht, Soziales, Unterhaltungsblatt, Politisch, Lokales, Vorortnachricht, Secretariat, Vereinskalender, Liquidation** usw.

**N. 6. 36.** Die Werkstätte kennen wir nicht. Bleibt Auskunft durch Secretariat, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus. — **Warenbörse.** A. M. Welchen Sie sich mündlich oder schriftlich bei dem Gemeindevorsteher oder seinem Vertreter. Alle Einzelheiten durch diese Stelle. — **Rühle.** Durch das Secretariat der Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, pt. — **Wert.** (Trier.) 1. Rein. 2. Durch die Familie Krupp, 3. Welchen entscheiden wir nicht. — **Gollmar.** 1. Erfragen Sie am besten durch die „Schwäbische Tagblatt“, Turndachstraße 13 in Stuttgart. 2. Programm mit trefflichen Erläuterungen von Karl Rauff und Schoenland 10 Pf. Durch jede Buchhandlung. — **777.** Rein. — **Kranzfurter Allee.** Der Vergleich vor dem künftigen Verständnis angebracht; vom pädagogischen Standpunkt alle zu billigen. Der Vergleich mit dem Alter aber ist richtiger und von großer Wirkung. — **W. 2.** Habeltvereine usw. finden Sie im Berliner Adressbuch im 2. Band 2. Teil Seite 170. — **Jumbo.** Sie vorher unter „Rühle“. — **1492.** Der Verein der Oldenburger und noch unbekannt. — **M. H.** Sie vorher unter „Jumbo“ und „Rühle“. — **B. 10.** Köhnl. Dorf und Rittergut im Bezirk Jorkau (Königreich Sachsen).

### Juristischer Teil.

**Die juristischeprechende findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.**

**N. 6. 75.** Der Ausfall der Klage hängt von der Beantwortung der Frage ab, ob Jener ein Verleihen zur Last fällt. Diese Frage dürfte zu Ihren Gunsten zu verneinen sein. Aber es läßt sich nicht voraus sagen, wie die Beweislastnahme sich gestaltet und die auf dieser begründete Ansicht des Gerichts ausfallen wird. — **N. 6. 10.** Der 1500 M. überschreitende Teil kann abgezogen werden. — **Cito 153.** 1. Für die gewerblichen Schulden Ihrer Frau haften Sie nicht, falls nicht aus besonderen Umständen folgt, daß auch Sie Schuldner geworden sind. 2. Verjährung würde frühestens mit Ablauf dieses Jahres eintreten. — **N. 6. 99.** Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg, wenn Sie nachweisen, daß als spätester Verjährungstermin der Dritte des Monats vereinbart war. — **N. 6. 100.** Den Wechsel würden Sie für den Fall der Einklagung zahlen müssen, sich aber Ihre Einrede vorbehalten. Sie können auch auf Rückgabe des Wechsels und eventuellen Schadenersatz klagen. Aber im Wechselprozeß selbst würde Ihre Einrede nicht berücksichtigt werden können. — **N. M. 58.** 1. Ja. 2. Rein. 3. Das ist, falls Urteil ergangen ist, möglich. Wegen der Alimante für außerordentliche Kinder ist eine Verfolgung des Lohnes nur so weit zulässig, als der Lohn nicht für den notwendigen Unterhalt des Schuldners und für den handlungsmäßigen seiner Ehefrau und ehelichen Kinder erforderlich ist. — **N. 6. 100.** Leider geht die Forderung des Wirtes vor, falls Sie mit unterschrieben haben. Gegen Ihren Mann können Sie für sich und Ihre Kinder Alimante einlangen und den Lohn in voller Höhe mit Beschlag belegen lassen. — **Carl R.** Sie sind im Artum, der Lehrer im Recht. Falls Ihre Tochter nicht auf Ihren Antrag ein Schulabgangszeugnis erhält, muß sie die Schule noch weiter besuchen. — **Kriemann.** Der Anspruch auf Unterhaltungsgehälter für die zu Freiheitsstrafen einberufenen Mannschaften erlischt, wenn der Anspruch auf Unterhaltungsgehälter nicht binnen 4 Wochen nach Beendigung der Uebung bei der Gemeindebehörde des Ortes angebracht ist, daß die Ihren Anspruch in dieser Zeit geltend gemacht haben, müßten Sie beweisen. Wiederholen Sie unter Hinweis auf Ihre frühere Anmeldung schriftlich Ihren Anspruch. — **C. 2. 23.** Wachsen Sie Ihren Anspruch auf Ertrag gegen die Kasse bei der Ausschloßbehörde (Gewerkschaftsstation, Stralanderstr. 1—3) geltend. — **N. M. 6.** Bei der Erbschaft, die Witwen betrifft, welche vor dem Januar 1900 geerbt haben, fällt ins Gewicht: Wann und wo haben die Eheleute getrautet und ihren ersten Wohnsitz genommen? Wagt ein Ehevertrag, ein Erbvertrag, ein Testament vor? Wann ist der Erblasser verstorben? Wann erhielt die Ueberlebende Heimrecht von dem Tode? Sie wollen Ihre Frage unter Ergänzung nach diesen Richtungen hin wiederholen. — **Zuge.** Rein. — **Ruglerstr.** Ja.

### Witterungsbericht vom 27. Oktober 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.
Eutinende	765	SW	4 mäßig	1	Dabaranda	756	NO	2 bedeckt	-4
Damburg	763	SW	6 Regen	3	Petersburg	756	SW	1 Schnee	1
Berlin	762	SW	3 heiter	0	Schiff	768	SW	4 Dunst	11
Kranf a. M.	773	SW	1 bedeckt	-0	Uebersee	758	SW	1 heiter	4
München	774	SW	5 heiter	-4	Paris	772	SW	2 bedeckt	8
Wien	772	SW	4 bedeckt	2					

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. Oktober 1905.** Zunächst wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden; später anstarkend und wieder etwas kälter. **Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstand am 26. Oktober.** Elbe bei Ruffig + 0,56 Meter, bei Dresden - 0,84 Meter, bei Radeburg + 2,35 Meter. — Innruvi bei Straubfurt + 1,70 Meter. — Oder bei Rathow + 1,41 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,06 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,03 Meter, bei Frankfurt + 1,80 Meter. — Weichsel bei Przemislaw + 3,08 Meter. — Warthe bei Posen + 0,90 Meter. — Rysa bei Wj + 1,12 Meter.



# Warenhaus A. Wertheim

ROSENTHALER STRASSE

Erweiterung der Geschäftsräume

Neue Lebensmittel-Abteilung

Verkauf preiswerter Artikel

in allen Abteilungen

## Wäschestoffe

Hemdentuch	28, 32, 40 Pf.
Louisianatuch	30, 35, 40 Pf.
Louisianatuch ca. 84 cm breit	45 Pf.
Louisianatuch ca. 130 cm breit	68, 80 Pf.
Bettsatin gestreift, ca. 84 cm	45, 53 Pf.
Bettsatin gestreift, ca. 100 cm	75, 90 Pf.
Bettdamast ca. 84 cm breit	50, 70 Pf.
Bettdamast ca. 130 cm breit	75 Pf., 1.10
Lakendowias ca. 130 cm breit	80 Pf.
Lakendowias ca. 160 cm breit	95 Pf.
Gerauht. Piqué	38, 50, 65 Pf.
Inlet rot, ca. 80 cm breit	65, 80, 95 Pf.
Inlet rot-rosa, ca. 130 cm breit	1.10, 1.20, 1.50

## Tischwäsche, Handtücher

Tischtücher, reinleinen, Jacquard, gesäumt	Grösse ca. 115/115 100/130 130/160 120/200	1.30 1.75 2.— 2.80
Servietten, passend, gesäumt	Dtz. 4.50	
Tischtücher, halbleinen, Jacquard, reinweiss, gesäumt	Grösse ca. 115/125 130/130 130/160 130/200	1.15 1.30 1.55 1.95
Servietten, passend, gesäumt	Dtz. 3.80	
Tischgedeck mit 6 Servietten, reinl. Jacquard gesäumt	130/160	4.25
Theegedeck m. 6 Servietten, m. Franssen u. bunter Kante		2.10
Kaffeedecke bunt mit Franssen		1.10
Tischläufer m. Franz. u. Durchbruch	65 Pf.	
Stubenhandtücher 45/110, Jacquard	4.40	
Stubenhandtücher reinl. Dreif. gestreift u. gebünd.	6.60	
Küchenhandtücher Gerstenkorn	3.50	
Küchenhandtücher reinl. gesäumt und gebündert	4.40	
Staubtücher farbig	1.10	

## Damen-Konfektion

Golf-Cape marengo	6.25 Mk.
Havelock grau meliert	7.25 Mk.
Paletot schwarz Cheviot	5.25 Mk.
Paletot englisch meliert	13.75 Mk.

## Schürzen

Tändelschürze mit Franssen	65 Pf.
Weisse Tändelschürze mit Stickerei	65 u. 95
Ecreu Tändelschürze	1.25 Mk.
Schwarze Tändelschürze Panama	1.20
Schwarze Tändelschürze ext.gross	1.60
Tändelschürze schwarz reine Wolle	1.75 extra gross 2.10
Wirtschaftsschürze mit Volant	75 Pf.
Einfarbige Wirtschaftsschürze	95 Pf.
Wirtschaftsschürze Gingham mit Volant	1.15
Wirtschaftsschürze Gingham mit Volant, extra weit	1.50
Wirtschaftsschürze mit Achselbändern	1 Mk. u. 1.50
Reformschürze Gingham	1.90
Reformschürze Köpersatin	2.50
Reform-Hängeschürze Gingham	1.85
Reform-Hängeschürze einfarbig	2.10
Reform-Hängeschürze Cretonne	2.75

## Handschuhe

<b>Damen-</b>	
Trikot-Handschuhe einfarbig, Hand gemust.	35 Pf.
Trikot-Handschuhe farbig, 2 Druckkn.	42 Pf.
Trikot-Handschuhe farbig, reine Wolle, Druckkn.	65 Pf.
Ringwoods einfarbig, reine Wolle	58 Pf.
Glacé-Handschuhe farbig, 2 Druckknöpfe	95 Pf.
Herren-Trikot-Handschuhe	48 Pf.
Herren-Trikot-Handschuhe m. starkem Füller, Druckverschluss	80 Pf.
Kinder Ringwood-Handschuhe bunt gestrickt, Grösse für ca. 2-3 4-6 Jhr.	25 30 Pf.

Ein Posten:

Reinseid. Krawattenbänder 12 cm breit Mtr. 55 Pf.

Satin-Band in allen Farben ca. 11 cm breit Mtr. 28 Pf.

Reste und Abschnitte in Spitzen-Einsätzen und Galons

zu äusserst billigen Preisen:

## Damenwäsche

Taghemden Vorderschluss m. Spitze	1.45
Taghemden Achselschluss m. Spitze	1.55
Taghemden Achselschluss m. Stickerei mit handgestickten Madeira-Passeen	1.70
Taghemden mit handgestickten Madeira-Passeen	1.60
Taghemden mit handgestickten Madeira-Passeen	2.45
Beinkleider Renforcé mit Stickerei	1.25, 1.65
Beinkleider Barchent mit Spitze	1.40
Beinkleider Barchent mit Stickerei	1.50, 2.10
Jacken Barchent mit Besatz	1.55
Jacken Barchent mit Stickerei	2.10
Röcke mit Spitzen reich garniert	3.85, 6.75
Röcke Barchent mit Stickerei	2.15
Röcke Barchent mit Langette	1.60

## Korsetts

Gürtelkorsetts grau	1.35, crème 2.20 Mk.
Lila Empirekorsetts	1.45 Mk.
Graue Empirekorsetts	2.65 Mk.
Halbhohes Korsett grau Satin	2.75 Mk.
Langhüftiges Korsett geblümt	3.50 Mk.
Halbhohes Korsett geblümt	3.50 Mk.
Halbhohes Korsett Satin mit Fuchshein	3.85 Mk.
Graues Korsett mit 4 Strumpfhaltern	4.75 Mk.

Knaben-Beinkleider Winter-Cheviot blau für 3-9 10-14 Jahr 1.25 1.80 Mk.

Knaben-Winter-Joppen mit warmem Futter für ca. 9-14 Jahre 3.75

Knaben-Paletots dunkelgrau gemustert mit Plaidfutter für ca. 3-5 6-9 Jahr 5.75 7 Mk.

## Tapiserie

Point lace-Decke	2.10, 2.45, 3.30
Point lace-Läufer	3.85, 4.65
Point lace-Schoner	85 Pf.
Messertaschen fertig	1.15
Ruhekissen mit Volant	60 Pf.
Waschtischgarnitur	1.05
Küchen-Handtuch grauleinen	65 Pf.
Stuben-Handtuch reinleinen	95 Pf.
Läuferstoff Doppelstoff	Meter 60 Pf.
Besenvorhang vorgezeichnet	1.50
Küchentischdecke vorgezeichnet	90 Pf.

## Läufer, Decken etc.

Imit. Perser Vorleger	65 Pf., 1.25 Mk.
Linoleumläufer	85 Pf. 1.15 1.40
Linoleumvorleger	Grösse ca. 50/90 45-5 70/90 70/115 85 Pf. 1.20
Schlafzimmer-Garnituren	1 Lamberquin 9.75 Mk. 2 Schals
Leinenplüsch-Garnituren	11.50 18 Mk.
Divandecken zwisseitig	6.75 Mk.
Divandecke persisches Muster	15.50 Mk.
Satin-Steppdecken	4.75 Mk.
Fries-Fensterschützer	2.90 Mk.
Melierte Schlafdecke	3.90, 4.25 Mk.

## Gardinen

Engl. Tüllgardinen Fenster	3 Mk., 4 Mk.
Engl. Stores	4.35 Mk.
Lacet-Stores	4.75, 9.25 Mk.
Lacet-Bettdecken	4.50 Mk.
Lacet Brise-bise	2.10 Mk.

## Taschentücher

Taschentücher reinleinen gesäumt Dtz.	2.80, 3.50
Taschentücher reinleinen-Batist mit Hollesum Dtz.	2.80
Taschentücher Linon gesäumt Dtz.	1.60
Taschentücher engl. Batist mit Holz. b. Kante Dtz.	1.90
Taschentücher für Kinder 1/2 Dtz. im Karton	55 Pf.
Taschentücher mit gestickten Buchstaben, Hollesum, bunter Kante 1/2 Dtz. im Karton	1.40

## Trikotagen und Strümpfe

Hemden mit Vigogne, 4 Grössen	90 Pf. bis 1.35
Hemden Vigogne	1.90 bis 2.40
Beinkleider mit Vigogne	1.—, 1.10, 1.30
Beinkleider Vigogne m. Ueberschlag	1.55 bis 2.25
Damenröcke, gestreift Barch. m. Volant	1.85
Damenbeinkleider gestreift Barchent	1.55, 1.85
Woll. gestrickte Camisole, Damen	45 Pf.
Zuavenjäckchen	1.50, 2.10
Herrenwesten Woll. plattiert, starke gute Qualität	3.60, 4 Mk., 4.25
Gewebte Damenstrümpfe engl. Länge rein. Woll. ohne Naht	70 Pf.
Gestrickte Damenstrümpfe schwarz, Woll. plattiert	42 u. 65 Pf.
schwarz, reine Woll. Ia. Qual.	1 Mk.
Ein Posten Herrensocken gestrickt, halbwoollen	50 Pf.
Strickwolle plattiert, schwarz oder meliert 1/2 Ko.	1.75 Mk.

## Schuhwaren

Herren-Zugstiefel Box-Calf, System Handarbeit	11.50
Herren-Schnürst. Box-Calf, System Handarbeit	11.50
Herren-Schnürst. Lackbesatz System Handarb.	12.—
Herren-Zugstiefel Lackbes. System Handarbeit	11.50
Damen-Schnür- u. Knopfst. Calf	9.50
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel Chrom Kid	7.25, Box-Calf 7.25, Lack 11.50
Damen-Filzschuhe mit Filzsohlen mit Fils- und Ledersohlen	1.15 1.60
Herren-Filzschuhe mit Filzsohlen mit Fils- und Ledersohlen	1.45 1.90
Herren-Pantoffel mit Filzsohlen	95 Pf.
Damen-Pantoffel mit Filzsohlen	75 Pf.
Kinder Knopf- u. Schnürstiefel Grösse ca. 21/24 25/26 27/30 31/35 cm	Box-Calf 3.25 3.90 5.15 6.15 Mk.
Kinder Knopf- u. Schnürstiefel Grösse ca. 27/30 31/35	Rossleder 3.90, 4.50 Mk.



Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

V. Waisenverwaltung und Fürsorgeziehung.

Die Sorge für eine menschenwürdige Behandlung der Waisen und der durch Staatsgesetz vom 2. Juli 1900 der Gemeinde zur Fürsorgeziehung überwiesener Pflegekinder hat auch in der Berichtsperiode die sozialdemokratische Fraktion fortlaufend beschäftigt.

Ebenso wenig Verständnis fanden die sozialdemokratischen Vertreter bei der Majorität im Jahre 1902, als sie entsprechend einem Beschlusse der Waisenverwaltung verlangten, daß die Sätze für die Waisenverpflegung in Familien eine bescheidene Erhöhung erfahren sollten.

Bei allen diesen Fragen handelt es sich ausschließlich um das Wohl und Wehe von Kindern aus der Klasse der Unbemittelten; auch hier ergibt sich für jeden Wähler der dritten Abteilung die notwendige Folgerung, nur solchen Kandidaten bei der Stadtverordnetenwahl seine Stimme zu geben, dessen Parteirichtung dafür bürgt, daß er in erster Linie das Interesse der breiten Volksmasse im Auge behält.

VI. Arbeiterfrage.

Auf dem Gebiete der Arbeiterfrage könnte die Stadtgemeinde Berlin Auserordentliches leisten. Sie beschäftigt nicht nur selbst ein großes Heer von Arbeitern, sie vergibt auch eine beträchtliche Anzahl von großen Arbeiten an Privatunternehmer, wobei sie auf das Arbeitsverhältnis Einfluß ausüben könnte.

Als im Jahre 1902 unsere Vertreter die Mißstände auf den städtischen Bauten in Buch tabellen und verlangten, daß für die dort beschäftigten Maurer, der überwiegenden Mehrzahl nach Berliner, die zwischen Unternehmern und Arbeitern für Berlin festgelegten Arbeitsbedingungen eingehalten würden, wurden diese bescheidenen Forderungen vom Magistratsrat als als Einmischung in die privaten Verhältnisse bekämpft und von der Majorität der Versammlung verworfen.

Ebenso wenig gelang es den sozialdemokratischen Vertretern im Jahre 1903 bessere Lohnbedingungen für die Kutsher der städtischen Altemwagen zu erlangen. Diese Wagen tragen das städtische Wappen, die Kutsher die Livree der Stadt, der ganze Betrieb aber gehört einem Privatmann, der für die Kutsher einen Lohn von 18 M. ansetzt, während andere Unternehmer, die er freilich unterbot, ihren Kutshern 24, 25 und 27 M. zahlen!

nehmer mit seinen Arbeitern abschließt, gar nicht zu machen haben! Es ist den Freisinnigen nicht klar zu machen, daß sie mit diesem Prinzip das schon an sich bedenkliche Submissionswesen völlig in den Dienst des rücksichtslosesten Ausbeutertums stellen, während der anständige Arbeitgeber benachteiligt wird.

Schon im Jahr 1900 war von der Sozialdemokratie angeregt worden, den städtischen Arbeitern einen regelmäßigen Urlaub zu gewähren. Diesen Anregungen gegenüber stellte sich der Magistrat auf einen Standpunkt, den selbst die so überaus zahme „Soziale Praxis“ als „Ausfluß sozialpolitischer Rücksichtslosigkeit“ bezeichnete.

Ein eigenartiges Ding ist es überhaupt mit den Arbeiterausschüssen; berichtigte doch die Parkverwaltung noch unter dem 18. November 1901: „Das Petitionsrecht ist von den bei unserer Verwaltung Beschäftigten schon mehrmals auch mit Erfolg wahrgenommen worden.“

In beschränktem Maße kann die Stadtverwaltung auch für die Arbeiterkraft außerhalb der von ihr direkt oder indirekt abhängigen Betriebe tätig sein; aber auch hier zeigt sie sich säumig und die Erfolge des unaufhörlichen Andrängens der Sozialdemokratie sind bisher nur gering.

Auch dieser Abschnitt unseres Berichtes lehrt das eine, daß jeder Freund des Kulturfortschrittes bei den kommenden Wahlen für den Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen muß. Mit besonderem Nachdruck sollte dieser Gedanke bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zum Durchbruch kommen.

Es sollen ferner zum Ziel haben, die Interessen der Arbeitgeber durch die Wahl einer möglichst großen Anzahl geeigneter Vertreter in die städtischen Kollegien besser vertreten zu sehen, als dies bisher der Fall war.

Vermischtes.

Ein schweres Eisenbahnunglück. Aus Duisburg wird amtlich gemeldet: Auf dem Bahnhofe Duisburg fuhr Freitag morgen 6 Uhr 30 Minuten infolge falscher Blockbedienung der Schnellzug 96 (Hamburg-Köln) auf den im Bahnhofe haltenden Schnellzug 196 (Oberhausen-Nachen) auf, wobei die zwei letzten Wagen des Zuges 196 ineinandergeschoben wurden.

Schiffsunfälle. Nach einer Drahtmeldung aus Havre ist die Bark „Marguerite Marie“ aus Boulogne für Mer gleichzeitig mit dem Segelschiff „Gambetta“ in der Nähe der Doggerbank mit seiner aus 21 Mann bestehenden Besatzung untergegangen.

Die Engländerin in Hamburg? In den letzten Tagen brachten viele Blätter eine sensationell zugestrichelte Notiz, wonach eine in Hamburg-Parusied wohnende Hebamme, Inhaberin einer Privat-Entbindungsanstalt, sich der Engländerin schuldig gemacht haben soll.

Der Professor Beer wurde vorgestern in Wien wegen Verleitung zur Unruhm zu drei Monaten einfachen Kerker verurteilt. Der Verteidiger hat gegen das Urteil die Nichtigkeitsbeschwerden angemeldet.

Ein Verlebenssturz auf einem Neubau in Leipzig-Neustadt brachte am Mittwoch kurz nach der Mittagspause das Leben mehrerer Maurer und Bauarbeiter in schwere Gefahr.

Goethe im Kaiserentem. Aus Stragburg i. E. berichtet die „Stragburger Post“: Wie bekannt, werden in der Rekrutenzeit die jungen Mannschaften von ihren Unteroffizieren in der Stadt herumgeführt, wobei ihnen die Sebenswürdigkeiten gezeigt und erklärt werden.

In Neapel Hungers gestorben ist am Dienstag ein 84-jähriger Mann, Luigi di Costanzo, der seit mehreren Tagen von einem Krankenhaus zum andern gewandert war, um ein Stück Brot und ein kleines Lager zu finden.

Teures Fleisch — billige Seefische!! Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen. Seefisch-Kochbücher gratis. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10. Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8304. Verkaufsniederlagen: Prinzenstraße 30, Madaisstraße 22, Landsbergerstraße 52-53.

Seefische — Volksnahrung! Wir notieren die billigsten Tagespreise für Schellfische, Cabliau, Seelachs, Schollen in allen Größen sowie für die übrigen Sorten Seefische.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonnabend, 28. Oktober.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Spernhaus.** Der schwarze Domino. Schanzelhaus. König Richard der Dritte.  
**Neues.** Ein Sommernachtstraum. Weken. Der Opernball. Nachm. 3 Uhr: Don Carlos.  
**Deutsches.** Das Käthchen von Heilbronn.  
**Berliner.** Kean.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Flachsmann als Erzieher.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Der Traum ein Leben.  
**Leipzig.** Stein unter Steinen.  
**Zentral.** Für indischen Blüde. Nachm. 8 Uhr: Wilhelm Tell.  
**Reibenz.** Der Prinzgemahl. Kleines. Hiddala.  
**Trianon.** Madame Torera.  
**Leipzig.** Der Familiengast.  
**Thalia.** Bis ich um Ränke! Carl Weisk. Anna He.  
**Luise.** Das Erbe.  
**Deutsches Amerikanisches.** Über, Herr Herzog!  
**Metropol.** Auf - ins Metropol! Kasino. Der Adelsherr.  
**Wipola.** Frau Luna. - Spezialitäten.  
**Walhalla.** Eine tolle Nacht. Herrnsfeld. Die Neuerbau.  
**Wintergarten.** Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel. - Spezialitäten.  
**Folies Caprice.** Nach dem Japfenstreich. Soll und Haben. - Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Pastage.** Robert Koppel. Georg und Gusti Edler.  
**Wronia.** Lindenstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsstunde.  
An Hofsaal: Dr. Donath: Die chemischen Stromwirkungen.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

**Urania** Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
**Im Lande der Mitternachtsstunde.**  
Hofsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Die chemischen Stromwirkungen.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 105.  
**Joëls Traum.**  
**!! Pompeji !!**  
Die Ehre des Vaters!  
Restaurant:  
Dresdener Sänger.

**Apollo-Theater.**  
Täglich 9 1/2 Uhr  
unter persönl. Leitung v. Paul Lincke  
**Frau Luna**  
und die Oktober-Spezialitäten.  
Sonnabend, 29. Oktober, nachm. 3 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
und Spezialitäten. Bedeutend ermäßigte Preise!

**Metropol-Theater**  
Präzise 8 Uhr  
zum 50. Male:  
**Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
**Walden a. D. x Miss Clifford a. D.**  
Bender x Giampietro  
Josephi x Massary x Frid-Frid  
Steidl x Lilly Walter.  
Rauchen in all. Räumen gestattet.  
Anfang 8 Uhr.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der familiengast.**  
**Kasino-Theater**  
Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Das Opferlamm.**  
Schwank in 3 Akten von Wallner und Stein.  
Vorher: Im Spreewald. Operette. Der berühmte Kapitän Martens etc.  
Sonnabend nachmittags 4 Uhr: „Der Adelsnarr.“

**Walhalla-Theater**  
Weinbergsweg 19/20.  
Mittwoch, den 1. November cr.:  
Große internationale  
**Ringkampfkonkurrenz**  
Preise in bar  
**5000 Mark.**  
Außerdem dem Sieger die große goldene Medaille.  
(Näheres die Plakate.)  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Hill. Dammstr. 10.  
**Stiftungs-Fest**  
des Athletenvereins Atlas.  
Sonnabend:  
**Das Käthchen v. Heilbronn.**  
N. Schanzel in 5 Akten v. D. v. Heilbr. Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

**Passage-Theater.**  
Anfang abends 8, nachm. 5 Uhr.  
**Robert Koppel**  
in seinem neuen Repertoire.  
**Georg u. Gusti Edler**  
in ihrer Alpenzene.  
Gewöhnliche Preise:  
Ordnungsloge 4 Mk., Terrasse 3 Mk., Ordnungsplatz 2 Mk., Parkettplatz 1,50 Mk., Parkett 1 Mk., Eintritt 50 Pf.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Köpenickerstr. 67.  
Zum Jeden Abend 8 Uhr!  
Gastspiel Ad. Philipp  
**57. ABER!**  
Male: Herr Herzog  
Sonnabend nachmittags 3 Uhr:  
Halbe Preise!  
„Ueber'n großen Teich.“

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute Sonnabend zum erstenmal:  
Abends 8 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**  
Lustspiel in 3 Akten von L. Kausel und J. Chancel.  
Morgen und folgende Tage: Der Prinzgemahl.  
Sonnabend nachmittags 3 Uhr: Herkuleskämpfe.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Komödie in drei Aufzügen von Otto Ernst.  
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:  
**Der Traum ein Leben.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**

**Buggenhagen, Moritzplatz.**  
Täglich (vom 26. Okt. bis 3. Nov.):  
**Gr. Münchener Kellerfest**  
Festzelt: Schorsch Ehrengruber mit seinen Original-Oberbäckern.  
Außerdem: **Gottschalk-Konzert.** Anfang 7 Uhr.  
Sonnabend und Sonntag im Kaiserfeste: **Steidl-Sänger.**

**Zirkus Busch.**  
Größte Attraktion der Welt! Sensationell! Sensationell!  
**Der Kanonenkönig!**  
Schuß eines lebend. Menschen aus einem Marine-Geschütz schwersten Kalibers.  
Nur noch 5 Tage.  
**Die Helden vom Yalu u. Port Arthur**  
Japanische Infanterie. 4 Soeurs Athleten.  
Zum 39. Male: **Mexiko.**  
Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzenleben.  
Avis! Sonntag in beiden Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 7 1/2 Uhr: **Mexiko. Der Kanonenkönig.**

**Carl Weiß-Theater.**  
St. Franziskanerstr. 132.  
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung **Kostapphän.**  
Abends 8 Uhr:  
**Anne-Liese oder: Soldatenglück.**  
Morgen und folgende Tage: In Berlin ist was los.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gefundbrunn, Badstraße 68.  
Heute: **Gefchloffen.**  
Morgen Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr:  
**Vom Chron zum Schafott.**  
Volksmäßige Preise.  
Abends 7 Uhr:  
**Badeabenteuer.**  
Vorverkauf nachmittags von 10-1 Uhr. In Vorbereitung: **Gewonnene Herzen.**

**Folies Caprice.**  
Budapester Possen-Theater  
132 Linienstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
**Nach dem Zapfenstreich.**  
Vorher: **Soll und Haben** u. d. ausgezeichnete Spezialitätenentell.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich b. A. Werthelm und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormittags an.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee Nr. 148.  
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:  
Konzert, Theater u. Spezialitäten mit darauffolgendem Tanz.  
Anfang Sonntag 5 Uhr.  
Dienstag 8 Uhr.

**Herrnfeld-Theater.**  
Nur noch wenige Tage!  
**Die Meyerhains.**  
Komödie in drei Akten mit den Autoren  
Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.  
In Vorbereitung:  
**Familiengast im Hause Prellstein.**  
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorher: 11-3 Uhr Theaterkassette.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater  
Frankfurter-Allee 85.  
**Saisonschlager!**  
**Die Schlächtermeisterin als Schauspielerin**  
oder: Skandal im Theater.  
Große Voffe  
und 20 Spezialitäten-Nummern.

**Abnormitäten-Theater**  
Hänzerstr. 16.  
Die drei lebenden  
gr. anatomischen Wunder  
Muskelmensch  
Skelett-Mensch  
Gummihautmensch  
Entree 20 Pf.

**Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.)**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Traum ein Leben.**  
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer.  
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Ein Wintermärchen.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Der Veilchenfresser.**

**Zirkus Albert Schumann**  
Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr:  
Sechste Grande Soirée High Life. Gala-Programm. Neue Debüts. Ferner Real Jam 1. Male in Deutschland! Der berühmte Tischtennismeister **Arkadia.** vom Leib-Regiment des Jaren. Real! Die größte Sensation d. Gegenwart! Die  
**9 heiligen Chunchusen**  
Zauberer und Gaukler aus Mukden. Reu und phänomenal! Die  
**Javaner-Truppe.**  
Grotesque-Spieler aus Java.  
**Frères John u. Louis Boller**  
mit ihren vier noch nie gesehenen **Vor- und Rückwärts-Saltomortali** mit dem Zweirad.  
Das einzig existierende einen halben **Saltomortale schlagende Pferd.**  
Zum Schluss: **Kolohealer Erfolg!**  
Der Tag des  
**Englischen Derby.**  
Sonnabend, 2 Post., nachm. 3 1/2 Uhr ein Kind frei, und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Der Tag des Englischen Derby.

**WINTERGARTEN**  
Heute  
die in London an 1000 Abenden mit großem Heiterkeitserfolge gegebene Pantomime  
**Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel**  
Original-Aufführung  
außerdem  
Guerrero, span. Tänzerin. Artois, Reckkünstler. Amann, Mimiker. Harndins, Wanderstern. Colle de Lessé, Drahtseilakt. Marrder, Gold-amazone. In Japan, Ballett. Moore, engl. Sängerin. Collins und Hart, Exzentriks. Die mysteriösen Husaren.  
Biograph.

**Colosseum**  
Dresdenerstraße 97.  
humoristische  
**16**  
Spezialitäten  
H. a.: **Bendix.**  
Litke Carlsen.  
**Wally Walborg.**  
La Perle, die deutsche Kaiserin.  
Heute: **Debüt der jüngsten Berliner Soubrette**  
**Trudy Truth**  
15 Jahre alt.  
Debüt des populärsten schäffischen Humoristen  
**Neumann-Bliemchen.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr jeder Platz 40 Pf. Ein Kind frei!  
Souvenirverteilung.  
Im Konzertsaal 2 Kapellen (Schrammeln), Naturfänger, Ungarn. - Hochzeit 8 Uhr. Sonntag Feiertag ab 3 Uhr, Ende 1 Uhr.

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4**  
Dr. W. Reimer.  
Sonnabend, Montag, Donnerstag:  
Im glänzenden, renov. und elektr. beleucht. Clublokal.  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger  
und Tanztruppen.  
Sonnabend Beginn 8 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
Dienstag und Mittwoch:  
**Theater-Abende.**  
Gastspiel des **Löwe-Ensembles.**

**Otto Pritzkwows**  
Berliner  
**Abnormitäten-Theater**  
Hänzerstr. 16.  
Die drei lebenden  
gr. anatomischen Wunder  
Muskelmensch  
Skelett-Mensch  
Gummihautmensch  
Entree 20 Pf.

**Belle-Alliance**  
Theater-Variété.  
Anfang 8 Uhr.  
Nur noch wenige Tage.  
**Liane Leischner**  
16 hervorragende Debüts.  
Sonnabend 2 Vorstellungen.  
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.  
Jeder Besucher 1 Kind frei.  
Rauchen im Wintergarten gest.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. Hof v. B. Böse.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Das brillante Oktober-Programm.  
**Toni u. Leopoldo,** mul.-afrob. Ballettmeister, afrobaische Tänzer.  
**Marion u. Mills,** Schwanztänzer.  
**Ein Kater.** in 1 Akt.  
**Eugen Nighton,** moderner Jongleur.  
Familienarten sind in allen **Barbier, Friese u. Zigarren-geschäften** sowie im **Theater-bureau** namentlich zu haben.  
Sonnabend nachmittags 3 Uhr  
Lübe-Gastspiel: **Maria Stuart.**  
Familienarten nachm. gültig.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang:  
Bachmanns  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

**ELYSIUM.**  
Kommandantenstr. 3-4.  
Vollständig neu renoviert.  
Auftritten v. 38 erstklassigen intern. Spezialitäten.  
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

**Rob. Sohn**  
Invalidenstr. 135  
Laden u. 1. Etage.  
Herren- u. Knaben-Moden  
Berauskleidung.  
Große Auswahl in Paletots, Joppen, Gediene Konfektion, streng reell, feste Preise.  
Maßanfertigung in eig. Werkstatt unter Garantie.

**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68**  
Lindenstr. 69, Laden.  
Gute Bücher zu billigen Preisen zu erwerben ist jetzt Gelegenheit.  
Wir liefern:  
**Die französische Revolution von 1789 bis 1804.**  
Vollständige Darstellung der Ereignisse und Zustände von B. Sios . . . anfang 5,50 Mk. jetzt 5.- Mk.  
**Geschichte der französischen Revolution von 1848**  
und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von L. Göttinger . . . anfang 6,50 Mk. jetzt 5.- Mk.  
**Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.**  
Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von B. Sios . . . anfang 5,70 Mk. jetzt 5.- Mk.  
**Der Mensch und seine Rassen**  
von B. Langhavel . . . anfang 5,50 jetzt 5.- Mk.  
**Die Geschichte der Erde**  
von R. Bommell . . . anfang 5,50 Mk. jetzt 5.- Mk.  
**Die Pflanzenwelt**  
von R. Bommell . . . anfang 5,50 Mk. jetzt 5.- Mk.  
**Die Tierwelt**  
von R. Bommell . . . anfang 7,10 Mk. jetzt 5.- Mk.  
**Die Wunder des Kosmos**  
populär dargestellt v. O. Höpfer . . . anfang 5,50 Mk. jetzt 5.- Mk.  
**Welterschöpfung und Weltuntergang**  
populär dargestellt von O. Höpfer . . . anfang 4,75 Mk. jetzt 4,25 Mk.  
Sämtliche Bücher sind in Prachtbänden gebunden. Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und vielen farbigen Tafeln veranschaulicht und erleutert.

**S. Piket**  
jetzt nur: **44 Prinzenstraße 44**  
Laden und 1. Etage  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in  
**Monats-Garderobe**  
sowie neuer Garderobe zu bekannt billigen Preisen.  
Winter-Paletots v. M. 7,00 an. Joppen v. M. 4,50 an.  
Anzüge von M. 8,00 an. Hosen von M. 2,00 an.  
Bitte genau auf No. 44, Laden, zu achten!

**PROBLEM**  
Cigaretten  
über effen Importen  
Beste deutsche Fabrikate  
Überall zu haben.

**Artus-Hof**  
Perlebergerstr. 26. Ständlerstr. 18.  
Säle von 100-1200 Berl. haben den geübten Vereinen zur Verfügung.  
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
**Gr. Theater - Vorstellung.**  
Jeden Montag: **Unortstänzer** und humoristische **Soirée.**  
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

**Nathan Wand**  
129 Stalinerstr. 129.  
Die schönsten 48272\*  
**Herren - Winter - Paletots**  
und Anzüge in neu (wie bestell) **Monats-Garderobe**  
von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauangelegen sind in großer Auswahl reich zu namengeb. billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stalinerstr. 129.  
Hochkvalifikation Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Fordern Sie**  
nur überal **Weltdeglanz Karnobin,** gel. gesch. der beste Schutzwass und doch das **billigste** Reinigungsmittel für jedes Leder. Lassen Sie sich keine der vielen neu aufgetauchten Mittel erheben, wenn der Name auch noch so verlockend klingt, sondern bilden Sie bei dem wirklich allbewährten **Weltdeglanz Karnobin,** gel. gesch. 27045\*  
Tausende fröhlicher Zeugnisse präsen die Güte dieses Präparats und seine Vorzüge. Überal erhältlich. Fabrikanten Koch & Becker Com.-Ges., Berlin SW. 48.

**Ueberrauschend**  
wird bei Dußen. Orchester, Dab., Geit. und Vangelanden, Verschreibung Asthma uho.  
**Swittischer Anörerich**  
Wurde „Eremi“  
Nur in Paketen mit 24 goldenen Kugeln 4 1/2 Mk., 2 Pak. 8,75. Bei 6 Paketen gratis überal hin. Die Wirkung wird noch erhöht durch **Reichhofs Bonbons Pectoral.**  
Seit 15 Jahren auf das Gängigste betradet. 1 Pfund 1,20 Mk., 1/2 Pfund 60 Pf. Versand hier frei Daus!  
Berlin 80, 43. Gipsstr. 4.  
**Otto Reichel,**

**Zigarren!**  
Billigste Bezugsquelle für Händler:  
ab Mk. 18.-  
**Bell & Co.**  
Rosenstraße 18, I.  
Beste Gelegenheit zur Einrichtung von Zigarren-Geschäften.

Spezial-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe

# S. Weissenberg

Große Frankfurterstr. 126

Eckhaus Koppenstraße.

## Neue Damen-Kleiderstoffe für Herbst u. Winter 1905-1906

Hervorragend billiges Sonder-Angebot.

Neue Kostümstoffe mit angewebtem Futter für Kostüme und faulbleiche Röcke, 130 cm breit Mtr. 1.85—3.00  
 Neue englische Noppenstoffe für praktische Straßenkleider, doppelt-breit Mtr. 0.75—1.50  
 Einfarbige Satintuche u. Lastings, reine Wolle in d. schönsten Farben, auch schwarz, 110 cm breit, Mtr. 1.45—2.50  
 Reinwollene Cheviots, schwere Qualität, in allen Farben Mtr. 0.75—1.35  
 Neue Jacquard- u. Broche-Gewebe für Ball- u. Gesellschaftskleider in Wolle u. Halbseide Mtr. 0.90—2.25

Neue Schotten u. Phantasiemuster für Blusen- und Kinderkleider, doppelt breit, Mtr. 0.85—1.50  
 Gestreifte und karierte Blusen-Samte in moderner Muster-pressung Mtr. 1.25—2.50  
 Reinseidene karierte u. gestreifte Blusenstoffe in den schönsten Farbenstellungen Mtr. 1.55—2.75  
 Reinseidene Chinés in entrückenden Farbenstellungen Mtr. 1.85—3.00  
 Reinseidene Louisine und Messaline in allen Farben Mtr. 1.45—2.00

Halbfertige Roben in Japon, Voile und Seiden-Batist M. 8.00—25.00

Ein Posten Blusen in allen Größen Stück M. 1.65, 2.50—3.50

Ein großer wollener Tuch-Unterröcke mit reicher Garnierung M. 1.95, 2.50—4.50

Ein Posten Sportröcke mit reicher Garnierung Stück M. 3.85

Wohlfeile Hauskleiderstoffe in jeder Geschmacksrichtung pr. Mtr. 35, 45, 55—85 Pf.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.

**M. Schulmeister**  
 Schneidermeister  
 Berlin SO., Dresdener-  
 am Kottbuser Tor.



**Spezial-Haus**  
 feiner  
**Herren- und Knaben-**  
**Garderobe**  
 fertig und nach Maß.  
 Elegante  
 Winter-Paletots von Mk. 18 50  
 Jackett-Anzüge „ 17 50  
 Rock-Anzüge „ 26 —  
 Gehrock-Anzüge „ 32 50  
 Loden-Joppen „ 6 —  
 Berufskleidung für alle Gewerke.  
 Nur eigene Konfektion.

Nur  
 neueste  
 Moden.  
 Dieser feste, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues  
 moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl.  
 Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.  
 Abteilung für den Einzelverkauf  
**Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,**  
 drittes Haus vom Alexanderplatz.  
 Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.  
 Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50,  
 mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine  
 Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.  
 Sonntags geöffnet. 45762

**Ausverkauf**  
 wegen Umbau und Vergrößerung  
 meiner Geschäftsräume.  
**Hüte — Schirme — Mützen — Pelzwaren**  
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 45792  
**Carl Renz, 3 Oranienstraße 3.**

**Andreas-Festsäle,** Inhaber: Fritz Walter.  
 Andreasstraße 21.  
 Allen Vereinen, Gewerkschaften und Klubs die ergebene  
 Mitteilung, daß ich selbige Säle am 1. Oktober übernommen  
 habe, stelle sie Ihnen zur Abhaltung von Festlichkeiten und  
 Versammlungen unter günstigen Bedingungen zur Ver-  
 fügung. Um regen Zuspruch bitte ich Fritz Walter.

**Gesund und Richtig**  
 sind  
 warm gefütterte **Loden-Joppen** 5.50, 7.50,  
 bis 24 M.  
**Winter-Paletots** 12.50, 17—, 21—, 27—,  
 35—, 42— bis 65— M.  
 bei  
**Esders & Dyckhoff**  
 4837L\* Oranienstr. 48. Leipzigerstr. 50a.  
 Enorme Auswahl. Außerst billige  
 Coulaute Bedienung. aber feste Preise.  
 Vorzügliche Arbeit und Ausführung, fertig und nach Maß.

**Eine Mark**  
 wöchentl. Teilzahlung  
 liefert elegante, fertige  
**Herren-Moden.**  
 Ersatz für Maß.  
**Maß-Anfertigung**  
 feinste Verarbeitung  
 Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
 An der Jannowitz-Brücke 1, I.  
 Direkt  
 am Bahnhof.  
 Kein Waren-Kredithaus.

Stiefe schwarze Hüte mit Futter von Mk. 1,75 an  
 Weiche Herrenhüte mit Futter von Mk. 1,50 an.  
 Alles bis zu den feinsten Haarfilzqualitäten in sehr grosser Auswahl.  
 Lodenhüte, Jagdhüte, Cylinder, Chap. clagues etc.

Herrn-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen.  
 Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten  
**Oscar Arnold**  
**Grösstes Special-Geschäft**  
 Engros für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export  
 kein Laden  
 nur **Dresdenerstr. 116**  
 Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

**Gelegenheits-Partie**  
**Gardinen**  
 abgepaßte Fenster,  
 weiß und creme  
 Schallänge pro M. 2 50  
 3 Mtr. Patr. M. 2 50  
 Schallänge pro M. 3 35  
 3.20 Mtr. Patr. M. 3 35  
 Imit. Point-lace-  
 Gardinen, pr. Patr. M. 5 85  
 Eleg. Sezessions-  
 Tüll-Stores M. 1 85  
 Gestickte echte  
 Spachtel-Stores M. 6 00  
 Goldfarb. reich-  
 gestickte  
 Band-Stores M. 4 85  
 Tüllbett-Gr. 180/220  
 decken cm M. 2 35  
 Reichgest. Erbs-  
 tüllbettdecken M. 6 35  
**Teppich-Spezial-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin Oranienstr. 158  
 Nach answärts per Nachnahme  
**Gardinen-**  
 Katal. m. ca. 600 Abbildungen  
 gratis und franko.

Buchhandlung Vorwärts  
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 60.  
 — Soeben ist erschienen: —  
**Illustrierter Neue**  
**Welt-Kalender**  
 für das Jahr 1906  
 Dreißigster Jahrgang  
 Inhalts-Verzeichnis  
 Kalendarium — Postwesen — Be-  
 achtenswerte Adressen — Statisti-  
 sches — Rückblick — Messen und  
 Märkte — Im Kreislauf des Jahres  
 — Villa Wanda. Von G. Breezang  
 (mit Illustrationen) — Großstadt-  
 Frühling. Gedicht von Ludw. Velsen  
 — Unsere Forderungen an die  
 Schule. Von Heimr. Schulz — Vom  
 gesunden und kranken Magen. Von  
 Dr. H. Silberstein (mit Illustration)  
 — Sprüche — Der Friedensbote.  
 Ein Silberstermännchen von Maria  
 Müller — Josef Schou und die  
 Arbeiter-Gesangsvereine. Von h. v.  
 (mit Porträt) — Ein waltender  
 Schuhknecht im 17. Jahrhundert.  
 Von Alois Ad. — Unsere Boeren-  
 strücker und ihre Kultur. Von  
 Sturt Grottelsh (mit Abbild.) —  
 Wächter-Gesang. Gedicht von  
 Robert Seidel — Sein Sieg. Erz-  
 zählung von Wilh. Holzamer (mit  
 Illustrationen) — Die erste Million.  
 Von H. v. Ein — Südwestafrika.  
 Von H. Südekum (mit Illustra-  
 tionen) — Abschied. Gedicht von  
 G. Breezang — Die Anfänge der  
 proletarischen Frauenbewegung in  
 Deutschland. Von Maria Zetlin —  
 Die Revolution in Russland. Von  
 Wilhelm Dies (mit Illustrationen)  
 — Unsere Toten (mit Porträts) —  
 Fliegende Blätter — Der höhere  
 Gesichtspunkt. Von Wilh. Schröder  
 — Für unsere Rästel-Löser —  
 Trübsalsteils- und Reize-Kalender.  
 Hierzu vier Bilder:  
 Der Bauer — Sonnlaggrube —  
 Reiche Beule — Am Ort der Tat —  
 Ein Dreifarbenbrud auf Kunst-  
 druckpapier: Ein lustiges Lied —  
 Ein Wandkalender  
**Preis: 40 Pfennig.**  
 Bei Einzelbezug bitten wir  
 um Einsendung des Betrages  
 nebst 10 Pf. für Porto.

1 Posten Anzüge von 8,00 an  
 1 „ Hosen „ 2,00 an  
 1 „ Winterpaletots 8,00 an  
 für jede Figur passend.  
**Ph. Anstreicher**  
 Gitschinerstr. 82 an der Branden-  
 burgstraße.  
 Fahrgeld wird vergütet.  
**Hüte und Mützen**  
 für Herren und Knaben.  
 Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.  
 Landsbergerstr. 90, 1 Treppe  
 rechts.

Pianino, 70 bis 130 M., zum Verkau-  
 f, fauft Dietrich, Gerichtstr. 32.

Pianino, 70 bis 100 M., fauft Gericht-  
 strage 32, Dietrich.





# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 253. Sonnabend, den 28. Oktober 1905.

Inserate sechsrigelne Kolonelleile 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Charlottenburg, Wahlverein.** Versammlung jeden Dienstag nach dem 15. im Volkshaus, Rosinenstr. 3. — Jeden 2. Mittwoch im Monat 3. Abende: I. Bezirk bei Baasche, Potsdamerstr. 44; II. a. Bezirk bei Bode, Rehringstr. 25; II. b. Bezirk bei Fuhrmann, Köster Friedrichstr. 45c; III. a. Bezirk im Volkshaus, Rosinenstr. 3; III. b. Bezirk bei Kai, Denabrückerstr. 4; III. c. Bezirk bei Lindstädt, Grassmstr. 5; IV. Bezirk bei Dörre, Wallstr. 60; V. Bezirk bei Baer, Seifenbeimerstr. 11; VI. Bezirk bei Mertens, Krumme Str. 46; VII. Bezirk bei Großhuder, Wielandstr. 4; VIII. Bezirk bei Campowski, Kleiststr. 15. — Vorsitzender: Paul Schmidt, Mühlentorstr. 12, Luergeb. I. Kassierer: Emil Müller, Rosinenstr. 3.

**Charlottenburg, V. Bezirk.** Die Genossen werden hiermit ersucht, am Sonntag, den 29. Oktober, morgens 9 Uhr, im Bezirkslokale zur Entgegennahme der Mitgliedsbücher zu erscheinen. Ferner werden die Genossen auf das an diesem Sonntag stattfindende Bezirksversammlungs aufmerksam gemacht. Der Bezirksführer.

**VI. Bezirk.** Sonntag früh 8 Uhr: Morgensprache bei Mertens, Krumme Str. 46.

**Schöneberg.** Am Dienstag findet im Obßischen Saale eine öffentliche Wählerversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Zubeil: „Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung“.

**Teltow.** Sonntag vormittag 10 Uhr wird am Grabe des verstorbenen Genossen Karl Prochnow vom hiesigen Wahlverein ein Kranz niedergelegt. Sammelpunkt bei Derg. Starke Beteiligung wünscht der Vorstand.

**Lichtenberg.** Sonntag, den 29. Oktober, findet eine Flugblattverbreitung zur Agitation für den „Vorwärts“ statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich in den bekannten Bezirkslokale einzufinden.

**Kladow.** Sonntag vormittag 8 Uhr findet Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt bei den Bezirksführern und im Lokale von R. Eger, Oldemarstr. 10.

**Grünau.** Am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Saale des Herrn Duchaufour, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Genosse Bromke von Berlin über: „Die Ausbreitung in der Elektro-Industrie und was lehrt uns dieselbe?“ spricht. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

**Dahlemer-Baumweg.** Alle die Genossen, welche noch Sammelzettel für die ausgeperrten Arbeiter in der Elektro-Industrie in Händen haben, werden dringend ersucht, dieselben heute vormittag von 10-12 Uhr oder nachmittags von 4-6 Uhr in meiner Wohnung, Neue Bahnhofsstr. 32, Hof II, abzurechnen. Etwaige leere Zettel sind unbenutzbar zurückzuliefern. Gewerkschaftsleiter Baumweg, Karl Bräsigke.

**Treptow-Baumweg.** Morgen Sonntag, findet eine „Vorwärts“-Agitation statt. Treffpunkt früh 9 1/2 Uhr in den Bezirkslokale. 1. Bezirk bei Schäfer, Baumwegstr. 7; 2. Bezirk bei Christ, Marienbaderstr. 18; 3. Bezirk bei Rischke, Baumwegstr. 84/85; 4. Bezirk bei Kleinmager, Baumwegstr. 67. Für Treptow bei Schmidt, Kleiststr. 22. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich einzufinden. Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß die Bibliothek jeden Sonnabendabend von 8 1/2-10 Uhr bei Christ, Marienbaderstr. 18, für die Mitglieder zur Benutzung geöffnet ist. Der Vorstand.

**Treptow-Baumweg.** Die Bibliothek und Bibliothek für den Bezirk Treptow befindet sich bei Gramenz, Kleiststr. 12. Die Bücherausgabe erfolgt an Mitglieder unentgeltlich. Die Parteileitung ist Eisenstr. 37, a. III links.

**Neuenhagen (Ostbahn).** Für die am Sonntag, den 5. November, stattfindende Volksversammlung findet am Sonntag, den 29. Oktober, eine Handzettel-Verteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich heute Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokale von Aug. Wänke einzufinden zwecks Empfangnahme des Materials und der Touren. Der Vorstand.

**Pankow.** Am 1. November, abends 8 1/2 Uhr, ist eine öffentliche Versammlung im Langen Lokal, Kaiser Friedrichstr. 12, in der Genosse Freiwald über: „Wem sind politische“ referieren. Morgen, Sonntag, ist hierzu Flugblattverbreitung; Treffpunkt 7 1/2 Uhr bei Gröfel, Kaiser Friedrichstr. 13. Zahlreiche Beteiligung wird bestimmt erwartet.

**Mühlenbeck.** Wahlverein Bezirk Pankow. Morgen nachmittag 5 Uhr ist die außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthof „Der Sonne“. Tagesordnung: Vortrag des Genossen J. a. d. Berlin über: „Partei und Gewerkschaft“. Diskussion: Bericht aus der Gemeindeverwaltung, Vereinsangelegenheiten. Der Bericht der Versammlung ist allen Mitgliedern dringend zu empfehlen.

**Spanau.** Auf die Flugblattverbreitung am Sonntag werden die Genossen nochmals aufmerksam gemacht und zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert. Treffen in den Bezirkslokale.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

In einer öffentlichen Versammlung für den 1. und 2. Bezirk, die am 25. d. M. in der Kaiser Friedrichstr. bei Schulz stattfand, referierte Genosse Dr. Südekum über die sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinden, zu deren energischer Verfolgung ein immer stärkeres Eindringen unserer Genossen in die städtischen Körperschaften dringend notwendig ist. In kurzen Ansprachen wiesen die Kandidaten, Genosse Flemin (1. Bezirk) und Genosse Ried (2. Bezirk) auf das volkstümliche Treiben der Liberalen im Rathaus hin. In der anschließenden Diskussion kennzeichneten die Genossen Dopfolski und Dr. Borchardt die gemeinschaftliche Bodenpolitik, die in Charlottenburg jetzt in erhöhtem Maße betrieben wird und die den einmütigen lauten Widerspruch der gesamten Bevölkerung hervorruft.

Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Wenzel, betonte nachdrücklich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter

in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen; die Wahl am 6. November müsse ein deutliches Wahrzeichen vom Vordringen der sozialistischen Ideen werden. Die Gegner machen außerordentlich Anstrengungen, um uns namentlich den 1. Bezirk und damit den Genossen Baale zu entreißen. Es wäre dies ein unerwünschter Verlust für die Partei in Charlottenburg, den wir unter allen Umständen vermeiden müssen. Doch es gibt nicht nur Erhaltung dessen, was wir haben, sondern unaufhaltsames Vordrängens.

### Schöneberg.

#### Zur Stadtverordnetenwahl in Schöneberg.

Arbeiter, Parteigenossen! Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Wahltag. Am kommenden Donnerstag haben die Wähler der dritten Abteilung zu entscheiden, ob die zur Wahl stehenden Mandate der dritten Abteilung noch fernern zum Besitz der Sozialdemokratie übergeben sollen. Schon das ungerade Dreifelhenswohrecht, der Stützpunkt der bürgerlichen Parteien, müßte einen jeden der Arbeiterklasse angehörenden Mann zu der Erkenntnis bringen, daß es eine Ehrenpflicht für ihn ist, sein Teil mit dazu beizutragen, damit mindestens die Mandate der dritten Abteilung der Sozialdemokratie gehören. Auch wer seinen Blick auf das bisherige Verhalten der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament richtet, die fast ausschließlich aus Hausbesitzern besteht, und sieht, wie diese Mehrheit in jeder Beziehung bestrebt ist, die kommunalen Verhältnisse unserer Stadt ganz den Wünschen der wohlhabenden und reichen Leute anzupassen, und wie die Pflichten gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung stets immer hintenangestellt werden, der muß zu der Überzeugung gelangen, daß diesem Treiben der bürgerlichen Mehrheit eine kräftige, zielbare Opposition seitens der Sozialdemokratie entgegengesetzt werden muß.

Es ist deshalb die Pflicht eines jeden aufgeklärten Arbeiters, dafür zu sorgen, daß am kommenden Donnerstag die Kandidaten der Sozialdemokratie nicht nur gewählt werden, sondern auch eine möglichst große Stimmenzahl auf sich vereinigen und daß Stichwahlen auf jeden Fall vermieden werden. Aus also ein jeder in den wenigen Tagen noch seine Schuldigkeit und stelle sich bei den zu verrichtenden Parteiarbeiten zur Verfügung. Jeder Sämige muß aufgerichtet werden.

Die bürgerlichen Parteien, die den schärfsten Wunsch hatten, und geschloßen gegenüberzutreten, sind wegen der Kandidatenfrage in Differenzen geraten. Wie dürfen uns jedoch keinen Täuschungen hingeben und die Kräfte unserer Gegner unterschätzen. Nur wenn die Arbeiterschaft am Wahltag voll und ganz auf dem Posten ist, wird es uns gelingen, den Sieg davonzutragen. Die Wahl findet statt

#### Donnerstag, den 2. November.

von vormittags 11 bis abends 8 Uhr. Wahlberechtigt sind alle, die in der im August d. J. aufgestellten Wählerliste verzeichnet stehen, auch wenn sie nach dieser Zeit verzogen sind.

Als Legitimation benutze man die vom Magistrat zugesandte Wählerkarte oder Steuerzettel, Militärpapier usw.

Nachstehend geben wir die zur Wahl stehenden Bezirke mit den betreffenden Wahllokale und Namen der sozialdemokratischen Kandidaten bekannt.

**3. Bezirk: Gleditschstr. 1-21, Goltzstr., Brunenwaldstr. 12-16 und 106-130.**

**Wahllokal: Turnhalle der 2. Gemeindefschule, Ruffhäuserstr. 23.**

**Kandidat: Mechaniker Richard Gabriel.**

**5. Bezirk: Belgierstr., Erfurterstr., Hauptstr. 23-185, Hehlstr., Kobergerstr. und Mühlenstr.**

**Wahllokal: Turnhalle der Knaben-Mittelschule, Mühlenstr. 16.**

**Kandidat: Maurer Gustav Däumig.**

**6. Bezirk: Bahnhofsstr., Erdmannstr., Großgörschenstr. 1-20a, Hauptstr. 1-22b und 130-133, Helmstr., Kaiser Friedrichstr., Neue Kaimstr., Neue Steinmühlstr. und Stubenrauchstr.**

**Wahllokal: Restaurant „Vindenspark“, Hauptstr. 16.**

**Kandidat: Restaurateur Ernst Doh.**

**7. Bezirk: Brunhildstr., Gehlerstr., Hohenfriedbergstr., Kolonnenstr., Arienhildstr., Monumentenstr., Siegfriedstr. und Str. 20a.**

**Wahllokal: Turnhalle der 4. Gemeindefschule, Kolonnenstr. 23.**

**Kandidat: Restaurateur Ernst Doh.**

**10. Bezirk: Bahnhofsstr., Wederstr., Wegardstr., Wemigenstr. 3-34, Canovastr., Kranichstr., Dürerpl., Fregestr. 1-24 und 55-84, Friedenerstr., Händelstr. 3-18, Hauptstr., Hedwigstr. 1-17, Holbeinstr., Inauststr., Mariendorfer Weg, Wenzelstr., Peter Silberstr., Priesterweg, Rembrandtstr., Rudensstr., Saarstr. 11-13, Spandauerstr., Siersstr., Tempelhofer Weg, Thorswaldenstr. 1-10, Wielandstr.**

**Wahllokal: Turnhalle der 8. Gemeindefschule, Rudensstr.**

**Kandidat: Schuhbinder Erich Reich und Restaurateur Ernst Doh.**

### Rixdorf.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins, abgehalten am Mittwoch, den 25. d. M. in Goppes Festlokal, besetzte sich mit der Fortsetzung der Beratung des Organisationsstatuts für Groß-Berlin. Zunächst wurde ein im letzten Bericht des „Vorwärts“ enthaltener Druckfehler, betreffend die Abwesenheitszahl des Parteiorgans am Orte, richtig gestellt. Es sind nicht, wie irrtümlich angegeben, 5000, sondern 6500 Abwesenden am Orte zu verzeichnen. Seitens eines Genossen war ein vollständig ausgearbeiteter Gegenentwurf, der auf lokalistischer Grundlage aufgebaut war, der Generalversammlung zur Beratung bezw. Annahme überreicht worden; da der Antragsteller jedoch selbst nicht erschienen, die Zeit übrigens derart vorgegriffen war, daß an eine vollständige Reuberatung nicht mehr gedacht werden konnte, wurde, nachdem sich einige Redner gegen den Entwurf geäußert hatten, Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Man trat nunmehr in die Beratung der seitens der einzelnen Bezirke gestellten Änderungsanträge ein.

Zu § 3 Absatz 3 stellt und begründet Hoffmeister einen Antrag, an Stelle der Worte „der Vorstand bildet aus seiner Mitte“ zu setzen „die Generalversammlung wählt aus ihrer Mitte“. Dieser Antrag wurde jedoch, nachdem Conrad, Seemann, Müntzer und andere sich dagegen wandten und darauf hinwiesen, daß ja der § 4 schon vor Wählbrauch schärf, abgelehnt. Zu § 3 Absatz 4 wird beschlossen, an Stelle von fünf Wählern deren sechs zu wählen, um zu veranlassen, daß der Vorstand nicht wie gewöhnlich aus 14, sondern

aus 15 Personen besteht. Zu § 5, welcher besagt, daß auf je fünfzig Mitglieder ein Delegierter zur Generalversammlung zu wählen sei, liegen zwei Anträge, und zwar vom 11. Bezirk, welcher 100 Mitglieder, und vom 9. Bezirk, welcher 150 Mitglieder zur Berechnung der Delegiertenzahl vorschlägt. Nach längerer Debatte wird der Antrag des 11. Bezirks angenommen. Zu § 5 Abs. II wird ein Antrag, „Sitz und Situme haben nur die Delegierten“, von Hoffmeister begründet, von der Versammlung jedoch abgelehnt.

Zu § 6 Abs. V beantragt der Bezirk 7a eine Abänderung dahingehend, daß etwaige beidokete Stellen nicht durch Wahl, sondern durch Ausschreibung erledigt werden sollen. Dieser Antrag wird gleichfalls abgelehnt.

Eine längere Debatte entspann sich über den § 7. Hierzu lagen zwei Anträge und zwar vom 2. und 11. Bezirk vor, beide dahingehend, den einzelnen Kreiswahlvereinen selbst zu überlassen, wie dieselben die Bezirkseinteilung am besten und praktischsten gestalten wollen. Zirkel tritt dafür ein, nicht eine allgemeine Schablone für diese Einteilung festzustellen, sondern in dieser Frage sich vollkommen freie Hand zu lassen. Nachdem noch mehrere Redner in diesem Sinne gesprochen hatten, wurden die Anträge des 2. und 11. Bezirks angenommen.

Die §§ 9 und 10 werden, da sie sachlich zusammenhängen, gemeinsam diskutiert. Der Bezirk 7a beantragt, den Jahresbericht jedem Mitgliede, der Bezirk 8 beantragt, jedem Zahlabendbesucher anzuhändigen. Die gleichen Anträge liegen bezüglich des § 10 (Korrespondenzblatt) vor. Nachdem Heinrich die voranschickliche Gestaltung des Korrespondenzblattes geschildert hatte, wird beschlossen: Der Jahresbericht ist jedem Mitgliede, das Korrespondenzblatt nur, wie im Entwurfe vorgeschlagen, den Bezirks- und Gruppenführern und sonstigen Funktionären zu liefern. Hiermit war die Beratung erledigt; weitere Anträge lagen nicht vor und wurde das Statut mit den beschlossenen Abänderungen in der Gesamt-Abstimmung einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde, da der „Vorwärts“ einen eingehenden Bericht über die Provinzialkonferenz gebracht hatte, hierdurch für erledigt angesehen.

Der Vorsitzende machte auf die am 20. November stattfindende Urania-Vorstellung aufmerksam, wofür zum Preise von 65 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Bezirksführern zu haben.

Unter Vereinsangelegenheiten wurden, dem neuen Statut Rechnung tragend, zehn Genossen dem Zentralvorstand zum Ausschluß überwiesen. Eine längere Debatte knüpfte sich an den beantragten Ausschluß der beiden Wajwirts Köster, Weiserstr. und Terber, Rottbuler Damm; nachdem von verschiedenen Rednern das Gebahren dieser Herren ins rechte Licht gerückt worden war und damit der Beweis erbracht war, daß dieselben nicht in unseren Wahlvereine gehören, wurde auch ihr Ausschluß bei dem Parteivorstande beantragt.

Genosse Fodban machte auf die Lichtbildervorträge, die von der Freireligiösen Gemeinde veranstaltet werden, im Interesse der noch leider so notwendigen Volksaufklärung aufmerksam. Genosse Hoffmann wünscht, daß unser Ort — als der größte und talfrüchtigste Parteiorst von Berlin — seiner Bedeutung entsprechend im „Vorort“ mehr berücksichtigt werden möge, dem auch allgemein zugestimmt wurde. (Dieser Wunsch kann nur durch die regere Mitarbeit und Verdienstleistung der Rixdorfer Genossen erfüllt werden. Die Red.)

**Bohottierte Hausbesitzer.** Von einem eigenartigen Bohott wird aus Rixdorf berichtet. Dasselbst sind im Haus- und Grundbesitzer-Verein bei Besprechung einer Klagefache Keuerungen gefallen, durch die sich die Rixdorfer Rechtsanwälte in ihrer Gesamtheit vererbt hätten. Seitens der Anwälte wurde der Verein daraufhin stillschweigend bohottiert, und als die Rixdorfer Hausbesitzer für ihre Organisation einen Vereinshabitus besitzen wollten, lehnten sämtliche Rixdorfer Rechtsanwälte, denen das Amt angetragen wurde, dessen Uebernahme kategorisch ab. Der Vorstand sah sich infolgedessen veranlaßt, drei Berliner Rechtsanwälte für den Posten vorzuschlagen. Dieser Vorschlag stieß anfänglich auf Widerpruch, da verchiedentlich bezweifelt wurde, ob Berliner Rechtsanwälte mit den Rixdorfer Angelegenheiten genügend vertraut seien und ob sie bereit wären, wegen jeder kleinen Streitsache mit der Amtsentlastung nach Rixdorf zu wandern. Nachdem aber der Vorstand erklärt hatte, alle Schritte, um die Rixdorfer Rechtsanwälte von ihrem Posten des Vereins abzubringen, seien erfolglos geblieben, und dem Bedauern Ausdruck gab, durch die Hartnäckigkeit, mit der die Rechtsanwälte an ihrem Entschlusse festhalten, dazu gezwungen zu sein, sich auswärts nach einem Rechtsbeistand für den Verein umzusehen, wurde der Vorstandsantrag angenommen.

Die Herren Hausbesitzer müssen es arg getrieben haben, um diese Solidarität entstehen zu lassen.

**Krankenkassenwahl.** Am Sonntag, den 20. Oktober, vormittags von 11-1 Uhr, findet in dem Lokal von Hoppe, Hermannstr. 49/50, die Wahl der Delegierten zur hiesigen Delegation statt. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch, das sich jeder Wahlberechtigte vom Arbeitgeber geben lassen muß. Das Gewerkschaftslokal.

**Auch ein Diebstahlsfall.** Eine überraschende Wendung hat gestern eine Diebstahlsaffäre vor dem Rixdorfer Schöffengericht genommen. Die Igl. Eisenbahndirektion hatte vor einiger Zeit ein anonymes Schreiben erhalten, in welchem der Eisenbahnarbeiter Gustav Schröder verdächtigt wurde, dem Fiskus gehörigen Pflanz gestohlen und sich entgegen dem Verbot an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt zu haben. Als Verleumdung wurde der Streckenarbeiter Reinhold Schröder ermittelt, der durch den Eisenbahnarbeiter Wilhelm Schulz zu der anonymen Verleumdung verleitet worden war. Schröder sah gestern auf der Anklagebank und es gab auch zu, den Brief geschrieben zu haben und räumt selbst ein, daß ihm nicht bekannt sei, daß Schröder sich an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt habe; dagegen vertritt die Anklage für die Behauptung, Schröder habe den Pflanz gestohlen und zu dessen Verwendung, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Verleumdung unterbrochen und in der Wohnung des Verdächtigten eine Hausdurchsuchung nach Pflanzstoffen vorgenommen. Es wurde dabei allerdings Pflanz gefunden, jedoch nicht solcher, wie er in den Eisenbahn-Coupe verwendet wird. Der als Zeuge auftretende Wilhelm Schulz, welcher den Angeklagten dazu verleitet hatte, den anonymen Brief zu schreiben und abzugeben, wurde eidlch vernommen. Als er gegen Schröder ausgesagt hatte, legte plötzlich seine mit ihm verfeindete Schwägerin ein Stück alten Pflanz vor, wie er in den Waggon 2. Klasse Verwendung findet und behauptete, ihr Schwager, der Zeuge Schulz, habe den Stoff gestohlen und ihr gegeben, damit sie ihrem kleinen Sohne eine

